

ACADEMIA ³⁹

Das Wissenschaftsmagazin der Europäischen Akademie Bozen
 La rivista scientifica dell'Accademia Europea di Bolzano
 La zaita scientifica dla Accademia Europeica de Bulsan



Innovazione è...

- ...competitività, scienza, tecnologia, politica, cultura
- Europas Schlagwort für die Zukunft lautet Innovation

Kluge Köpfe gesucht

Wie die EU die
 Abwanderung von
 Forschern stoppen möchte

Scienza e tecnologia

Come l'Ue punta
 ad un nuovo
 modello economico

Sri Lanka

Why the Tsunami
 reconstruction process
 is moving so slowly

Editorial / Editoriale



Vergangenen August hat Eurobarometer eine Umfrage in sämtlichen EU Ländern gestartet, um die Innovationsbegeisterung der Europäer zu testen. Dabei kam heraus, dass die meisten Innovationsbegeisterten in der Slowakei, in Malta, in Slowenien und Luxemburg zu Hause sind. Die meisten Innovationsgegner hingegen leben in Südeuropa, in Griechenland und Portugal. Auf die Frage, was Innovation sei, wussten allerdings nicht alle Befragten auf Anhieb eine Antwort.

Der erste Teil der ACADEMIA widmet sich der Begriffssuche. In Interviews, Reportagen und Essays nähern sich unterschiedliche Autoren und Gesprächspartner dem Begriff „Innovation“. Der zweite Teil präsentiert neue, mitunter kreative Ansätze in der Forschungsarbeit der EURAC, wie neue Online-Sprachlernprogramme und die Ausarbeitung einer Vorgehensweise zur Abgrenzung der Karpatenkonvention.

EURAC-Mitarbeiter Thomas Benedikter hat sich vergangenen September auf eine Studienreise nach Sri Lanka begeben und die Schauplätze eines 20 Jahre alten Konflikts besucht. Im Norden kämpfen die Tamilen für Selbstverwaltung, im Süden, in der Hauptstadt Colombo ist man kaum zu Kompromissen bereit. Zu blutig waren die Auseinandersetzungen mit den militanten *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE). Sri Lanka, ist Benedikter überzeugt, könne nur eine „innovative“ Autonomielösung den langfristigen Frieden bringen.

Sigrid Hechensteiner, Chefredakteurin



Tutti la vogliono, tutti la cercano, eppure c'è da chiedersi quanti sappiano davvero cos'è. Certo sappiamo – politici, economisti, pubblici amministratori ce lo ripetono ogni giorno attraverso i mass media – che promette di sconfiggere tanti mali della nostra epoca: disoccupazione, povertà, disuguaglianza (e tutti gli altri che, per “effetto domino”, da questi derivano). Sappiamo che su di essa l'Europa punta per riguadagnare la sua centralità in un mercato internazionale rivolto sempre più a oriente. Conosciamo tutti, insomma, le grandi speranze riposte in un'economia basata sull'innovazione scientifica e tecnologica; ma qual è la via da percorrere affinché essa si realizzi? E a che punto siamo del cammino?

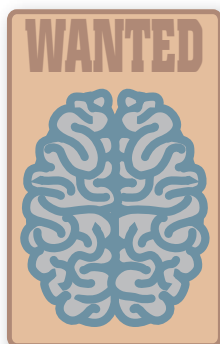
I contributi di questo numero di ACADEMIA cercano di far luce sul concetto di innovazione, così come viene inteso dall'Unione europea e come viene poi tradotto in termini concreti dai paesi membri. Per capire meglio quali sono i cambiamenti che un'economia, che anche l'Italia vorrebbe legare sempre più saldamente a scienza e tecnologia, è destinata a produrre nella nostra società, nell'interazione forte cui essa oggi anela: quella tra pubblica amministrazione, mondo dell'impresa e comunità scientifica.

Stefania Coluccia, vice-caporedattrice

Inhalt / Indice



Occhi puntati sull'innovazione
 Scommettere sull'innovazione vuol dire chiamare in campo competenze specifiche: economia – industria, artigianato, turismo – e ovviamente anche ricerca e formazione. Intervista al ricercatore Giuseppe Avolio.
 Pagina 6



Kluge Köpfe gesucht
 Mit einer Charta für Forscher möchte die EU die Anerkennung des Berufsstands „Wissenschaftler“ verbessern und der Abwanderung von Fachkräften in die USA entgegenwirken.
 Seite 8



Sri Lanka: eine Studienreise
 EURAC-Forscher Thomas Benedikter hat den Inselstaat besucht. Nach 20 Jahren Bürgerkrieg laufen nun Friedensverhandlungen, doch die Autonomiefrage der Tamilen ist noch lange nicht geklärt. Seite 37



Disarming art
 The rebel artist Jota Castro visited the EURAC with the exhibition "Emergency Biennale Grozny". His project exposes human rights violations through activist art.
 Page 58

Innovation ist.....	4
Was genau steckt hinter dem Begriff und welche Faktoren bestimmen Innovation?	
Occhi puntati sull'innovazione	6
Aumentare i finanziamenti per la scienza non basta, spiega Giuseppe Avolio, ricercatore presso l'EURAC.	
Forscher gesucht.	9
Eine EU-Charta für Forscher soll den Wissensstandort EU attraktiver machen.	
Vom reichen Erfinder	12
Was ein Tüftler alles auf sich nehmen muss, um seine Erfindung zu patentieren.	
Mit Helm und Spaten.	15
Die „Innovationsbaustellen“ in Italiens öffentlicher Verwaltung.	
Streamlining Justice	16
Would you adopt any of these revolutionary legal inventions from history?	
Der Computer, ein idealer Sparringpartner	18
Computer helfen beim Sprachenlernen, den Sprachenlehrer ersetzen sie aber noch lange nicht.	
Sono di scena le lingue	20
Babylon: un seminario per superare le difficoltà nell'apprendere nuove lingue.	
Ricerca medica made in South Tyrol	23
Intervista a Maurizio Facheris, neuro-epidemiologo presso l'Istituto di medicina genetica dell'EURAC	
La Biblioteca Medica Virtuale dell'Alto Adige	25
Una legge tutto sole	26
Il governo tedesco ha elaborato una legge per incentivare la produzione di energia solare.	
Des einen Freud – der Alpen Leid	28
Das Monitraf-Projekt: auf der Suche nach einer Lösung für das Transitproblem.	
Eine Konvention ohne Konventionsgebiet	30
EURAC-Forscher erarbeiten eine wissenschaftliche Karte für das Konventionsgebiet.	
Nuova edizione di mini-explOra! 2005	33
Sri Lanka – gespaltene Insel	35
Seit drei Jahren laufen die Friedensverhandlungen. Ende November wird ein neuer Präsident gewählt.	
Una via alternativa per lo Sri Lanka	40
I possibili futuri dello Sri Lanka secondo Rohan Edrisinha, docente universitario di Colombo.	
The Reconstruction Effort in Sri Lanka	42
Why is the Sri Lankan government failing to restore normality to its people?	
Experte für Menschlichkeit	44
Der 14. Dalai Lama auf der EURAC-Tagung „Ethik und Globalisierung“.	
Buddhisti d'Italia.	46
MIRICO: Creating Viable Peace in an Evolving EUROPE	48
The Sixth Framework Programme for European Research & Technological Development. ..	49
Wiki, Wikiwiki, Wikipedia	50
Wikipedia ist das erste Online-Lexikon, das jeder wissbegierige Nutzer selbst mitgestalten kann.	
„Zufälle sind innovativ“	53
Warum Forscher den Zufall fürchten und zugleich lieben, erklärt Prof. Peter Mulser im Interview.	
Pubblikationen/Pubblicazioni	55
Disarming Art	56
Jota Castro and his "Emergency Biennale – Grozny" exhibit in Chechnya and at the EURAC.	
Notizie/Nachrichten	61

INNOVATION ist...

Innovation gilt heute als wichtigste Voraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu steigern und wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Was aber genau ist Innovation und welche Faktoren unterstützen sie?

Das Wort Innovation geht um. Von innovativer Wirtschaft, innovativer Dienstleistung, innovativer Forschung und innovativer Politik ist die Rede. Beim Hinterfragen, was Innovation denn bedeute, klingt meist ein bisschen Ratlosigkeit mit. Es wird nach Worten gerungen, nach Maßeinheiten gesucht. Ja woran misst ein Land denn seine Innovation? An der Anzahl von Erfindungen, die es patentiert? An den Investitionen, die es in die Forschung und Entwicklung tätigt? An der Qualität der Weiterbildung oder gar der öffentlichen Verwaltung?

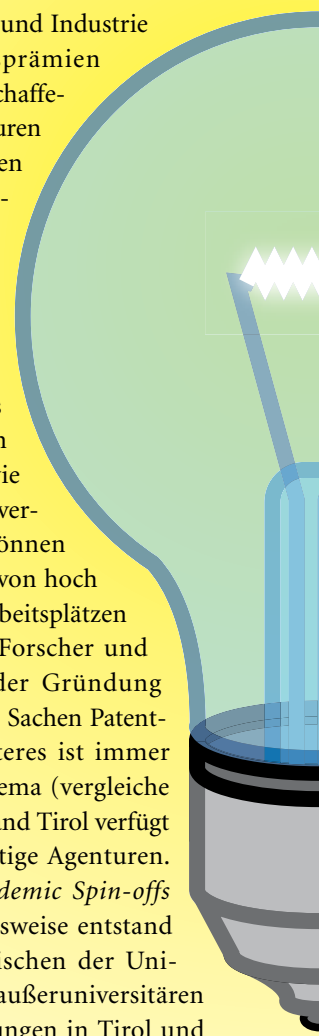
Es ist ein bisschen von all dem und noch viel mehr. Und gerade deshalb lässt sich der viel zitierte Begriff so schwer in Zahlen fassen, und in Worte genauso wenig, wie das Beispiel der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zeigt. Deren Definition für Innovation lautet: „Die Fähigkeit, Wissen zu managen, um Wettbewerbsvorteile durch Einführung neuer Produkte, Prozesse und Managementsysteme zu erzielen“.

Und auch in Europa ist der Begriff Innovation in aller Munde. Auf dem Lisbon-Gipfel des Europäischen Rates im März 2000 haben sich die Mitglieder der EU ein hohes Ziel gesteckt: sie wollen bis 2010 „zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt werden, die fähig ist, nachhaltiges Wachstum zu erzielen, dabei mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und den sozialen Zusammenhang zu stärken.“ Den Weg dorthin ebnet unter

anderem auch die „Innovation“. So ist ausdrückliches Ziel der Lissabon-Strategie, die Forschungsinvestitionen von europaweit durchschnittlich 1,8% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2000 auf 3% des BIP im Jahre 2010 zu erhöhen. In Italien liegen die Investitionen, bei knapp über 1%, gleichauf mit Ländern wie Kroatien und Spanien. In Südtirol liegen sie sogar knapp unter 1%.

Nun reicht eine Finanzspritze für die **Forschung** noch lange nicht aus, um Innovation zu generieren. Wirtschaft, Politik, Kultur und Bildung spielen auch eine wichtige Rolle. Doch der Reihe nach: 1) **Wirtschaft**: im Unterschied zu US-amerikanischen oder japanischen Unternehmen beschäftigt die Wirtschaft in der EU immer noch verhältnismäßig wenige Wissenschaftler. Schuld daran trägt auch die Forschung. Vor allem in den südlichen EU-Ländern sind nur wenige Wissenschaftler bereit, aus ihren Elfenbeintürmen in die „Niederungen der Wirtschaft hinabzusteigen“. Doch auch die Politik unternimmt oft zu wenig, um den Austausch zwischen Theorie und Praxis, Labor und Industrie, zu fördern (vergleiche Beitrag S. 8). 2) Was kann die **Politik** tun? Sie kann neue Bestimmungen zur Innovationsförderung erlassen. Sie kann Maßnahmen für ein innovationsfreundliches Umfeld, einschließlich Ausbildungsbeihilfen, Mobilitätsförderung und Clusterbildung schaffen. Sie kann administrative Rahmenbedingungen vereinfachen (Beispiel E-Government), um die Standortattraktivität zu

erhöhen. Sie kann die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie durch Innovationsprämien honorieren. Neu geschaffene Innovationsagenturen können alle Beteiligten - Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker - beraten. Diese Agenturen können Wissenschaftler mit geringem ökonomischen Verständnis an die Hand nehmen und ihnen zeigen, wie sich ihre Forschung vermarkten lässt. Sie können bei der Vermittlung von hoch technologisierten Arbeitsplätzen helfen. Sie können Forscher und Unternehmer bei der Gründung von *Spin-offs* oder in Sachen Patentrecht beraten. Letzteres ist immer noch ein heikles Thema (vergleiche Beitrag S. 12). Das Land Tirol verfügt über mehrere derartige Agenturen. Das *Center for Academic Spin-offs Tyrol* CAST beispielsweise entstand in Kooperation zwischen der Universität Innsbruck, außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Tirol und der öffentlichen Hand. Die Innovationsagentur berät und vernetzt die Welt der Wissenschaft mit jener der Wirtschaft. 3) **Bildung**: was nützt all die Innovation, wenn deren Gedankengut nicht von der Bevölkerung getragen wird. Die Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds heißt auch, in die Verbreitung



der Innovationskultur zu investieren.

Wenn laut Eurobarometer-Studie nur 57% der EU-Bürger dem Begriff „Innovation“ gegenüber aufgeschlossen sind,

dann ist das zu wenig.

Interessanterweise wurde anhand der Studie auch festgestellt, dass die größten Innovationsgegner in Südeuropa leben, insbesondere in Griechenland, Zypern, Portugal und Bulgarien.

Last but not least ist der Faktor Kreativität, also auch

Kunst und **Kultur**, ein ganz wichtiger Bestandteil für Innovation.

Wie schon der amerikanische Soziologe Richard Florida in seinem Bestseller *Rise of the creative class* feststellt, „wird in Zukunft ohne die neue kreative Klasse in der Ökonomie rein gar nichts mehr gehen.“ Allein schon bei der Vernetzung all dieser unterschiedlichen Innovationsfaktoren ist ein großes Maß an kreativem Potential erforderlich.

Werner Stuflesser/EURAC
Präsident
werner.stuflesser@eurac.edu

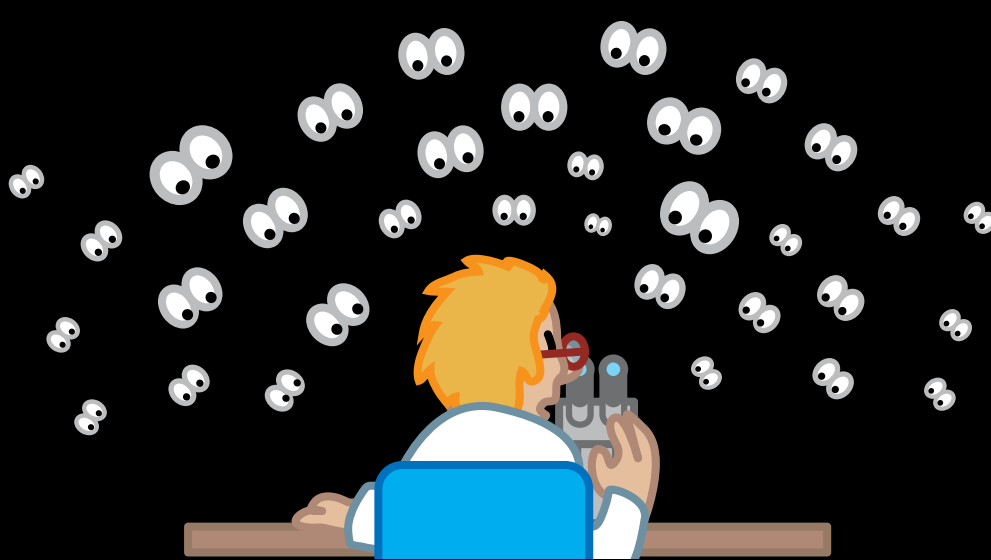
Und wie steht es um die Innovation in unserem Land?

Eingeschlossen zwischen den Nachbarregionen Trentino und Tirol, die beide seit längerem über Universitäten und Forschungseinrichtungen verfügen, hat Südtirol jahrzehntlang einem Dornröschenschlaf gefrönt. Inzwischen hat das Land – dank seines multikulturellen und mehrsprachigen Umfelds – nicht nur an Boden wettgemacht, sondern auch Nischen-Innovationen entwickelt. Seit 1992 kehren Südtiroler Wissenschaftler wieder in ihre Heimat zurück und forschen an der EURAC an europäischen Projekten. Seit 1997 hat das Land eine mehrsprachige Europäische Universität. Seit Jahrzehnten hat die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Laimburg eine Vorreiterrolle im Bereich der Obst- und Weinbauforschung. Das junge *Business Innovation Center* BIC ist Geburtsstätte für zahlreiche Südtiroler Kleinbetriebe, die vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien Beachtliches leisten. Und auch die Politik hat eingelenkt. Seit 2004 ist Luisa Gnecci politisch für den Bereich Innovation zuständig. Sie arbeitet eng mit den beiden Ämtern für Wirtschaft und Weiterbildung zusammen. Im Oktober 2004 beauftragte Luisa Gnecci eine Forschergruppe der EURAC, Vorarbeiten für einen Gesetzesentwurf im Bereich der Forschung und Innovation zu leisten. (vergleiche Beitrag S. 6)

Nokia Finnland: ein Innovationsmärchen

Aus Mangel an exportierbarem Rohmaterial haben die Finnen frühzeitig in ihren Forscherdrang investiert, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Firma Nokia ist hierfür geradezu ein Paradebeispiel. Ende der 1980er Jahre hat sie den internationalen Sprung vom Gummihersteller zum High-Tech-Handy-Produzenten geschafft. Mit dem Fall der Sowjetunion hatte Nokia einen wichtigen Abnehmer für ihre Gummiprodukte verloren und zunehmend in den Telekommunikationsbereich investiert. Schon 1912 war Nokia in diesen Bereich eingestiegen mit der Herstellung von Kabeln. 1981 erhielt Skandinavien das erste Mobilfunknetz und Nokia stellte die ersten Telefone für dieses Netz her. Unglaubliche 10 Kilo schwer.

Die Erfolge der finnischen Industrie sind der Risikobereitschaft und dem Erfindergeist der Unternehmen zu verdanken. Sie sind aber auch Teil der frühen und klugen Weichenstellungen in der finnischen Politik. Im Land der tausend Seen gibt es schon seit längerem einen „Rat für Wissenschafts- und Technologiepolitik“. Er berät die Regierung und setzt alle Weichen für die Innovationspolitik. Der Begriff Innovation ist in Finnland schon seit Jahrzehnten Teil der Kultur.



Occhi puntati sull'innovazione

Il mercato europeo punta su scienza e tecnologia, ma non basta aumentare i finanziamenti. Serve una nuova cultura di collaborazione tra amministrazioni, mondo della ricerca, imprese. A colloquio con Giuseppe Avolio, dell'Istituto per lo Studio del Federalismo e del Regionalismo dell'EURAC.

Occupazione, qualità del lavoro, coesione sociale, competitività internazionale: l'Ue non sembra avere dubbi, la molla del successo economico sta tutta nell'innovazione.

Questo è quanto è emerso nella seduta straordinaria del Consiglio d'Europa che si tenne a Lisbona nel 2000. Allora – a fronte di timidi segnali di ripresa economica ma soprattutto di forti preoccupazioni per il mercato europeo – gli stati membri decisero di puntare sull'innovazione, di promuovere cioè ricerca e sviluppo per “far divenire l'Europa”, come riportato nei documenti ufficiali, “l'economia basata sulla conoscenza più competitiva e dinamica del mondo”. Con forti ricadute in termini di ricchezza, occupazione, parità, coesione sociale, ecc.

In termini concreti: cosa è cambiato da Lisbona 2000?

Scommettere sull'innovazione significa di fatto abbandonare i vecchi modelli economici, le più tradizionali leve dell'economia: è impensabile abbattere sistematicamente il costo del lavoro – per intenderci: non raggiungeremo mai i livelli della Cina –, è impossibile a livello nazionale e pericoloso a livello comunitario puntare su strategie come la svalutazione competitiva delle monete per incentivare le esportazioni e

attirare gli investimenti. L'UE ha deciso di puntare in alto e di percorrere la strada del progresso scientifico e tecnologico per rafforzare la propria economia sulla scena internazionale: creazione di nuovo sapere, trasferimento di tale sapere all'economia e quindi creazione di valore aggiunto. Saremo altamente competitivi non perché produciamo a costi stracciati, ma perché i nostri prodotti sono frutto di alta ricerca scientifica e tecnologica. Certo, rimane molto da fare, ma intanto Lisbona ha segnato una svolta culturale.

In Europa, dunque, in futuro ci saranno più soldi per scienza e tecnologia.

Quella è sicuramente la speranza più grande, ma nel breve periodo non è forse l'aspetto più significativo. I finanziamenti sono una condizione necessaria ma non sufficiente. Mi spiego: secondo gli accordi di Lisbona, negli stati membri si dovrebbe destinare almeno il 3 per cento del PIL in attività di ricerca e sviluppo entro il 2010. Il dato rilevante, tuttavia, è che, entro quella data, gli stati sono chiamati a creare le condizioni necessarie a promuovere e

incentivare attività di innovazione. Serve un meccanismo globale capace di agevolare l'accesso a tali finanziamenti, promuovere la nascita di sinergie forti, dinamiche tra i vari attori in gioco: settore pubblico, enti di ricerca, imprese. Deve nascere una cultura di fiducia reciproca tra questi attori. La definizione dell'OCSE può aiutare a capire meglio il profondo processo di rinnovamento richiesto dagli obiettivi di Lisbona: “innovazione è la capacità di *gestire la conoscenza* al fine di generare vantaggi competitivi attraverso la produzione di nuovi beni, processi e sistemi organizzativi.” È qui che sta la vera sfida.

E l'Italia, come si sta muovendo?

L'innovazione chiama in campo competenze specifiche: economia – cioè industria, artigianato, turismo –, e ovviamente anche ricerca e formazione. Tali competenze sono in parte passate, con il grande processo di devoluzione in atto in tutta Europa, dallo stato alle regioni, alle province, fino ad arrivare ai comuni. In Italia, dunque, l'intero sistema è orientato al raggiungimento dell'obiettivo, si sta dotando

» L'innovazione è, per sua intrinseca natura, un processo spontaneo, cioè assolutamente difficile da “dirigere” «

Giuseppe Avolio

di strumenti omogenei che tengano conto della particolarità italiana, delle diversità all'interno del territorio e, non da ultimo, della necessità di non rinchiudersi in un pernicioso localismo e mantenere invece vivo e intenso il dialogo e lo scambio con altre realtà al di fuori del nostro paese.

Di che strumenti si tratta?

Da un lato ci sono le misure volte a creare le cosiddette condizioni di contesto. Si pensi ad esempio all'attivazione di apposite competenze governative a livello statale, come l'istituzione del Ministero per l'Innovazione e le Tecnologie. Sono misure importanti, di incentivazione, ma si tratta in buona sostanza di soggetti chiamati a erogare aiuti, a finanziare piani, progetti, programmi che rispondono agli obiettivi di Lisbona. Creato il contesto, è indispensabile fissare le "regole del gioco", attraverso strumenti legislativi e giuridici, come le leggi per l'innovazione o i patti territoriali. Le leggi per l'innovazione sono nuovi strumenti normativi pensati per stimolare a livello strategico la sinergia tra pubblico e privato, tra i diversi attori che possono farsi promotori di progetti di innovazione. I patti territoriali, invece, sono strumenti di programmazione concertata in cui i soggetti pubblici cercano e promuovono partenariati molto forti con soggetti privati: a fronte di una corresponsabilità verso l'obiettivo, questi accordi consentono di superare i limiti di queste due realtà. Le difficoltà dei privati a reperire fondi e l'eccessiva rigidità delle strutture pubbliche.

L'EURAC ha condotto uno studio, commissionato dalla Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige, su esperienze legislative maturate in questo ambito da regioni italiane e estere.

Si è trattato di un'analisi comparata: abbiamo studiato e messo a confronto esperienze diverse in Italia – Emilia Romagna, Lombardia, Friuli-Venezia Giulia, la Provincia Autonoma di Trento – e in altri paesi europei. In Austria, dove ci siamo concentrati sulla realtà di Vienna, Tirolo, Stiria, in Germania, dove abbiamo analizzato Baden-Württemberg e Baviera e in Svizzera. Lo studio ha portato poi a ricomporre i dati raccolti all'interno di una cornice legislativa e si è arrivati a

formulare una proposta di legge per l'innovazione per l'Alto Adige.

Quali sono gli esempi più riusciti tra quelli che avete analizzato?

Tra le esperienze analizzate spiccano, a mio avviso, le leggi per l'innovazione confezionate da Friuli-Venezia Giulia ed Emilia Romagna. Due leggi coraggiose e lungimiranti, che danno completa fiducia agli attori territoriali (imprese, università, centri di ricerca), arrivano a riconoscere ed identificare il sistema regionale dell'innovazione e limitano l'attività della pubblica amministrazione a interventi quasi di puro contesto. In altre parole: abbandonando completamente modelli dirigisti diffusi nel settore pubblico italiano, queste leggi creano le condizioni ideali affinché i diversi attori si muovano con maggiore efficienza, dinamismo, concedono grande autonomia.

Scelte coraggiose. Soprattutto considerando che il mondo della ricerca si muove secondo regole che cozzano un po' con quelle classiche dell'economia: non c'è sempre la garanzia di ottenere un risultato, di ottenerne uno veramente buono, di arrivarci in tempi brevi.

Due considerazioni. Primo: l'innovazione è, per sua intrinseca natura, un processo spontaneo, cioè assolutamente difficile da "dirigere". Scommettere sull'autonomia dei soggetti che animano questo processo significa di fatto assicurare le premesse necessarie per il raggiungimento di risultati, dando fiducia al territorio, ai suoi attori, creando spazi di sempre maggiore interazione. Secondo: è praticamente impossibile determinare *ex ante* un processo di innovazione ma se è vero che non tutti i progetti di ricerca portano a risultati utilizzabili, è anche vero che i risultati utilizzati hanno sempre fruttato fortissimi ricavi. È il concetto che muove il venture capital: il numero delle vincite potrà anche essere inferiore a quello delle scommesse, ma il *totale* delle vincite rimane comunque estremamente alto.

E in Alto Adige, cosa si è fatto sinora a sostegno dell'innovazione?

L'Alto Adige si sta muovendo su strade analoghe a quelle già percorse altrove: l'attivazione di competenze specifiche, come



» L'Ue non vuole soltanto avvicinarsi al modello economico americano, lo vuole superare. «

Giuseppe Avolio

l'Assessorato per l'innovazione, la ricerca e lo sviluppo, la creazione di nuove forme di incentivazione, lo studio di una legge *ad hoc* per l'innovazione. Ci sono poi gli interventi infrastrutturali, settore in cui l'Alto Adige si era mosso ben prima del 2000. Di fatto, la costituzione di centri di ricerca e formazione come l'EURAC, la Libera Università e il BIC nasce dalla volontà di dare all'Alto Adige le infrastrutture necessarie per percorrere la strada dell'innovazione.

Quanta strada rimane ancora da fare per raggiungere gli obiettivi fissati a Lisbona per il 2010?

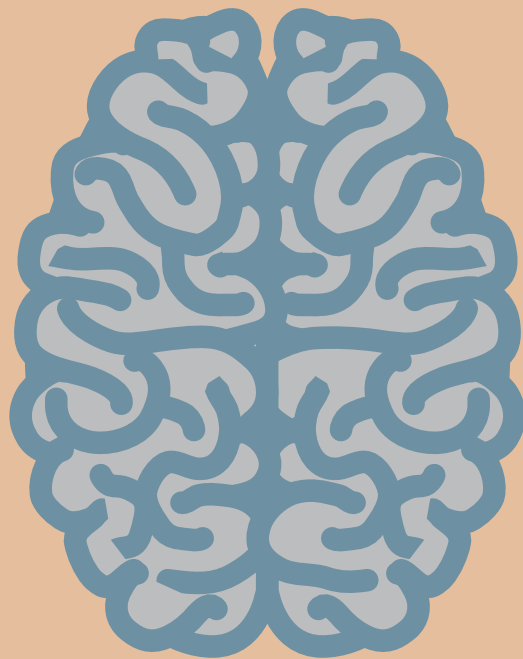
Purtroppo i dati raccolti dal sistema di monitoraggio creato per seguire il processo di rinnovamento dell'economia europea ci dicono che gli stati membri stanno reagendo con minore celerità e forza del previsto. L'obiettivo del resto è estremamente ambizioso: l'Ue non vuole soltanto avvicinarsi al modello economico americano, lo vuole superare. C'è ancora molto da fare.

E l'Italia, a che punto è?

Non è stata di fatto stilata una lista dei primi o degli ultimi della classe. Il quadro generale mostra che globalmente lo spazio europeo non si sta muovendo come auspicato. È chiaro che in questo quadro generale, gli stati più lontani dall'obiettivo sono anche quelli più lontani dal 3 per cento di investimenti in ricerca e sviluppo.

Intervista di Stefania Coluccia

WANTED



EUROPEAN BRAIN

ANYONE WITH INFORMATION PLEASE CALL THE PROPER AUTHORITIES LAST SEEN STUDYING IN EUROPE

APPROACH WITH CAUTION

\$ 1000
CASH **REWARD**

Forscher gesucht

Europa setzt auf Forschung und Innovation. Eine EU-Charta für Forscher und 70 Milliarden Euro sollen den Wissenschaftsstandort Europäische Union attraktiver machen und die Abwanderung der klugen Köpfe stoppen.

Was ist ein Forscher? Diese Frage weckt unwillkürlich Bilder von berühmten Entdeckern und Abenteurern, Bilder längst vergangener Zeiten. Und heute? Ist der Beruf Forscher aus der Mode gekommen?

Ganz im Gegenteil: Er ist aktueller als je zuvor. Denn die Europäische Union hat erkannt: „Ohne Forscher ist in Europa keine Wissenschaft möglich!“ So banal diese Aussage auch klingen mag, sie trifft den Kern des Problems. Immer weniger Geld und immer mehr nach Übersee flüchtende Forscher werden zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für die Ziele der EU.

Die Gemeinschaft hatte sich 2000 auf dem Gipfel in Lissabon vorgenommen, innerhalb von 10 Jahren zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu werden. Dabei spielte auch die Wissenschaft eine zentrale Rolle. Die Bewertung der Ergebnisse zur Halbzeit fiel vernichtend aus und die Strategie schien gescheitert. Man vereinbarte einen Neubeginn mit zwei zentralen Aufgaben: ein dauerhaftes Wachstum sowie mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist jedoch klar, dass steigende Produktivität mehr Ausgaben für Innovation, Forschung und Entwicklung voraussetzt. Und mehr Forschung bedeutet mehr Forscher: Jüngsten Schätzungen zufolge müssten 700.000 Forscher rekrutiert werden.

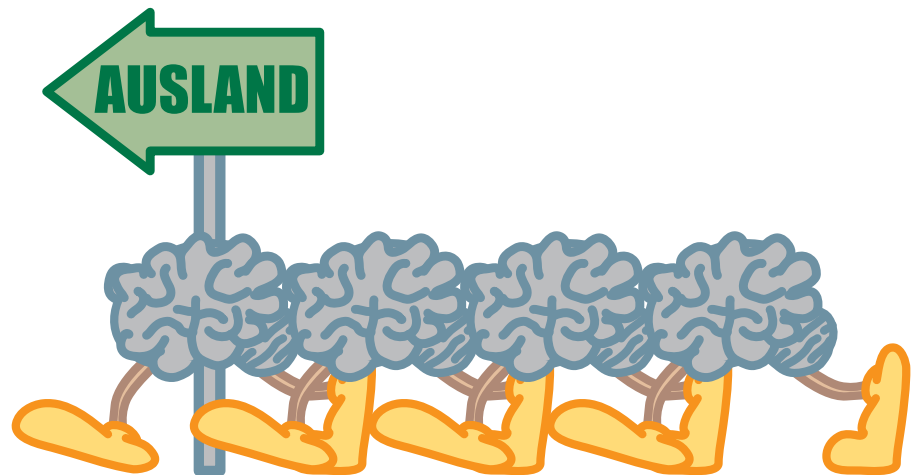
Europas bisherige Bilanz: Wenig Geld und flüchtende Forscher

Der europäische Arbeitsmarkt ist für Forscher weniger attraktiv als der in den USA. Dort arbeiten 80% aller Forscher im gut bezahlten Wirtschaftssektor, während es in Deutschland knapp 60% und in Italien sogar nur knapp 40%

sind. Zwar wurden 2002 in der Europäischen Union mehr als 1,6 Millionen Forscher gezählt, doppelt so viele wie in Japan, die Einwohnerzahl lag in den 15 Mitgliedstaaten mit 380 Millionen aber auch dreimal so hoch wie in Japan (127 Millionen).

Nach Analysen der EU und der OECD kann Europa ohne Zuzug von wissenschaftlichen Fachkräften aus Drittlan-

internationalen Preise: „In den letzten 15 Jahren sind 101 Nobelpreise für Medizin, Physik und Chemie verliehen worden. Von denen sind 68 in die USA gegangen und 23 nach Europa. Da wohl unterstellt werden kann, dass die durchschnittliche Intelligenz der Bevölkerung auf beiden Seiten des Atlantiks die gleiche ist, muss es andere Ursachen für diesen Unterschied geben.“



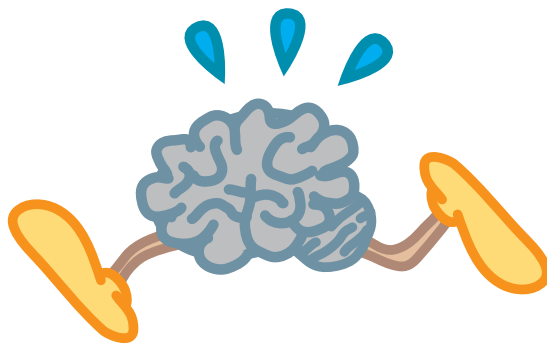
» In den letzten 15 Jahren sind 68 Nobelpreise in die USA gegangen und 23 nach Europa. «

Ernst-Ludwig Winnacker

dern seine wirtschaftliche Zukunft nicht sichern. Jede fünfte Ingenieursstelle in Deutschland ist nicht mehr mit Inländern besetzbar. „Jeder siebte Nachwuchswissenschaftler, der in Deutschland promoviert hat, geht in die USA“, erklärt Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Von den 760.000 Gastforschern in den USA stellen Deutsche die viertgrößte Gruppe nach Chinesen, Japanern und Briten. Bezeichnend ist für Prof. Winnacker die Verleihung der

Den Brain Drain stoppen mit 70 Milliarden Euro

In erster Linie soll Geld die Spitzenkräfte nach Europa zurücklocken und den „Abfluss von Gehirnmasse“, den so genannten *Brain Drain*, aufhalten. Um doch noch zur weltweit wettbewerbsfähigsten Wirtschaftszone zu werden, sollen die Mitgliedstaaten der EU 3% ihres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und technologische Entwicklung ausgeben. Damit sollte der Rückstand vor allem zu den USA abgebaut werden, wo etwa



In den USA arbeiten 80% der Forscher im gut bezahlten Wirtschaftssektor, in Deutschland knapp 60%, in Italien knapp 40%.

2,6% des Staatshaushaltes Ausgaben für Forschung sind. Doch die durchschnittlich 1,9% in den europäischen Ländern sind nicht wie gefordert gestiegen, sondern gegenüber den neunziger Jahren sogar gesunken. Außerdem transferieren europäische Unternehmen etwa ein Drittel mehr Forschungsgelder in die USA als amerikanische Unternehmen nach Europa. Das entspricht einem Abfluss von rund 5 Milliarden Euro jährlich.

Die EU hat das Problem erkannt und mit einem wesentlich erhöhten Finanzrahmen reagiert. Das neue, siebte Forschungsrahmenprogramm, das von 2007 bis 2013 die Forschung in den Mitgliedstaaten mit den nötigen Mitteln ausstatten soll, hat ein Gesamtfinanzvolumen von 73,3 Milliarden Euro. Der Schwerpunkt der Förderung wird auf den Kommunikationstechniken und der Gesundheitsforschung liegen.

Eine EU-Charta für Forscher

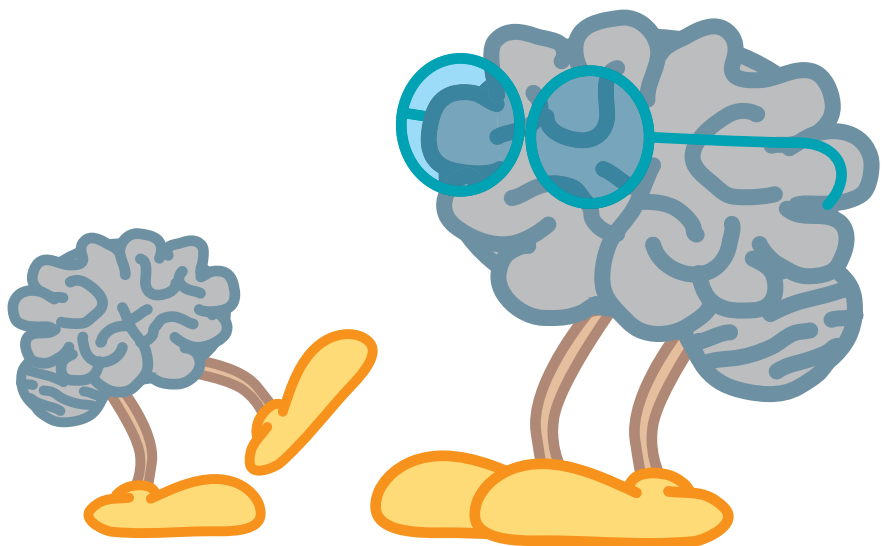
„Neben den steigenden Geldmitteln“, erklärt EU-Forschungskommissar Janez Potocnik, „muss dem Forschermangel auch durch bessere Karrierechancen entgegengewirkt werden.“ Damit reagiert die Kommission auf jahrelang hervorgebrachte Kritik an Undurchsichtigkeit und Vetternwirtschaft. Auch Prof. Winnacker erklärt, dass neben dem Geld und den Arbeitsbedingungen die Strukturfragen noch weit wichtiger seien. „Das bedeutet etwa die Transparenz von Berufungsverfahren, die in Europa zu lange dauern und die für junge Leute nicht durchschaubar sind.“ Auch die gesellschaftliche Anerkennung des Forscherberufs lässt allgemein zu wünschen übrig. Forscher in ganz

Europa beschweren sich über unsichere Karrieren und Anstellungsverhältnisse, kurz befristete Arbeitsverträge, schlechte Bezahlung und ständig zunehmende Zusatzbelastungen wie Verwaltung oder Drittmittelbeschaffung.

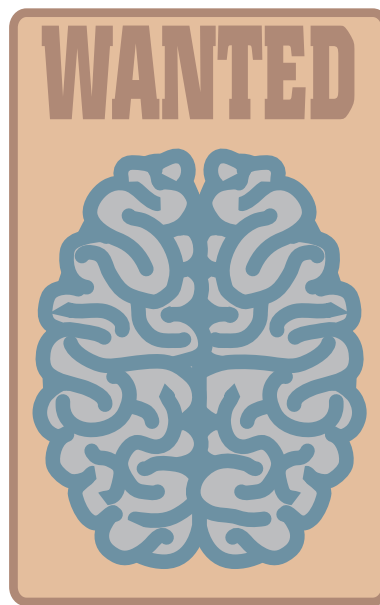
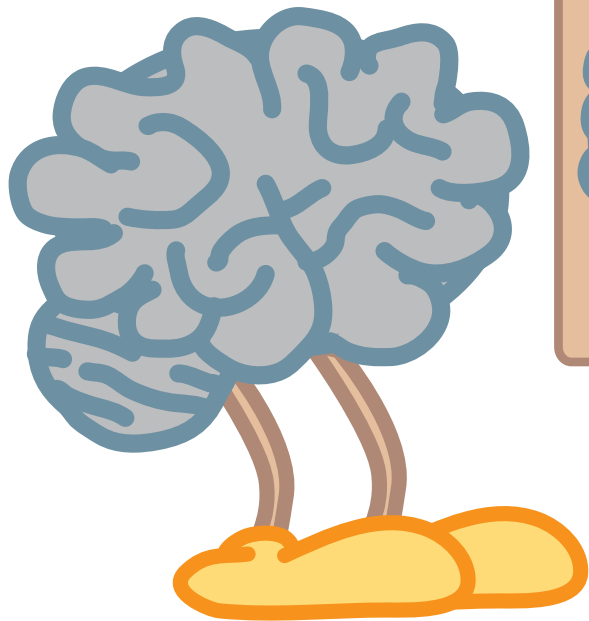
Die Kommission hat erkannt, dass gerade diese Strukturprobleme den Aufbau eines europäischen Forschungsraums massiv behindern. Sie reagierte im März 2005 und schlug ein Grundgesetz für die Forschung vor. Die „Europäische Charta für Forscher und der Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern“ richten sich an die Mitgliedstaaten, an Arbeitgeber im öffentlichen wie auch privaten Sektor, an Finanzeinrichtungen und an die Forscher selbst. Praktisch umsetzen müssen sie die neuen Regeln alle gemeinsam.

Die Charta definiert die Rechte und Pflichten, die Rolle des Forschers, und garantiert die Freiheit des Denkens und der Forschung. Ein Appell zu mehr Respekt vor intellektuellen Leistungen und geistigem Eigentum anderer. Konkret bedeutet dies, nicht mehr hierarchische Strukturen ausnutzen zu können, um als Autor eines Forschungsergebnisses zu erscheinen, an dem man nicht mitgearbeitet hat. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern bedeutet auch, Sicherungskopien von Ergebnissen anzulegen. Ein Forschen um des Forschens Willen sei zu vermeiden und hingegen der Mehrwert für die Gesellschaft im Auge zu behalten. Die Charta formuliert daher die oft schwierige Pflicht für die Forscher, dass ihr Ergebnis „auf solch eine Weise bekannt gemacht wird, dass es für Nichtfachleute verständlich ist“.

Die Arbeitgeber ruft die Charta zur Anerkennung des Berufsstandes des Forschers und zu dessen Nichtdiskriminierung auf. Nur flexiblere Arbeitszeiten, Kinderbetreuung und weniger Kurzzeit-Arbeitsverträge erlauben es, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Mobilität? Gerne! Aber nur, wenn man die Rentenansprüche von einem Land ins andere und vom öffentlichen in den privaten Sektor mitnehmen kann. Auch die Geldgeber sind angesprochen. „Sponsoren können ein Problem sein,



Die gesellschaftliche Anerkennung des Forscherberufs lässt in Europa allgemein zu wünschen übrig.



sondern wer ist ein Forscher. Wer kann sich konkret angesprochen fühlen? Erst ganz am Ende der EU-Charta findet sich die Begriffsbestimmung: „Forscher sind Spezialisten, die mit der Planung oder der Schaffung von neuem Wissen, Produkten, Verfahren, Methoden und Systemen sowie mit dem Management diesbezüglicher Projekte betraut sind. Damit sind alle Tätigkeiten einbezogen, die sich auf Grundlagenforschung, strategische Forschung, angewandte Forschung, experimentelle Entwicklung und Wissenstransfer beziehen, wozu auch Innovation und beratende Tätigkeiten, Leitungs- und Lehrtätigkeiten, Wissensmanagement und Management von geistigem Eigentum, die Verwertung von Forschungsergebnissen oder der Wissenschaftsjournalismus gehören.“ Spätestens hier verblasen die romantischen schwarzweiß Bilder von Heinrich Schliemann, Alexander von Humboldt und Albert Einstein. *Schliemanns Erben sehen aus wie wir...*

Die Europäische Kommission hat reagiert und eine Charta für Forscher und einen Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern vorgestellt.

wenn sie aus rein wirtschaftlichem Interesse oder um etwas in ihrem Sinne bewiesen zu bekommen, Gelder an Institute überweisen“, räumt Prof. Erwin Neher, Medizin-Nobelpreisträger vom Göttinger Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie ein. Diese Interessenkonflikte sucht die Charta zu vermeiden, indem sie dazu auffordert, alle Geldgeber zu nennen.

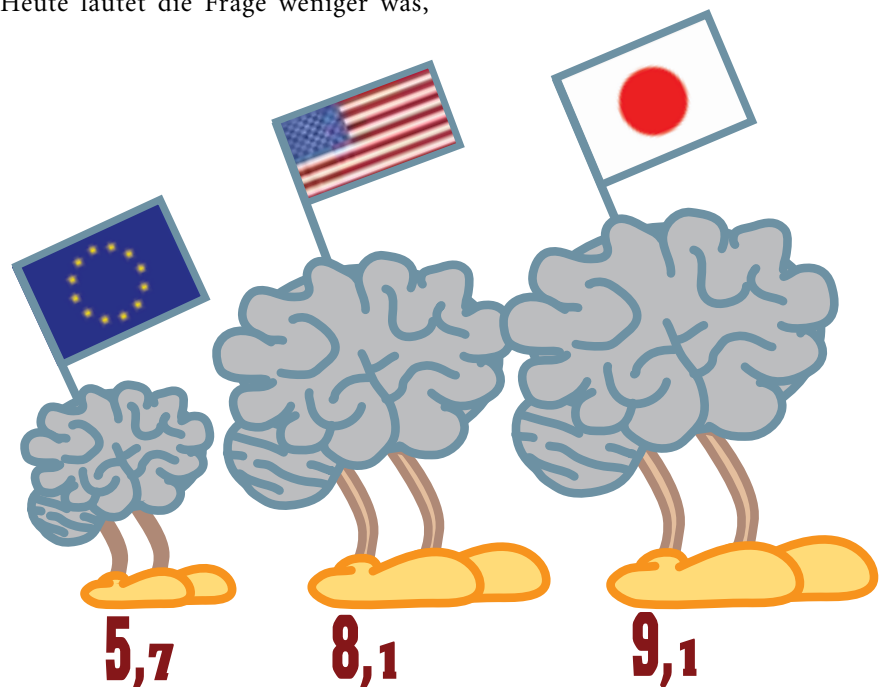
Der Verhaltenskodex möchte das Einstellungsverfahren gerechter und transparenter gestalten. Nicht graue Eminenzen sollten alleine über Ein- und Aufstieg entscheiden, sondern Fachgremien, in denen Frauen gleichermaßen vertreten sind. Und nicht allein die Anzahl der Publikationen, sondern ebenso Teamgeist, Betreuung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit sollten in die Beurteilung einfließen.

Der Wille, das Forscherleben besser werden zu lassen, ist deutlich erkennbar. Zumindest bei der Europäischen Kommission. Doch ob die Forscher und Arbeitgeber diesen unverbindlichen Vor-

schlag akzeptieren werden, zeigt erst die Zukunft. Wird auf den Visitenkarten als Qualitätssiegel prangen: „Unterzeichner der EU-Charta der Forscher“?

Heute lautet die Frage weniger was,

Carolin Zwilling/EURAC
Institut für Föderalismus- und
Regionalismusforschung
carolin.zwilling@eurac.edu



Forscher pro 1000 Arbeitnehmer im Jahr 2001

*Daniel D. fühlt sich als Held,
glaubt, seine Erfindung bringt ihm großes Geld.*

*Auf dem Patentamt kommt ihm der Verdruss,
drei Jahre auf den Wisch er warten muss.*

Vom reichen Erfinder

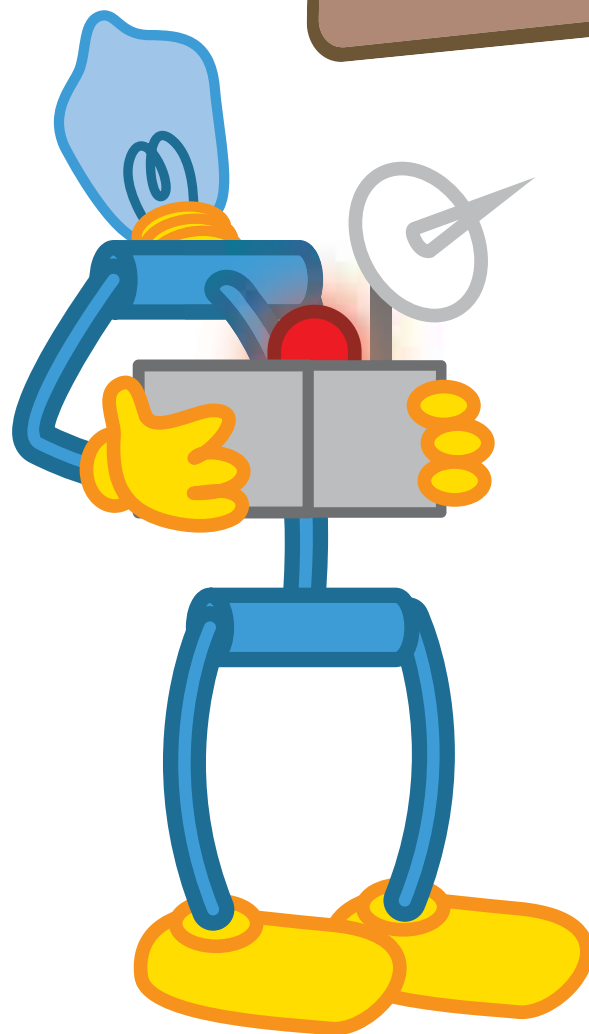
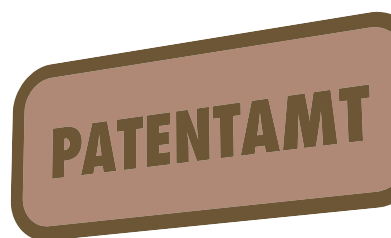
Erfindern wird einiges abverlangt: haben sie ihr bahnbrechendes Objekt erst einmal ertüftelt, müssen sie sich mit einem Patent das Alleinrecht erwerben. Und das kann nicht nur dauern, das kostet auch zigtausende Euro.

„Was für ein Tag!“ Daniel D. legt sich mit einem zufriedenen Lächeln in sein Bett. Unter seinem Kopfkissen liegen die Pläne für seine Erfindung. „Jetzt ist sie perfekt“, denkt er sich, „nun kann der Reichtum kommen!“ Kurz vor dem Einschlafen beschließt Daniel D., gleich am folgenden Morgen etwas zu unternehmen, um Ruhm und Geldsegen für sich alleine zu sichern. „Ich werde meine Erfindung patentieren lassen!“

Das Patent gewährt Daniel D. ein Monopol auf seine Erfindung und damit das alleinige Recht, die Erfindung gewerblich zu nutzen. Sollte jemand seine Erfindung ohne seine Erlaubnis gebrauchen, kann er vor dem dafür speziell zuständigen Gericht Schadensersatz verlangen. Als Patentinhaber kann er aber auch jemand anderem erlauben, die Erfindung zu nutzen. Dies geschieht durch den Verkauf einer Lizenz.

Die Gegenleistung für das Monopol ist, dass der Patentanmelder die Erfindung in einer Patentschrift offen legen muss. Das bedeutet auch das Wort „Patent“. Es kommt vom Lateinischen „patere“, was so viel wie „offen stehen“ heißt. Das Monopol kann bis zu zwanzig Jahren bestehen bleiben. Ist es erloschen, kann jeder die Erfindung nutzen.

Um 8.00 Uhr früh geht Daniel D. zur



Dienststelle für Patente der Handelskammer Bozen. Dort erfährt er, dass er nur dann ein Patent für eine Erfindung erhält, wenn sie neu ist, wenn sie auf erfinderischer Tätigkeit beruht und wenn sie gewerblich nutzbar ist. Daniel D. wundert sich: „Das ist doch selbstverständlich, sonst wär’s ja keine Erfindung!“ Aber neu ist eben nur, was vorher noch keiner gekannt hat. Wer ein Patent anmelden möchte, sollte die Neuheit seiner Erfindung vorher mittels einer Patentrecherche überprüfen.

In Italien wird diese Recherche, anders als in anderen Ländern, nicht von Amts wegen übernommen. Daniel D. ist sich aber sicher: „Etwas Vergleichbares kann noch niemand erfunden haben.“ Und er ist sich auch sicher, „dass sein Gerät auf erfinderischer Tätigkeit beruht und später reißenden Absatz finden wird“.

Daniel D. wird ungeduldig und stellt die alles entscheidende Frage: „Wann bekomme ich denn das Patent?“ Der Angestellte lächelt mitleidig: „In rund drei Jahren.“ Die Handelskammer schickt die Anmeldung nach Rom zum UIBM (*Ufficio Italiano Brevetti e Marchi*), das alle Patente in Italien erteilt. Ab dem Tag der Anmeldung erhält der Erfinder eine Priorität. Das heißt, er hat den Vorrang vor jeder identischen Erfindung, die später angemeldet wird.

Natürlich ist das nicht kostenlos. Außer den Anmeldegebühren sind noch Jahresgebühren zu entrichten. Die Jahresgebühren steigen regelmäßig an. Werden sie nicht mehr bezahlt, erlischt der Patentschutz.

„Es besteht die Möglichkeit, die Erfindung auch im Ausland bei den dortigen Patentämtern patentieren zu lassen“, erklärt der Angestellte. Daniel D. beginnt nachzurechnen: Das könnte ja noch mehr Geld einbringen. Bevor er aber in jedem einzelnen Land sein Patent anmeldet, fährt der Beamte fort, solle er sich doch gleich an das Europäische Patentamt (EPA) wenden.

Das Europäische Patent ist kein Patent der Europäischen Union. Es wird aber für mehrere Staaten gleichzeitig ange-

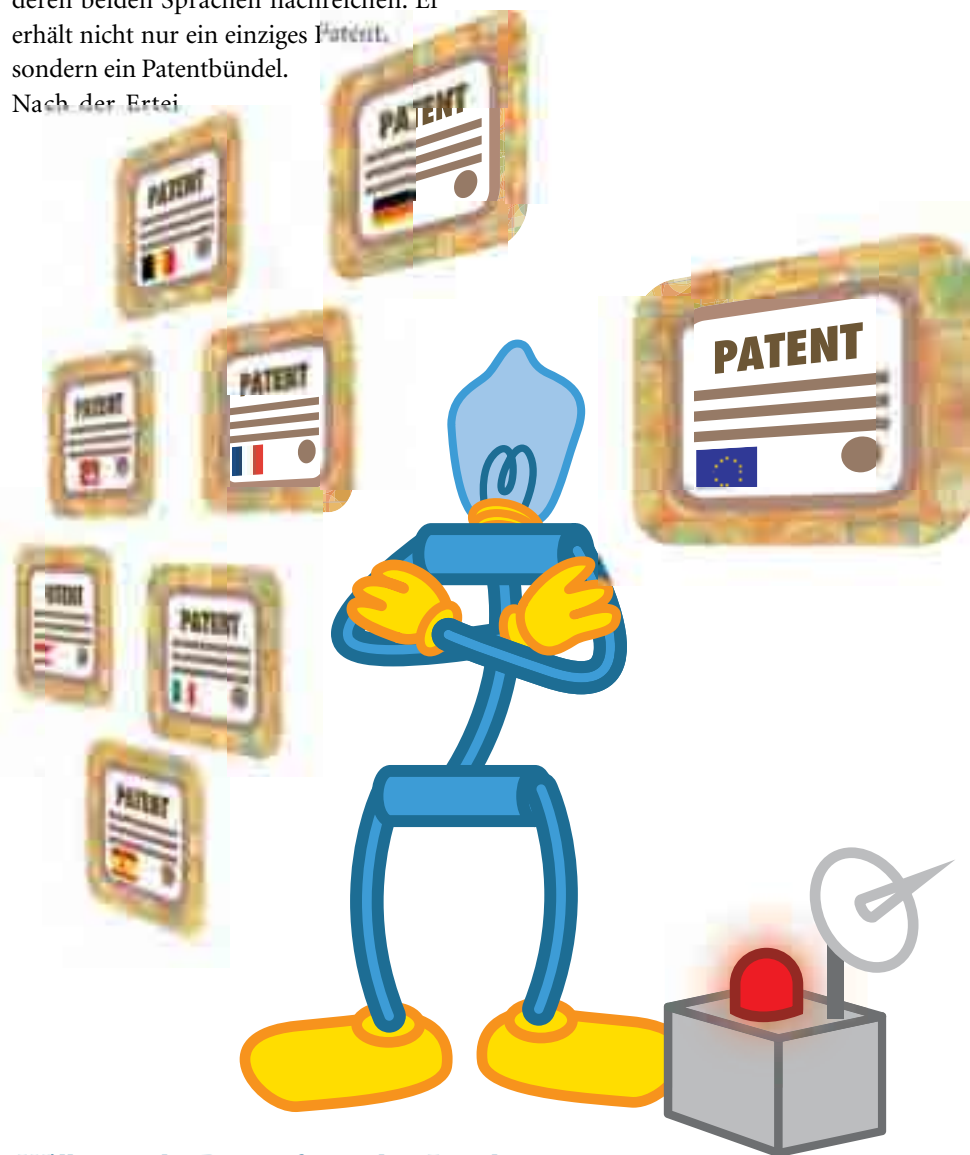
meldet, nämlich jene, die Mitglieder des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) sind. Es sind dies über 30 Staaten auf dem europäischen Kontinent.

Der Hauptsitz des EPA ist in München.

Daniel D. muss bei der Anmeldung angeben, für welche Länder er Patentschutz wünscht. Die Anmeldung muss er in einer der drei Arbeitssprachen, Englisch, Französisch oder Deutsch, abgeben. Bei Erteilung des Patents muss der Anmelder auch noch eine Übersetzung in die anderen beiden Sprachen nachreichen. Er erhält nicht nur ein einziges Patent,

Nach der Ertei-

lung des Patents zerfällt das Bündel in einzelne nationale Patente. Die Jahresgebühren sind an die jeweiligen nationalen Patentämter zu zahlen. Bei Streitigkeiten sind die nationalen Gerichte zuständig. Daniel D. will gleich nach München gehen. Die meisten europäischen Staatsbürger können das auch. Nur nicht die Italiener. In Italien kann ein Patent nur auf das Ausland ausgedehnt werden, wenn vorher die Militärische Behörde innerhalb des Ministeriums für Gewerbliche Tätigkeit überprüft hat, ob der



Will er an das Patent für andere Länder ran, zum Europäischen Patentamt er gehen kann.

Dort wird ihm die saftige Rechnung präsentiert, Daniel D. erschrocken auf die hohe Summe stiert.



*28.500 Euro für 10 Jahre er locker machen soll,
ihm kommt ein riesengroßer Groll.*

*Als Erfinder, kann er jetzt sagen,
musst du vorher schon etwas Knete haben.*

Staat ein Interesse an der Erfindung hat. Und die Kosten? Das wird teuer! Auch hier sind wieder Anmeldegebühren und Jahresgebühren zu zahlen. Je mehr Länder der Patentschutz umfassen soll, desto teurer wird's. Deswegen sollte sich ein Erfinder schon im Vorfeld überlegen, für welche Länder der Patentschutz überhaupt sinnvoll ist.

„Gäbe es schon das Gemeinschaftspatent, wäre alles viel einfacher und billiger“, meint der Handelskammerangeestellte dann. „Aber die in Brüssel können sich einfach nicht einig werden!“

Die Idee für das Gemeinschaftspatent stammt bereits aus den Fünfzigerjahren. 2000 wurde es als konkrete Maßnahme genannt, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern. Und heute? Obwohl wir schon das Jahr 2005 schreiben, scheint das Gemeinschaftspatent immer noch Zukunftsmusik zu sein. Probleme bereitet die Frage nach der Sprache der Patente, was Aufgabe der nationalen Patentämter sein soll und welches Gericht dafür zuständig ist. Im letzten Jahr gab es Vorschläge zur Lösung dieser Probleme: Für Streitigkeiten soll ein eigenes Europäisches Patentgericht (EPA) eingerichtet werden, das für das Erteilen

des Patents zuständig ist. Mit ihm sollen die nationalen Patentämter kooperieren. Das größte Problem ist nach wie vor die Frage nach der Sprache des Patents. Die Übersetzung des ganzen Patents in alle 21 Amtssprachen der EU wäre zu teuer. Deswegen sollen nach dem jüngsten Vorschlag nur die Patentansprüche, die den Gegenstand des Patents genau festlegen, übersetzt werden.

Was kosten die Patente denn nun ganz genau? Bei einem italienischen Patent sind allein für die Anmeldung 394 bis 1136 Euro anzusetzen. Die zu entrichtenden Jahresgebühren steigen danach progressiv an. So beträgt die jährliche Gebühr für das vierte Jahr 47 Euro, für das achte 168 Euro, für das zwölfte 472

Euro und ab dem fünfzehnten Jahr jeweils 741 Euro. Alles in allem kostet ein Patent in Italien, das über 20 Jahre aufrecht erhalten wird, ungefähr 6583 Euro. Die Kosten für ein Europäisches Patent liegen noch höher. Ausgehend von einem durchschnittlichen Europäischen Patent, das den Schutz für 8 Länder umfasst und 10 Jahre aufrechterhalten wird, kommen Kosten in Höhe von 28.500 Euro auf den Anmelder zu.

Daniel D. ist frustriert: „Man muss ganz schön viel investieren, damit man mit seiner Erfindung Geld verdienen kann. Können etwa nur Reiche Erfinder sein?“

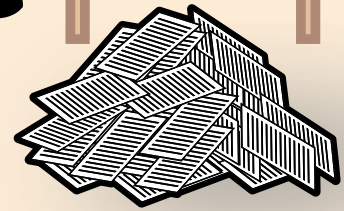
Sarah Neifer/EURAC
Institut für Föderalismus- und
Regionalismusforschung
sarah.neifer@web.de

Model	Gemeinschaftspatent	Europäisches Patent
Übersetzungskosten	4845 €	10200 €
Verfahrensgebühren	4300 €	4300 €
Vertreterkosten (z.B. Anwalt)	5500 €	5500 €
Verlängerungsgebühren	8500 €	8500 €
Gesamt	23145 €	28500 €

Anmerkung zum Europäischen Patent: Die Zahlen stehen für ein Europäisches Patent durchschnittlichen Umfangs. Es benennt 8 Mitgliedstaaten und wird über 10 Jahre aufrecht erhalten.
Anmerkung zum Gemeinschaftspatent: Die Zahlen entsprechen dem Kompromissvorschlag von 2003.



Mit Helm und Spaten



Italiens öffentliche Verwaltung hat sich den Begriff Innovation auf die Fahne geschrieben. Die Abteilung für den öffentlichen Dienst in Rom hat so genannte „Innovationsbaustellen“ eröffnet. Sie werden von der Abteilung fachlich betreut und gelten italienweit als Paradebeispiele für moderne Verwaltung.

Wenn Italien von Innovationsinitiativen in der öffentlichen Verwaltung spricht, dann umschreibt es diese sehr bildhaft mit dem Begriff „Cantieri“, also Baustellen. Als „Cantieri“ werden jene Initiativen bezeichnet, die darauf abzielen, Dienstleistungsqualität und Wirkungen öffentlicher Programme zu verbessern und Verwaltungen gegenüber ihren Kunden, also den Bürgern und Unternehmen, verlässlicher zu machen.

Die Förderung von Innovationen im öffentlichen Bereich hat in Italien eine längere Tradition. So vergibt die Abteilung für den öffentlichen Dienst im Ministerratspräsidium seit 1994 Innovationspreise: Italienweit wurden bislang fünf Mal „einhundert Projekte“ im Dienste der Bürger prämiert. Die Preisträger werden im Rahmen der Abschlussveranstaltung von Europas größter Verwaltungsreformmesse, dem FORUM PA, mit dem Gütesiegel „Cento progetti“ versehen. Die Messe findet alljährlich Anfang Mai im Messegelände von Rom statt.

Innovationsprogramm „Cantieri“

Seit 2002 arbeitet die Abteilung für den öffentlichen Dienst an beispielhaften Innovationsansätzen in Italiens Verwaltung. Zunächst untersuchen innovationserprobte Praktiker gemeinsam mit Experten und Beratern die theoretischen Aspekte. Hierfür arbeiten sie in den so genannten „Laboratori“, den Werkstätten, dann werden die Innovationsansätze in den so genannten „Cantieri di in-

novazione“, Innovationsbaustellen, auf ihre praktische Umsetzung hin erprobt. In eigenen Ausbildungslehrgängen und Workshops, den „Campus Cantieri“, werden die öffentlichen Bediensteten mit den Innovationsthemen vertraut gemacht. Am Ende steht eine Auszeichnung für besondere Umsetzungserfolge, „Successi di Cantieri“.

Ein Beispiel: im März 2004 forderte eine neue Richtlinie des zuständigen Ministers die öffentlichen Verwaltungen auf, Messungen und Management von Kundenzufriedenheit vorzunehmen.

Im selben Jahr wurden mit Unterstützung der zuständigen Abteilung im Ministerratspräsidium bereits 50 Innovationsprojekte erfolgreich umgesetzt. Voraussetzung für den Erfolg war zunächst eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Kundenzufriedenheit. Eigene Handbücher wurden dazu verfasst:

- wie Bürgerbefragungen zu organisieren (Ziele, Vorerhebung, Vergabe an Externe) sind;
- auf welche Qualitätskriterien (Öffnungszeiten, Höflichkeit des Personals usw.) sich Befragungen beziehen;
- wie ein Fragebogen gestaltet wird (Anzahl und Art der Fragen, Skalen u.a.m.).

Die Erfahrung von insgesamt 93 öffentlichen Verwaltungen mit Kundenzufriedenheit (darunter auch die der Provinz Trient) hat die Abteilung für den öffentlichen Dienst schließlich in Buchform

veröffentlicht, um allen „Nachahmern“ eine umfassende Erfahrungssammlung anzubieten.

Die Innovationsdatenbank „www.buoniesempi.it“ bietet zudem Anschauungsmaterial und enthält über 1500 aktualisierte Innovationsprojekte. 628 Projekte haben allein die Gemeinden beigesteuert, 156 der Gesundheitsbereich.

Schwerpunkt Qualität

Jüngster Schwerpunkt der Innovationsinitiativen ist das Thema Qualitätsmanagement öffentlicher Verwaltungen. Er reicht von der Führung (Leadership) über die Prozessgestaltung bis hin zu den Leistungsergebnissen (Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit, Effizienz, Kosteneffektivität usw.). Um den öffentlichen Verwaltungen die „Wege zur Qualität“ (Percorsi di Qualità) zu ebnen, wurde im Mai 2005 auf dem FORUM PA in Rom, ein Qualitätspreis vorgestellt. Er verpflichtet die teilnehmenden Verwaltungen, eine theoretisch fundierte Selbstbewertung ihrer Organisation vorzunehmen. Der Sozialbetrieb Bozen hat die Vorausscheidung zur Teilnahme am Wettbewerb geschafft. Das EURAC-Institut für Public Management ist sein wissenschaftlicher Begleiter.

Josef Bernhart/EURAC
Institut für Public Management
josef.bernhart@eurac.edu

www.cantieripa.it

Streamlining Justice

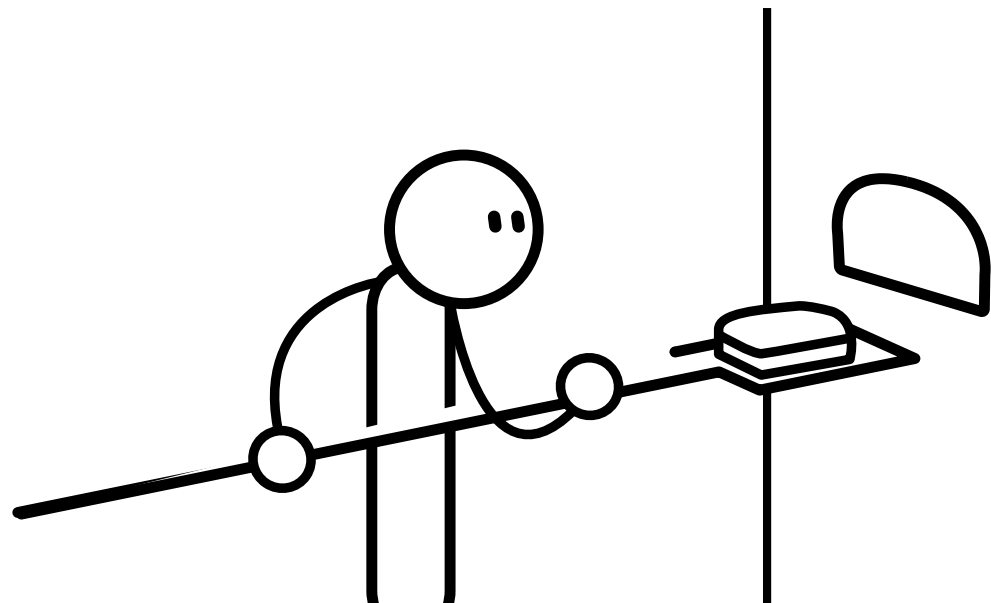
Many people think that innovation is only to be found in science and technology. *Au contraire*. Just take a look at the field of law, for instance. For millennia, human beings have been ingeniously adapting the technology of governing to suit the demands of their evolving societies. More effective social control means a superior competitive edge. Would you adopt any of these revolutionary legal inventions from history? Find out here the civilizations that did.

Chip Away at Bad Debts

Do your customers feign ignorance when you knock on their door for their unpaid bills? Try this approach. Engrave the contract in clay, cover it with a second layer of clay, seal it and bake. The contents are protected, and if ever your debtors need their memories jogged a bit, especially before a court, just crack open the outer layer and produce the evidence. It's a sure-fire way to protect your interests. (First used by the Sumerians 3,000 years before the Common Era, thousands of clay tablets have come down to us)

Get the Dirty Work Done for You

Alas, poor Lord! You're travelling all year round as judge and peacemaker, but still your subjects have to wait for years to obtain justice? Don't get down on yourself. Get a reeve¹. He'll take your laws and enforce them in your name. But that's not all. Use him to collect taxes or even draft soldiers for your army. This way, if the rabble revolts, it won't be



your head that will roll. (Advocated, for example, by the Egyptian Pharaohs and Medieval European Kings)

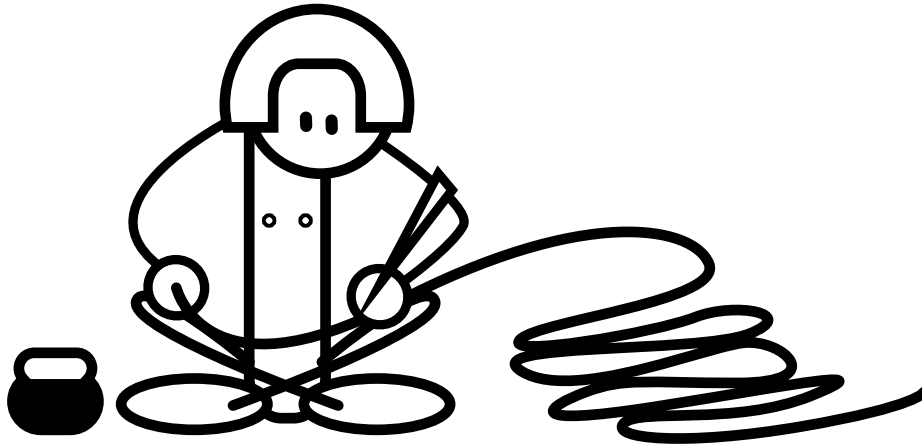
Please Refer to Clause II, Subsection B

Perfect for rulers and executives. Why trust your underlings to interpret the law? Give them their instructions in "Written Law". These rules work for you even in your absence and persist for generations after you've expired. You gi-

ve the orders, and your orders give you immortality. A note of caution though: these rules can become troublesome to modify should you change your mind; "Rule of Law" trumps a King. (Some of its first proponents: the Egyptians and Sumerians)

Literally Anything can be Privatised

Fed up with paying your taxes under duress while never collecting on your own



accounts receivable? Purchase a little “Private Law”. The Empire will send over a Roman legion to protect *your* interests and collect on *your* debts. Now there’s an innovation that could conquer the world. (Installed during the Roman Empire, this invention is now omnipresent)

Avoid Frustration: Get Organised

Are you lost in maze of legal contradictions? Is your head spinning from judgments for and against you in identical cases? If so, try arranging your laws into a single legal system. From now on, all your measures will be organised in a systematic way. No more contradictory judgments, always the same procedures and institutions, and only one law (in the broad sense of the term) will prevail. Legal disclaimer: Not guaranteed for effec-

tiveness. (Among the earliest adopters: the Incans and 17th century Europe)

Taking down the Dictator

Your neighbour is an ex-warlord who escaped prosecution in his country, and your own courts can’t prosecute foreign nationals for crimes committed abroad. What do you do? Stick it to them with an upgrade of your own traditional territorial law. Just follow the principle of universal jurisdiction and prosecute any crime against humanity. Regardless of the country – and whether it is piracy, slave trade, torture, aircraft hijacking, genocide, war crimes, or terrorism – no international criminal will find a safe haven again. (First appeared in 20th century international law)

Rationalise your Justice Ministry’s Budget

Having a tough time finding laws that work for everyone? Are you tired of chasing down transgressors? Then let society do the work for you with the all-new “Soft Law”. Just publish a code of conduct and people will adhere to it most of the time. Then let the community deal with those who don’t.

Best of all, it’s practically free: no more monitoring, enforcement, courts, and best of all, no lawyers’ fees! Soft law comes in a variety of flavours: “codes of conduct”, “guidelines”, “communications”, “best practices”, “resolutions” and “expert proposals”. Choose one to suit your tastes. (First appeared in the EU and in 20th century international law)

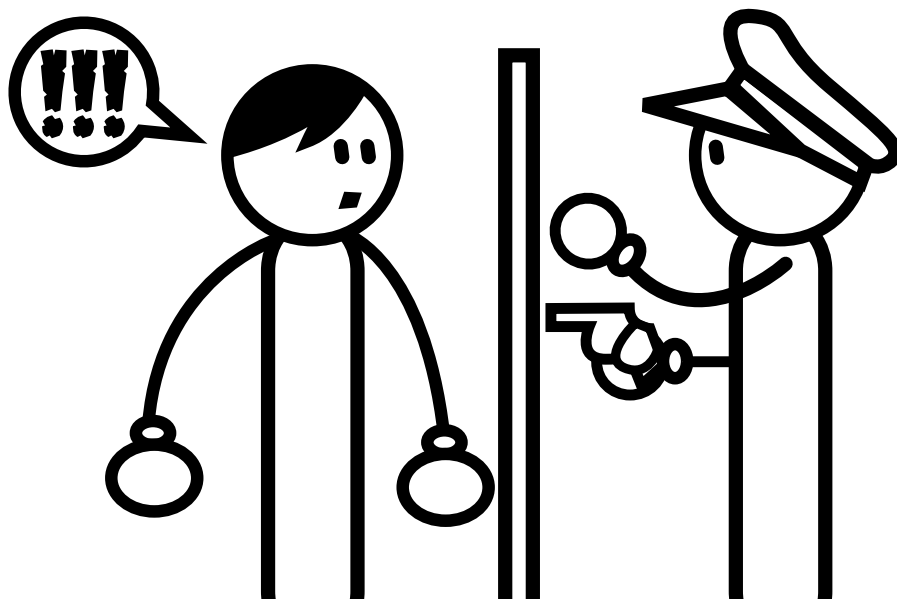
Leonhard Voltmer/EURAC

Institute for Minority Rights

Institute for Studies on Federalism and

Regionalism

leonhard.voltmer@eurac.edu



¹ A local administrative agent of an Anglo-Saxon king (Vogt/balivo).

DER COMPUTER, EIN IDEALER SPARRING-PARTNER

Immer mehr Menschen vertiefen ihre Fremdsprachenkenntnisse mit Computerprogrammen. Boten diese bislang meist nur monotone Übungen nach dem Multiple Choice System an, werden sie in naher Zukunft mehr können: „Etwa frei formulierte Sätze auf ihre Richtigkeit hin überprüfen“, erklärt Ulrich Heid, Dozent für Computerlinguistik am Institut für maschinelle Sprachverarbeitung (IMS) der Universität Stuttgart.

Herr Heid, wofür steht das Kürzel CALL?

Heid: Es steht für *Computer Assisted Language Learning*, also computergestütztes Sprachlernen. Streng genommen ist das Wort „Learning“ fehl am Platz. Was CALL bisher bieten kann sind vorwiegend Drillübungen beim Vokabel- oder Grammatikpauken. Es müsste schon eher *Computer Assisted Language Training* heißen.

Wie sieht so ein Sprachtraining am Computer aus?

Heid: Computergestützte Lernprogramme arbeiten in der Regel mit Lückentexten. In einem Satz werden ein bis zwei Worte ausgespart, die der Lernende dann ergänzen muss. Beispielsweise *Hans geht __ Schule*. Der Lernende kann die Lücke dann mit „in“, „auf“, „zur“, „nach“ usw. füllen und der Computer zeigt ihm, ob seine Wahl richtig oder falsch war.

Wie erkennt der Computer richtig oder falsch?

Heid: Er bedient sich des *Pattern Matching*. Das ist simples Programmieren. Der Programmator füttert im Vorfeld den Computer mit den falschen und

richtigen Lösungen. Gibt der Schüler einen Begriff in den Lückentext ein, nimmt das Lernprogramm einen Wortabgleich

ges, das den Kopf schüttelt.

Bei falscher Antwort wird die richtige nachgeliefert, beispielsweise mit entsprechendem Link auf Wortschatz oder Grammatik.



An der Uni Stuttgart arbeiten Sie, Herr Heid, an einem ganz neuen Programm, das individuell formulierte sprachliche Äußerungen, also ganze Sätze, zu analysieren vermag. Wie funktioniert das?

Heid: Das ganze ist schon etwas komplexer. Simple *Pattern Matching* reicht nicht. Meine Kollegen und ich arbeiten an einem Programm, das Texte grammatikalisch analysieren kann. Nehmen wir zum Beispiel den Satz *Apfel frischen Hans kauft*. Das Programm erkennt *kauft* als

Verb, *Hans* als *Subjekt*, *frischen* als *Attribut* und *Apfel* als *Objekt*. Anhand dieser Erkenntnis kann das Programm dann etwa Satzstellungsfehler erkennen.

Hier kommt den Programmierern die relativ starre Wortstellung im Deutschen entgegen?

Heid: Ja und nein. In der Regel steht im Deutschen im Aussagesatz das Verb an zweiter Stelle. Es gibt aber auch Ausnahmen. So ist der Satz: *Den Kuchen hat der Hund gefressen*, richtig aber selten gebräuchlich. Das Programm weist den

oder Buchstabenabgleich vor, ähnlich wie bei der Kontrolle des Passwortes. Um den Spaßfaktor bei den Sprachübungen zu erhöhen, werden Lernprogramme für Kinder mit witzigen Pop-Ups angereichert. So erscheint bei der richtigen Antwort oft ein fröhliches Männchen, das Hurra schreit, bei der falschen ein trauri-

» In Zukunft werden Computer frei formulierte Sätze korrigieren können. «

Lernenden darauf hin, dass diese Satzstellung zum Beispiel als betonte Antwort auf eine entsprechende Frage möglich ist, aber eigentlich von der Norm abweicht. Die meist von slawischen Muttersprachlern konstruierte Satzstellung *weil der Hund hat den Kuchen gefressen* hingegen, erkennt das Programm sofort als falsch.

Das Programm müsste also anhand häufig vorkommender Fehler auf die Muttersprache des Nutzers Rückschlüsse ziehen können? Kann sich der Computer an den Schüler adaptieren und etwa einem slawischsprachigen Schüler spezielle Wortstellungsübungen anbieten?

Heid: So weit sind wir noch nicht. Die Entwicklung computerlinguistischer Werkzeuge steckt noch in den Anfängen. Mit Hilfe des Computers können wir heute aber Unmengen an Sprachübungsmaterial von Studenten elektronisch erfassen. Bis vor kurzem waren Sprachübungen schriftlich, konnten also auch nicht systematisch untersucht werden. Ein belgischer Kollege, Prof. Serge Verlinde, hat in den letzten zwei Jahren eine Million Antworten auf Wortschatzfragen elektronisch erfasst. Neulich hat er mir gesagt, dass er sich jetzt eigentlich

» Eine Sprache „lernt“ der Schüler aber immer noch am besten in Interaktion mit lebenden Menschen. «

ein Jahr Auszeit von der Uni nehmen müsste, um das gesammelte Material systematisch zu untersuchen.

CALL wird also nicht so bald die Sprachdidaktik auf den Kopf stellen?



Heid: Wie schon gesagt, der Computer eignet sich, um vorhandenes Sprachwissen in Eigenregie zu vertiefen, zu trainieren und zu testen. So werden etwa in den USA schon seit längerem Sprachtestprogramme eingesetzt, um Nichtmuttersprachler auf ihre Englischkenntnisse hin zu testen. Die Forschungen sollen helfen, Sprachlernende ohne den bisherigen Trainingsdrill und mit etwas mehr Freude an eine neue Sprache heranzuführen. Die Angst, dass es bald keinen Sprachlehrer mehr geben wird, ist aber unbegründet. Eine Sprache „lernt“ der Schüler immer noch am besten in Interaktion mit lebenden Menschen. „Trainieren“ kann

ELDIT

Im vergangenen Jahr ist ELDIT, das elektronische Lernerwörterbuch Deutsch-Italienisch, zur Plattform gereift. ELDIT enthält rund 800 Kurztexte zu verschiedenen Themenbereichen, die mit dem Wörterbuch und lexikalischen Informationen verlinkt sind. Seit kurzem kann die Aussprache der Wörter mittels Audiofile abgespielt werden. Ein kurzes Video bietet eine anschauliche Anleitung zur Benutzung des Programms. In Kürze werden ein Grammatikteil und interaktive Bilder in das System integriert.

www.eurac.edu/eldit

er sie auch mit Hilfe eines Computers. ELDIT, das elektronische Lernerwörterbuch für Deutsch/Italienisch ist ein wunderbares Beispiel dafür.

Das Interview führte
Sigrid Hechensteiner

Ulrich Heid (geboren 1959) studierte in Stuttgart, Valenciennes und Lille Romanistik und Geschichte. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für maschinelle Sprachverarbeitung (IMS) der Universität Stuttgart. In seiner Dissertation (1995) und Habilitation (2001) behandelte

er Themen aus der Computerlinguistik. Seit 2001 ist er Hochschuldozent für Computerlinguistik am IMS. Er ist für Projekte im Bereich linguistische Ressourcen (Lexika, Corpora) und deren Anwendungen verantwortlich. Ulrich Heid war 1994-2002 Mitglied des Vorstands der Europäischen Vereinigung für Lexikographie, EURALEX, und wurde 2005 in den wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Fachkommunikation und Mehrsprachigkeit der EURAC berufen.



Conference: Language bridges

The Institute for Specialised Communication and Multilingualism (EURAC) is organising a conference on Multilingualism across Europe that will be the closing event of the project "Language Bridges". The aim of this conference is to discuss the findings, needs and best practices of various plurilingual European regions. It will be held from August 24 to 26th, 2006 at the European Academy Bolzano.

For further information:

<http://www.eurac.edu/Org/LanguageLaw/>



SONO DI SCENA LE LINGUE

Babylon è un seminario per superare le difficoltà nell'apprendere una nuova lingua. L'originalità sta nel metodo, che si avvale sia della pedagogia tradizionale, sia della psicologia sistemica.

Marisa è di Roma, ma vive a Bologna. In lei confluiscono i carismi di queste due città estroverse e generose: nel sorriso aperto, nei gioielli importanti e, soprattutto, nell'ironia. "Mi ci vorrebbe un fidanzato americano... Ma dato che non c'è e dato che l'inglese non mi va giù ma mi serve per lavoro, mi sono iscritta a questo seminario... Vorrei superare questo mio blocco verso la lingua".

Il seminario in questione si chiama Babylon, si concentra in un fine settimana ed è rivolto alle persone che hanno difficoltà ad apprendere una lingua straniera. Il corso, organizzato per la seconda volta a Bolzano dalla scuola di lingue alpha beta, è stato ideato e messo a

punto da Henriette Katharina Lingg, psicoterapeuta e consulente in processi di sviluppo organizzativo, Georg Gombos, anch'egli psicoterapeuta e docente di pedagogia interculturale all'Università di Klagenfurt, e Georg Senoner, consulente di direzione con specializzazione in sviluppo strategico. Babylon non è un corso di lingue, bensì un seminario per riflettere e superare gli ostacoli nell'apprendimento. Originale è soprattutto l'approccio scelto dai moderatori. Un approccio che fonde due elementi: pedagogia linguistica tradizionale, basata sulle competenze fondamentali di comprensione, lettura, scrittura e espressione vocale, e metodi di psicologia sistemica.

"Da una parte spingiamo i partecipanti a individuare le origini delle loro difficoltà (non riesco a parlare in pubblico, non riesco a scrivere correttamente, non memorizzo le parole nuove...) e a trasformare questi ostacoli in risorse." – spiega Georg Senoner – "Dall'altra parte riteniamo che questo risultato non possa essere raggiunto solo applicando sistematicamente un metodo di studio rigoroso. Occorre lavorare sulle immagini interiori che condizionano il nostro comportamento. L'apprendimento delle lingue straniere esprime un aspetto del nostro essere, dunque muta col mutare del tempo ed è fortemente influenzabile dal corso della nostra vita. Ecco perché

» Spingiamo i partecipanti a individuare le origini delle loro difficoltà e a trasformare questi ostacoli in risorse.«

Georg Senoner

ripercorrere la nostra “biografia linguistica” è essenziale per individuare eventuali blocchi e scioglierli”. Un aiuto per stimolare questo processo di riconoscimento è la percezione fisica del proprio stato d’animo nei confronti delle lingue. Secondo i moderatori il corpo sa segnalare con la massima efficacia la direzione da seguire per trovare un equilibrio emotivo. Ed infatti il seminario è ricco di esercizi psicomotori e di danza, con le costellazioni sistemiche come strumento principe.

Il piccolo gruppo dei sette partecipanti è disposto in cerchio. A occhi chiusi si ripercorre la propria vita e si cerca di ricostruire i contesti in cui si è incontrata la lingua “sotto processo”. Marisa è concentrata e il suo sorriso solare si rannuvola. Le sembra di ricordare che lo studio dell’inglese fosse coinciso, a undici anni, con una grave tragedia familiare. Le viene proposto di rappresentare la sua storia in una costellazione sistemica. Marisa sceglie una persona che impersoni il suo ruolo, il *focus*, una per l’inglese, una per il suo lavoro che tanto ha bisogno dell’inglese e una per la “fonte pura” della lingua. Le figure vengono da lei disposte nello spazio e a turno esprimono le loro sensazioni

rispetto alla posizione in cui si trovano, sulla base delle proprie percezioni corporali. Difficile individuare una costellazione in equilibrio, c’è sempre qualcuno che si sente troppo lontano dagli altri, troppo vicino, troppo girato... E il *focus*/ Marisa non riesce a avanzare verso la lingua. Fino che la “fonte pura” dell’inglese, posta in linea retta rispetto a lei, si lamenta: “Sì, è vero, sei davanti a me, ma c’è una figura vestita di rosso dietro di te che cattura la mia attenzione e mi turba”. La figura vestita di rosso, fino a quel momento spettatrice della costellazione, viene chiamata in scena. La vera Marisa, osservatrice oramai commossa della rappresentazione, si avvicina al suo alter ego, lo prende per mano e si rivolge verso la nuova comparsa. Nella figura in rosso Marisa riconosce la perdita che ha marchiato la sua infanzia e nel suo *focus* riconosce se stessa undicenne, impaurita davanti a ogni novità insicura. Il moderatore le chiede cosa le impedisce di voltare le spalle al passato e muovere i suoi passi verso il futuro, ovvero verso l’inglese. Marisa è sempre più titubante: “Non posso lasciarla sola. Non posso abbandonarla”. Ecco dunque che la “fonte pura” dell’inglese si avvicina e la figura in rosso esprime parole rassicuranti: “Porterò la memoria del passato e ti darò nuovo



slancio per i tuoi progetti futuri”. Marisa a questo punto si avvicina al suo inglese. Ci vuole qualche secondo, ma sul suo viso torna la morbidezza di un sorriso. La tecnica delle costellazioni sistemiche venne elaborata negli anni settanta dallo psicoterapeuta tedesco Bert Hellinger e si fonda sul principio dell’osservazione dall’esterno. Secondo Hellinger, ripercorrere catarticamente una scena della propria vita come spettatore di una rappresentazione scenica contribuisce a sbloccare meccanismi irrigiditi del nostro cervello. La tecnica è stata inizialmente applicata alla terapia familiare, poi via via si è estesa a altri campi. Henriette Katharina Lingg, Georg Gombos e Georg Senoner sono i primi ad utilizzarla nell’ambito dell’apprendimento linguistico, a partire dal 2002, con corsi in Austria, Germania e ora anche in Italia.

Numerose sono le critiche rivolte alla



teoria. Secondo tanti le costellazioni sistemiche forzerebbero la lettura della propria biografia alla ricerca di un'esperienza del passato che funga da caprio espiatorio per ogni difficoltà del presente. Secondo alcuni si potrebbe arrivare a indurre la memoria a ricordare traumi in realtà inesistenti. "Certo, si tratta di una pratica intensa, e non libera da rischi. Ma si tratta pur sempre di una tecnica scientificamente provata." – reagisce Georg Senoner – "La qualità deve essere garantita dai professionisti che la applicano, che devono rispettare norme severe. In primo luogo i moderatori che guidano la costellazione non devono mai imporsi con proprie letture. Possono suggerire uno spostamento in scena per favorire la ricerca dell'equilibrio e possono invitare le persone a ripetere frasi significative, ma non devono mai e poi mai imporre una linea. Gli psicoterapeuti accompagnano i partecipanti come delle levatrici, assistendo il parto senza interventi bruschi". Ogni interpretazione di quanto avviene sulla scena spetta alla persona interessata, che comunque può contare sul sostegno dei moderatori anche nel periodo successivo al seminario. Altra regola fondamentale della tecnica

delle costellazioni sistemiche è il ritorno alla realtà. Una volta messe a fuoco le tappe fondamentali della propria biografia e una volta riconosciuti i propri limiti e le proprie risorse nascoste è fondamentale riversare il nuovo patrimonio di conoscenza del sé nella vita quotidiana. Le visioni ideali si devono tradurre in mete concrete e misurabili: esercizi di lettura, scambi di corrispondenza, partecipazione a conferenze, e così via. Delle 13 persone che hanno preso parte alla prima edizione bolzanina di Babylon nella primavera scorsa, dodici hanno confermato un miglioramento effettivo nel loro apprendimento linguistico, supportati da una motivazione più ferma. Le ultime ore di seminario servono proprio a rappresentare graficamente, tramite cartoncini che simboleggiano le risorse e tracciati sul terreno, un percorso ideale per il proprio miglioramento.

Anche Marisa disegna la sua via e schiera un'armata agguerrita di abbonamenti satellitari, videocassette, riviste e conferenze, per culminare con un viaggio in America. Ha alle spalle la memoria di una sofferenza che non la inibisce più,

ma la sostiene. Anche se la corsia preferenziale non si rinnega: in fondo al suo percorso rimane sempre il cartoncino del "fidanzato americano"...

Valentina Bergonzi/EURAC
Comunicazione scientifica
valentina.bergonzi@eurac.edu



Gli ideatori di Babylon: Georg Senoner, Henriette Katharina Lingg e Georg Gombos. Per saperne di più sui prossimi seminari: www.senge.it/babylon



Wettbewerb: Sprich mit mir!

Um das Bewusstsein für die Bedeutung des Sprachenlernens zu fördern, hat der Europarat den 26. September zum Europäischen Tag der Sprachen erklärt. Das Institut für Fachkommunikation und Mehrsprachigkeit der EURAC und die Sprachstelle im Südtiroler Kulturinstitut feiern den Tag mit einer kleinen Postkartenaktion und einem Wettbewerb. Wenn Sie schon immer wissen wollten, wie man mit einem Tschechen „durch dick und dünn geht“, wie man auf Französisch „Daumen drückt“ oder ob auch die Briten „auf Draht sind“, dann können Sie gespannt auf die Postkarten von EURAC und Sprachstelle sein. Aber vielleicht fällt Ihnen zu dem Thema selbst allerhand ein und Sie beteiligen sich bei unserem kleinen Wettbewerb. (Monika Obrist)

Schicken Sie bis zum 26. November ein Sprichwort oder eine Redewendung und seine Entsprechungen in mindestens zwei Sprachen unter dem Kennwort „Sprich mit mir“ an:

EURAC research
z. Hd. Sandra Montagnana
Drususallee 1,39100 Bozen
language.law@eurac.edu

Unter allen Einsendern werden 150 Sprich-mit-mir-T-Shirts verlost! Eine Auswahl der eingesandten Redewendungen samt Entsprechungen wird auf der Homepage der EURAC veröffentlicht.

www.eurac.edu

Ricerca medica made in South Tyrol



Un accordo con il Rotary Club di Bressanone e il Mayo Clinic College of Medicine di Rochester consolida la posizione internazionale dell'Istituto di Medicina Genetica dell'EURAC nel campo degli studi sul morbo di Parkinson. Alle ricerche parteciperà anche Maurizio Facheris, neuro-epidemiologo di Milano.

Dottor Facheris, ammetterà che non capita tutti i giorni: la selezionano per un importante progetto di ricerca italiano e come prima cosa le dicono «parti per l'America».

Facheris: Forse non sono cose di tutti i giorni, ma soprattutto non sono cose che accadono in un solo giorno. I miei primi contatti con l'EURAC risalgono al 2004: all'epoca mi trovavo alla Mayo Clinic di Rochester, in Minnesota, e seguivo un progetto di ricerca sotto la direzione del Dr. Maraganore. Peter Pramstaller, direttore dell'Istituto di Medicina Genetica dell'EURAC, scrisse al Dr. Rocca, responsabile di un settore della Health Science Research, con cui collaboravo. Pramstaller cercava qualcuno con una formazione in neurologia, delle solide basi genetiche e, soprattutto, con competenze in ambito epidemiologico; Rocca mi suggerì di inviare il mio curriculum. Al mio rientro in Italia ho subito incontrato Pramstaller e il suo team, ci siamo piaciuti, abbiamo iniziato a lavorare a un'idea di progetto e via via la collaborazione si è fatta più concreta, anche grazie all'intervento del Rotary Club di Bressanone. Così siamo riusciti a creare le premesse per una forma più ampia di cooperazione scientifica tra l'EURAC e la Mayo Clinic.

Andiamo con ordine. Anzitutto: di che progetto si tratta?

Ricerche sull'ezio-patogenesi della malattia di Parkinson. L'obiettivo è quello di studiare le interazioni tra la genetica e i fattori esterni che potrebbero essere alla base dell'insorgere della malattia. Condurremo le ricerche in collaborazione con il Dipartimento di Neurologia dell'Ospedale Centrale di Bolzano, in cui Pramstaller dirige l'ambulatorio dei

disturbi del movimento e raccoglieremo i dati di un grande numero di pazienti in Alto Adige per studiarne il corredo genetico. Attraverso interviste dettagliate cercheremo poi di ricostruire le loro abitudini e gli stili di vita. Inizialmente si pensava che il Parkinson fosse causato esclusivamente da fattori ambientali, come pesticidi o acque inquinate. Oggi sappiamo che la malattia è dovuta anche a fattori genetici. Esistono alcuni geni



» In campo medico, comunicare con il pubblico è essenziale: non sono in ballo soltanto soldi, è in ballo la salute di tutti, il diritto a essere curati. «

Maurizio Facheris

»» In campo scientifico, nessuna scoperta può dirsi certa finché l'esperimento non viene ripetuto in un altro laboratorio e produce risultati identici. ««

Maurizio Facheris

direttamente implicati nel Parkinson: se una persona presenta mutazioni a livello di questi geni (nel proprio Dna), allora si ammalerà sicuramente di Parkinson. Questo però spiega soltanto il 5 per cento dei casi registrati. Per il rimanente 95 per cento si ipotizzano oggi cause genetico-ambientali: sono stati infatti individuati altri geni che, pur non causando il Parkinson, inducono a una predisposizione verso la malattia. Si ritiene che l'interazione tra questi geni e determinati fattori ambientali possa essere la causa scatenante della maggioranza dei casi di Parkinson.

Il contributo dell'epidemiologia, dunque, è necessario per studiare questi fattori ambientali e i loro effetti sul Dna.

Esattamente. E anche per questo tipo di ricerche l'Alto Adige rappresenta una realtà privilegiata. Parte della popolazione è caratterizzata da una ridotta diversità genetica e condivide lo stesso ambiente geografico, essendo quindi esposta agli stessi fattori di rischio o di protezione (i cosiddetti microisolati). L'Istituto di Medicina Genetica dell'EURAC è già riuscito a reclutare le competenze scientifiche necessarie per questo tipo di studi: esperti in neuroscienze, genetica molecolare, statistica e bioinformatica. Per completare il quadro, alla luce degli orientamenti più recenti della ricerca, mancavano solo le competenze in ambito epidemiologico.

Che ora sono state trovate. E allora, perché lei parte per l'America?

La mia collaborazione più stretta con l'EURAC comincerà soltanto a gennaio

del 2007. Nel frattempo, però, possiamo sfruttare al meglio l'anno che passerà negli Stati Uniti per portare a termine un master in ricerca clinica alla Mayo Clinic. L'EURAC, grazie alla collaborazione stretta con la Neurologia dell'Ospedale di Bolzano, ha già a disposizione una serie di dati interessanti: posso iniziare ad analizzarli nei laboratori di Rochester. La Mayo Clinic è tra i primi centri degli Stati Uniti nel campo della ricerca medica, ci lavorano i principali esperti del settore.

È il classico caso "due piccioni con una fava"?

Forse anche di più. Peter Pramstaller è riuscito a creare una di quelle rare, felici situazioni in cui la collaborazione scientifica si traduce in un vantaggio concreto per tutti le persone coinvolte. Alla fine del master avrò acquisito competenze che potranno essere sfruttate non soltanto nella ricerca sul Parkinson, ma anche per studiare in Alto Adige altre malattie con caratteristiche simili. La Mayo Clinic e l'EURAC potranno intensificare la loro cooperazione: da un lato ci sarà la possibilità di confrontare i dati, dall'altro l'EURAC potrà utilizzare il proprio laboratorio per replicare alcuni risultati già ottenuti a Rochester. Lei sa che, in campo scientifico, nessuna scoperta può dirsi certa finché l'esperimento non viene ripetuto in un altro laboratorio e produce risultati identici. È un passaggio obbligato, necessario per garantire l'attendibilità delle scoperte. Ma non solo: è anche una forma di collaborazione importante, che porta prestigio alle istituzioni coinvolte.

Come siete riusciti a coinvolgere il Rotary Club di Bressanone?

Non è stato facile. Sapevamo che c'era un grande interesse verso la ricerca medica da parte del presidente uscente, Wilfried Moroder. Ma sapevamo anche che tra i soci c'era un forte scetticismo a finanziare un progetto che esula dal tradizionale campo d'azione del Rotary, fondazione attiva soprattutto nel sociale e molto legata al territorio. Ma alla fine, parlando, spiegando, li abbiamo convinti. Abbiamo illustrato il progetto, risposto

alle domande: evidentemente siano riusciti a trasmettere il nostro entusiasmo perché alla fine hanno premiato la nostra proposta con una borsa di studio. Che ci consente di sfruttare al massimo questo mio "anno americano". Il merito più grande va però al dottor Moroder, che ha creduto e crede moltissimo nel progetto. Moroder disse una cosa che mi colpì molto: «È ora di dimostrare che l'Alto Adige non produce soltanto ottime mele ma anche ricerca di alta qualità».

È un'idea di ricerca molto vicina alla società.

Non può che essere così. Fa parte della scienza e della ricerca medica in particolare, vista la forte attenzione verso le persone che caratterizza il nostro settore. C'è anche un altro aspetto, che Moroder ha espresso in maniera molto diretta e potente: la consapevolezza dei punti di forza del proprio territorio aumenta il senso di orgoglio, l'attaccamento alla propria terra. Se c'è un progetto che ottiene riconoscimenti importanti a livello nazionale o internazionale, allora cresce anche l'interesse del pubblico e delle istituzioni, il desiderio di farvi parte, di contribuirvi, di sostenerlo.

Un'attività di sensibilizzazione importante, che in molti ambienti scientifici viene però spesso vista negativamente, come una distrazione dalla ricerca vera e propria.

Che sia faticoso non lo nega nessuno: spiagare, convincere, scrivere progetti, imparare a essere «socialmente seducenti»... Certo, è una gran fatica, ma è fondamentale. Oggi nessuno ti regala i soldi: occorre dimostrare che un progetto merita d'essere finanziato, che i fondi sono stati ben spesi. In campo medico, poi, comunicare con il pubblico è essenziale: non sono in ballo soltanto soldi, è in ballo la salute di tutti, il diritto a essere curati.

Una cosa che hanno sicuramente ben presente negli Stati Uniti. Che impressione ha del loro modo di fare ricerca?

Hanno finanziamenti decisamente superiori a quelli europei e soprattutto a quelli

italiani. Ma credo che la differenza principale sia un'altra: la mentalità di ricerca. Negli Stati Uniti ci credono fermamente, e quindi ti mettono a disposizione tutto ciò di cui hai bisogno: soldi, macchinari e tecnici per farli funzionare. Assicurano una piena operatività dei luoghi di ricerca 24 ore su 24. In condizioni così favorevoli, è naturale impegnarsi al massimo, lavorare a pieno ritmo, anche 10-12 ore al giorno. Non senti la fatica ma solo l'entusiasmo della ricerca. E quando arrivano i risultati, le istituzioni si assicurano i proventi dai brevetti, ma al ricercatore rimane l'impagabile soddisfazione di vedere il proprio nome su una rivista prestigiosa.

Dopo un'esperienza del genere, come le sembra l'Italia?

Sono tornato alla Milano-Bicocca da un anno circa, per concludere la specializzazione in neurologia. Al mio rientro mi è parso che la realtà della ricerca scientifica italiana sia piuttosto avvilente... Invece di unire forze e risorse, i diversi gruppi di ricerca stanno lì a farsi la guerra... una guerra sul nulla, per niente. Completamente diversa è l'aria che ho respirato all'EURAC, dove ho trovato una mentalità più vicina a quella americana: ti incontri, parli, decidi, vai, fai. Sono davvero contento di poter lavorare in una realtà così, con del materiale preziosissimo, poter sfruttare le competenze e l'esperienza maturate a Rochester. In un istituto come l'EURAC, nel mio paese, vicino alla mia famiglia.

Da qui al 2007, comunque, la sua agenda è piuttosto impegnata...

A inizio novembre concludo la specializzazione in neurologia alla Milano-Bicocca. Subito dopo parto per Berlino, per un corso intensivo di tedesco. Una breve sosta dalla mia famiglia, per Natale, ma il 28 dicembre sarò già in viaggio per gli Stati Uniti: alla Mayo Clinic passerò ancora un anno per completare il master e avviare il progetto che stiamo definendo con Peter Pramstaller. Sono sincero: sono molto contento di andare in America, ma la verità è che non vedo l'ora di tornare e iniziare qui a Bolzano.

Intervista di Stefania Coluccia

Condividere esperienze e saperi

Migliorare l'assistenza sanitaria promuovendo un ampio e costante accesso alle fonti scientifiche più attuali e autorevoli da parte degli operatori del settore. È nata la Biblioteca Medica Virtuale dell'Alto Adige.

«Una risorsa fondamentale per la diffusione e lo sviluppo di una cultura sanitaria più moderna in Alto Adige», Brigitte Hofer, coordinatrice del progetto, riassume così le ragioni che hanno portato l'Assessorato provinciale alla sanità e politiche sociali a impegnarsi nella creazione di un portale innovativo di contenuto medico-scientifico. La Biblioteca Medica Virtuale dell'Alto Adige (BMV), "aperta" ufficialmente la scorsa estate su Internet, si rivolge soprattutto agli operatori sanitari e ha già al suo attivo circa 3.600 risorse elettroniche (tra periodici e banche dati) e una serie di servizi integrativi, come lo spazio News, dedicato a temi di natura prevalentemente metodologica, o la rubrica Strumenti utili: dizionari, enciclopedie, altri ausili che agevolano la comprensione degli argomenti più attuali e controversi riguardanti la produzione e la valutazione della letteratura scientifica.

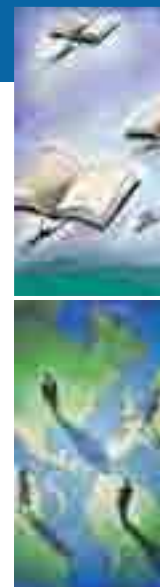
Esperienza unica nel suo genere in Italia, la BMV si colloca nell'ambito degli approcci più moderni in campo sanitario, quelli della cosiddetta evidence-based medicine, ossia di una pratica medica fortemente basata sui risultati scientifici (le "evidenze") della ricerca e della sperimentazione cliniche. L'obiettivo della Biblioteca, come spiega Hofer, non è soltanto mettere a disposizione degli operatori sanitari un agile accesso alle risorse di conoscenza medico-sanitaria più attuali e autorevoli, ma anche «promuovere una cultura sanitaria di stampo evidence-based in Alto Adige, in cui i professionisti del settore

siano stimolati a consultare costantemente la letteratura scientifica più autorevole e imparino a interpretarla efficacemente. Ne facciano insomma uno strumento quotidiano di lavoro, di confronto diretto con i colleghi per condividere esperienze, saperi.»

Oggi la BMV viene gestita interamente dall'Assessorato alla sanità e politiche sociali in collaborazione con la casa editrice romana Il pensiero scientifico, che si occupa di curare e aggiornare i contenuti scientifici. Al percorso che ha portato alla sua creazione, tuttavia, hanno contribuito in molti, in particolare un gruppo tecnico costituito dalle quattro Aziende sanitarie altoatesine (Bolzano, Merano, Brunico e Bressanone), dalla Scuola provinciale superiore di sanità Claudiana e dall'Assessorato alla sanità.

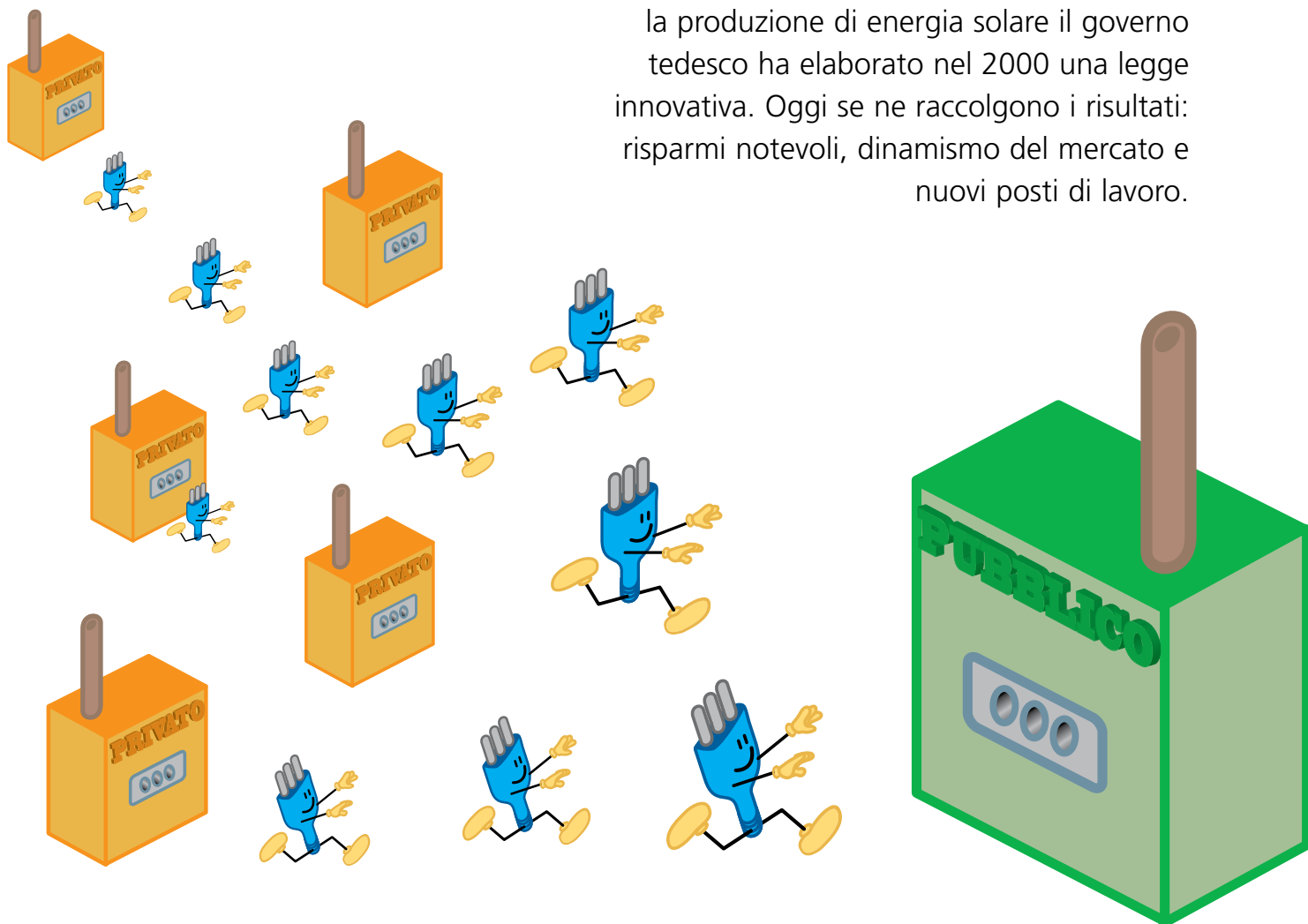
La consultazione gratuita delle risorse in abbonamento è prevista soltanto per il personale del gruppo tecnico della BMV ma, sottolinea Hofer, «vorremmo che già nel 2006 nascessero delle collaborazioni con altre istituzioni, come ad esempio l'EURAC, o con singoli professionisti, come medici e pediatri di base, per fare in modo che possano accedere alla BMV, che le risorse siano a disposizione di tutti coloro che operano e studiano in sanità».

Per maggiori informazioni consultare il sito della Biblioteca Medica Virtuale dell'Alto Adige all'indirizzo <http://www.bmv.bz.it>



Una legge a tutto sole

Basta sovvenzioni pubbliche a pioggia per installare impianti fotovoltaici. Per incentivare la produzione di energia solare il governo tedesco ha elaborato nel 2000 una legge innovativa. Oggi se ne raccolgono i risultati: risparmi notevoli, dinamismo del mercato e nuovi posti di lavoro.



La storia finisce con un primato. Nel 2004 la Germania è diventata leader mondiale per la quantità di potenza installata con impianti fotovoltaici, per un totale di oltre 700 Megawatt (MW), quasi 50 volte quella installata in Italia (18,1 MW).

Ma forse sarebbe meglio ricordare che la storia è cominciata con una legge entrata in vigore il 1° aprile 2000 e ritoccata nuovamente nel 2004. Con la Erneuerbare-Energien-Gesetz- EEG (Legge sulle energie rinnovabili) il gover-

no tedesco ha messo a punto un sistema lungimirante che tiene conto sia degli obiettivi comunitari legati all'attuazione del protocollo di Kyoto, cioè l'aumento di produzione di energia da fonti rinnovabili entro il 2010, sia delle necessità di risparmio delle casse pubbliche.

La principale novità della legge è il taglio dei finanziamenti pubblici a fondo perduto per l'installazione di impianti fotovoltaici e il conseguente ricorso a un meccanismo commerciale basato sulla

concorrenza. Da cinque anni a questa parte aziende e privati tedeschi non possono più contare su un contributo statale per l'acquisto dei moduli solari: impianto e allacciamento alla rete sono a carico del cliente. Ma dove sta allora il vantaggio?

I produttori cedono l'energia solare realizzata con i loro impianti ai gestori di rete ad un prezzo estremamente vantaggioso, che varia da un minimo di 45,7 a un massimo di 62,4 centesimi al kilowattora (kWh), a seconda del posi-

zionamento dei pannelli e della potenza dell'impianto. Per avere un'unità di misura di riferimento basti pensare che l'energia prodotta da fonti tradizionali costa ai gestori di rete una media di 5 - 7 centesimi al kWh. La tariffa fissa per l'energia solare viene garantita ai rivenditori per venti anni, anche se, in previsione di un aumento costante dell'impiego delle rinnovabili e di un ulteriore abbassamento dei costi di produzione, il governo ha stabilito di diminuire ogni anno del 5 per cento le tariffe da offrire ai nuovi produttori, ipotizzando che tra vent'anni l'energia solare potrà essere pagata tanto quanto l'energia prodotta da fonti tradizionali.

I gestori di rete immettono in circolo l'energia acquistata e diluiscono le spese più elevate di acquisto nelle bollette di tutti gli utenti, che finiscono con lo sfruttare le energie alternative percependo una lievitazione irrisoria sul costo finale. Greenpeace ha stimato che una famiglia media potrebbe vedere aumentata la propria bolletta di circa 1 euro al mese.

La sicurezza di remunerazioni fisse per almeno due decenni stimola la pianificazione di strategie imprenditoriali a lungo termine. Certo, il costo di un investimento iniziale senza sussidi può

frenare i singoli privati, ma il compenso vantaggioso innesca un meccanismo di compensazione di costi, ricavi e profitti che alimenta una dinamica di più ampio respiro. Nel 2004 sono stati investiti 1,7 miliardi di euro nel settore, che conta un totale di oltre 20.000 addetti, di cui 500 assunti solo lo scorso anno.

Ad oggi l'energia solare copre lo 0,82 per cento del totale fabbisogno energetico tedesco: una quantità irrisoria, ma sbalorditiva se si pensa che è aumentata di cinque volte rispetto al 2000 (0,16 per cento) e di ben 80 volte rispetto al 1991 (0,01 per cento). In Germania, il mercato delle rinnovabili si avvia a essere un mercato di imprenditori che del solare fanno il loro business, non solo un mercato di convinti, ma isolati, ecologisti avanguardisti. E l'energia solare si avvia ad essere l'energia utilizzata da tutti, non solo da chi ha pannelli sul proprio tetto. Non solo, l'assenza di sussidi statali fissi contribuisce ad aumentare la concorrenza nell'ambito della vendita e installazione di impianti fotovoltaici. Se si investono soldi di tasca propria, e se l'obiettivo è rincorrere un alto profitto, si cerca con ancor maggiore accuratezza il migliore offerente. A questo va aggiunto il fatto che due tra le dieci maggiori aziende produttrici di celle e moduli

fotovoltaici al mondo (Q-Cells e RWE-Schott-Solor) sono tedesche e sfruttano le tecnologie più avanzate. Da non sottovalutare è infine la solida organizzazione che contorna il semplice commercio e l'installazione dell'impianto. La cooperazione tra vari operatori economici consente infatti di accedere con maggiore facilità alla tecnologia fotovoltaica. Ad esempio alcune aziende edili propongono di integrare gli impianti fotovoltaici direttamente nei lavori di costruzione, acquistando il materiale dai produttori in grandi quantitativi e facendosi carico per il cliente delle contrattazioni e delle procedure di installazione.

Anche in questo caso la somma dei tre elementi significa una sola cosa: abbattimento progressivo dei costi e ampliamento del mercato. Già oggi un impianto medio di 3 kW di potenza di picco può arrivare a costare anche un paio di migliaia di euro di meno che in Italia. E nel 2004 sono stati installati impianti per una potenza di circa 300 Megawatt (MW): una crescita di oltre il 100% rispetto all'anno precedente.

Valentina Bergonzi/EURAC
Comunicazione scientifica
valentina.bergonzi@eurac.edu

L'energia solare in Italia

L'Italia rincorre il modello tedesco. Dopo anni di attesa, il decreto ministeriale del 28 luglio 2005 ha introdotto le tariffe incentivanti come criterio di promozione della produzione di energia elettrica mediante conversione fotovoltaica della fonte solare. Tuttavia la regolamentazione rimane più complessa di quella d'oltralpe. ISES Italia, sezione della International Solar Energy Society, lo ha definito una

sorta di "sistema di incentivazione misto o ibrido". Ad esempio per i piccoli impianti sotto i 20 kW di potenza si potrà applicare il concetto di Net Metering, noto anche come "scambio sul posto": i possessori di impianti fotovoltaici possono utilizzare direttamente l'energia elettrica generata dall'inverter dell'impianto per il proprio fabbisogno personale e solamente le eccedenze vengono immesse nella rete elettrici-

ca locale. Grazie a un contatore che misura l'energia in uscita e in ingresso, alla fine dell'anno il produttore e il gestore di rete nazionale operano un "saldo" dello scambio effettuato.

Altra sostanziale differenza rispetto al modello tedesco è rappresentata dall'esistenza di un limite di potenza per gli impianti che possono godere di incentivi (1000 kW) e dall'introduzione di una procedura di gare d'ap-

palto per stabilire il prezzo dell'energia a kWh degli impianti di grande taglia (da 50 a 1000 kW); tariffa sempre prefissata in Germania dal gestore di rete.

È presto per valutare le conseguenze dell'applicazione di questo decreto. Le associazioni di categoria si auspicano tuttavia di ripercorrere le stesse tappe del boom tedesco.

Des einen Freud - der Alpen Leid

Der Transitverkehr in den Alpen belastet Mensch und Umwelt. Bisherige Maßnahmen zur Verkehrsbekämpfung verlagerten den Verkehr von einer Straße auf die andere, statt ihn zu vermindern. An einer Lösung für den gesamten Alpenraum arbeiten nun EURAC-Wissenschaftler gemeinsam mit Partnern aus der Schweiz, Frankreich, Österreich und Italien.

1.1.2005: Am Gotthard wird die LKW-Maut erhöht. 200 Euro für die gesamte Gotthardroute. Der etwa gleich lange Brennerkorridor kostet 111 Euro – rund die Hälfte. Ein Preisunterschied mit Folgen: Viele LKWs bahnen sich einen neuen Weg über die Alpen und wählen den billigeren Brennerkorridor. Dafür nehmen sie erhebliche Umwege in Kauf. Auf der Ausweichroute nimmt der Transitverkehr zu und mit ihm die Schadstoff- und Lärmbelastungen.

Was die Mauterhöhung zum Ausdruck bringt, ist beispielhaft für viele Verkehrsmaßnahmen. Keiner noch so durchdachten Maßnah-

me eines einzelnen Landes gelingt es, den Straßenverkehr insgesamt zu vermindern. Die Verkehrspolitik ist von nationalen Egoismen geprägt. Fahrverbote, Schadstoffbegrenzungen, Mauterhöhungen bleiben ohne Wirkung für den gesamten Alpenraum. Eine nachhaltige Problemlösung für die sensible Zone Alpenraum ist daher dringend notwendig. Diese muss abgestimmt sein in der Vorgangsweise.

Das Projekt MONITRAF bezieht sich auf eine alpenweite Verkehrspolitik. Sieben Regionen aus dem Alpenraum arbeiten gemeinsam für eine nachhaltige Verkehrsstrategie. Die Projektpartner

analysieren die Auswirkungen des Straßenverkehrs längs der vier am stärksten belasteten Transitkorridore Brenner, Fréjus, Gotthard und Mont-Blanc. Auf dieser Grundlage entwickeln sie gemeinsame Maßnahmen, um die negativen Auswirkungen des Straßenverkehrs zu vermindern. Gleichzeitig soll die Lebensqualität erhöht werden.

Die Fakten: Der Straßengüterverkehr hat in den letzten Jahrzehnten an allen vier Alpenstraßen kontinuierlich zugenommen. Auch für die Zukunft wird ein weiterer Anstieg prognostiziert. „Den Handlungsbedarf haben wir erkannt. Was uns aber fehlt, ist eine gemeinsame



1.–3. Dezember 2005,
Luzern (Schweiz)

Internationale Fachkonferenz „Transport across the Alps – MONITRAF“

Die Alpenübergänge sind von strategischer Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb und außerhalb der Alpen. Zu viel Verkehr belastet jedoch Mensch und Umwelt sowie die Wirtschaft selbst.

Bereits 1985 forderten die in der ARGE Alp (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer) vertretenen Alpenregionen in ihrem Verkehrskonzept eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Heute, im Jahr 2005, ist festzustellen, dass dieses Ziel noch nicht erreicht wurde.

Dies verdeutlicht, dass sich das Transportwesen ohne steuerliche und gesetzliche Maßnahmen, die über den eigentlichen Sektor hinausreichen müssen, nicht selbst reguliert. Eine nachhaltige Problemlösung für den Alpenraum ist daher dringend notwendig.

Die internationale Konferenz „Transport across the Alps – MONITRAF“ greift zentrale Fragen zum Verkehr im Alpenraum auf und präsentiert die ersten Forschungsergebnisse des Projektes MONITRAF. Praktische Anschauung bietet zudem eine Exkursion zur Baustelle Amsteg des Gotthard-Basistunnels, einem der größten Verkehrsprojekte im Alpenraum.





1



2



3

© De Sijl - Immagine e Comunicazione, Italy

- 1: Brenner-Korridor
- 2: Mont-Blanc-Korridor
- 3: Fréjus-Korridor

Source: Gie TMB.

Vorgehensweise im gesamten Alpenraum“, bringt der stellvertretende Landeshauptmann und Verkehrsreferent Tirols Hannes Gschwentner die Problematik auf den Punkt.

Das MONITRAF-Projekt hat den gesamten Alpenraum im Blick. Die bekannten Negativeffekte wie Luft- und Lärmbelastungen werden in allen vier Korridoren anhand bereits erhobener Daten analysiert. Bearbeitet werden die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort, die Gesundheit, den Tourismus und die Transportströme, wie auch die Wechselwirkungen zwischen Verkehr einerseits und der Raumentwicklung, dem Tourismus, der Umwelt und der Wirtschaft andererseits.

So werden etwa Antworten auf Fragen gesucht wie: Fördert der Verkehr die touristische Entwicklung einzelner Regionen? Schafft er neue Arbeitsplätze? Erhöht er die Zahl der Krebserkrankungen oder die Kindersterblichkeit?

Um diese Fragen zu beantworten erarbeiten die Wissenschaftler ein Set von Kenngrößen (Indikatoren), das die Auswirkungen des Straßenverkehrs misst.

Das Besondere dieses Indikatorensets: Es baut auf verfügbaren Daten auf und kann daher in allen Regionen angewandt werden. So ermöglicht es die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Regionen.

Eine weitere Aufgabe wird es sein, den Einfluss gesetzlicher und politischer Rahmenbedingungen auf den Transitverkehr herauszuarbeiten. Wie wirkt sich beispielsweise die Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz oder das Nachtfahrverbot in Italien konkret aus? Maßnahmen, die insgesamt zu einer Verminderung des Verkehrs führen können oder den Verkehr auf die Schiene verlagern, werden zum Ende des Projektes feststehen.

Entscheidender Erfolgsfaktor dafür ist die Zusammenarbeit zwischen den sieben Regionen. Fest steht nämlich schon jetzt, dass jede Maßnahme von allen Regionen angewandt werden muss.

Sandra Lange/EURAC
Institut für Regionalentwicklung
sandra.lange@eurac.edu



Info

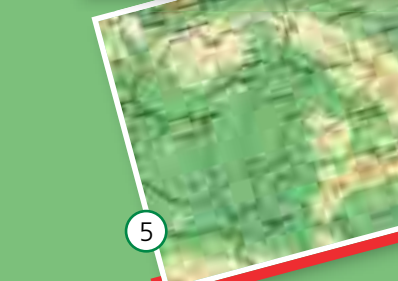
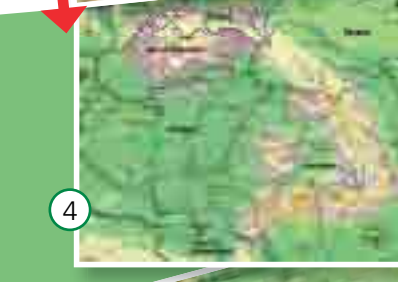
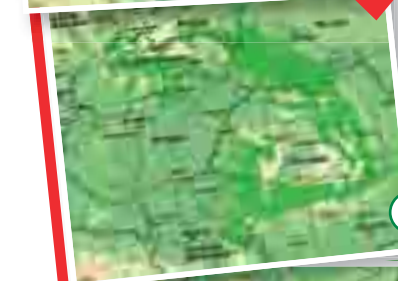


MONITRAF (Monitoring of road traffic related effects in the Alpine Space) ist ein auf drei Jahre angelegtes Forschungsprojekt und wird von der EU im Rahmen des INTERREG III B Alpenraumprogramms mitfinanziert.

Mit diesem Programm fördert die EU eine nachhaltige grenzüberschreitende Entwicklung im Alpenraum und versucht diesen als räumliche Einheit zu stärken. Am Alpenraumprogramm können sich Partner aus den EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und Slowenien sowie aus den Nicht-EU-Staaten Schweiz und Liechtenstein beteiligen.

Eine Konvention ohne Konventionsgebiet

Nach dem Vorbild der Alpenkonvention wurde 2003 die Karpatenkonvention ins Leben gerufen. Ziel ist der Schutz und die nachhaltige Entwicklung des Konventionsgebietes. Nur, was genau zählt zum Konventionsgebiet? Die EURAC hat sich auf wissenschaftliche Grenzsuche begeben und einen Vorschlag für eine mögliche Vorgehensweise ausgearbeitet.



- 1 Berggebiet
- 2 Schutzgebiete
- 3 Große Waldflächen
- 4 Benachteiligte Gebiete
- 5 Geologie/Orographie



Die Karpaten (190.000 km² = ca. Fläche der Alpen) erstrecken sich über die Slowakische und Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Ukraine, Rumänien und Serbien und Montenegro. Hier finden sich noch große Buchenurwälder und zahlreiche Braunbären, Wölfe und Luchse. Viele Natur- (Donau-Delta) und Kulturdenkmäler (Kloster von Horezu/Rumänien) zählen zum Weltkulturerbe (<http://whc.unesco.org>). In der Hohen Tatra liegen außerdem bekannte Skigebiete.

Transilvanien: Stein des Anstoßes bei der Definition des Karpatenkonventionsgebietes. Die Rumänen wollen das Hochplateau zwischen Apusenengebirge und Ostkarpaten nicht zum Konventionsgebiet rechnen, die Ungarn möchten es unbedingt drinnen haben. Der EURAC-Vorschlag, wie das Konventionsgebiet der Karpaten abgegrenzt werden könnte, schließt Transilvanien aus.

„Gebirge sind stumme Meister und machen schweigsame Schüler“, schrieb einst Johann Wolfgang von Goethe. Das trifft auf die Karpaten so momentan nicht zu. Seit Gründung der Karpatenkonvention wird auf politischer Ebene heftig diskutiert. Die Emotionen entfachen sich an der Frage, welche Gebiete denn eigentlich zum Konventionsgebiet gehören. Hintergrund bildet u.a. das Tauziehen um das Transsilvanische Plateau (Siebenbürgen) in Rumänien – bekannt als Draculas Heimat.

Im ersten Artikel der Karpatenkonvention wird das Konventionsgebiet als „Region der Karpaten“ bezeichnet. Diese Definition erlaubt unterschiedliche Interpretationen. Unter „Karpatenregion“ verstehen die Rumänen etwa das reine „Berggebiet der Karpaten“. Dieses schließt das transsilvanische Hochplateau zwischen Apusenengebirge im Westen und Ostkarpaten aus. Rumänien besitzt schon rund die Hälfte des Karpatengebietes. Sollte das Hochplateau auch Teil der Konvention werden, befürchten die Rumänen Nachteile für ihre wirtschaftliche Entwicklung aufgrund verschärfter Auflagen zum Schutz des Naturraumes. Für die Ungarn ist Transsilvanien hingegen ein zentraler Bestandteil der „Karpatenregion“. Das Gebiet gehörte bis 1918 größtenteils zum Österreichisch-Ungarischen Reich.

Wie bei der Alpenkonvention haben die Länder eigene Vorschläge für das nationale Konventionsgebiet ausgearbeitet, jedoch stockt die gegenseitige Anerkennung. Aus diesem Grund setzten sich einige Länder für eine wissenschaftliche Abgrenzung des Konventionsgebietes ein. Diese solle eine fachliche Diskussion unterstützen. Einigen will man sich dann auf der ersten Konferenz der Vertragspartner. Im Frühjahr 2004 wurden die Regionalentwickler der EURAC von der UNEP (United Nations Environment Programm) beauftragt, einen Vorschlag für eine entsprechende Vorgehensweise auszuarbeiten. Da die Abgrenzung grenzüberschreitend und homogen sein soll, betreten die EURAC-Mitarbeiter Neuland.

Karpatenkonvention

Die Rahmenkonvention zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Karpaten wurde 2003 in Kiew unterzeichnet. Die sieben Signatarstaaten sind: Tschechien, Polen, Ukraine, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Serbien & Montenegro. Rund 50% des Konventionsgebiets liegt auf rumänischem Hoheitsgebiet. Das zwischenstaatliche Abkommen dient nicht nur zum Schutz der Umweltressourcen, sondern berücksichtigt auch ökonomische und kulturelle Aspekte. Die generellen Richtlinien der Rahmenkonvention können in zukünftigen Protokollen in Handlungsgrundsätze umgesetzt werden.

Ein Ansatz auch für andere Berggebietskonventionen?

Nach welchen Kriterien grenzt man das Hoheitsgebiet einer Konvention ab? Die Region der Karpaten wird wesentlich durch ein Berggebiet, nämlich den Karpatengebirgszug, bestimmt. Womit wir bei der nächsten Frage wären: Was ist ein „Berggebiet“? Damit die Antwort für alle Staaten dieselbe ist, bilden internationale Richtlinien den Ausgangspunkt der EURAC-Studie. Für die Bestimmung von Berggebieten legt die Studie „Mountain areas in Europe“ als Kriterien Höhe und Hangneigung fest.

Doch Konventionsgebiet ist nicht immer gleich reines Berggebiet. Für das Konventionsgebiet sind auch Kriterien wie Schutzgebiete und Nachhaltigkeit wichtig. Doch wie lassen sich abstrakte Ziele der Konvention wie „Schutz von Flora und Fauna“ und „nachhaltige Entwicklung“ räumlich darstellen? Auch hier geben internationale Richtlinien entsprechende Indikatoren an. Anhand derer lassen sich die Ziele berechnen und für den gesamten Karpatenraum darstellen. So werden beispielsweise Gebiete mit erschwerten Bedingungen für die Landwirtschaft nach einer EU-Richtlinie (Verordnung über Benachteiligte Gebiete Nr. 1257/1999) ermittelt. Fallen Gebiete in diese Kategorie, kann eine Integration in die Karpatenkonvention für ihre Entwicklung förderlich sein. Zum Schutz des kar-

patischen Waldreichtums fließen „große Waldflächen“ mit ein, die gemäß der *European Environmental Agency* mindestens eine Fläche von 600 km² haben müssen. Nationalparks und ähnliche offiziell unter Schutz stehende Flächen werden ebenfalls berücksichtigt.

Anhand der Berggebiets-, Schutz- und Nachhaltigkeitskriterien wurde ein erstes Kerngebiet definiert. Dieses Gebiet muss nun schrittweise an regionale Gegebenheiten angepasst werden, da internationale Kriterien nicht immer ausreichen. Damit sich die Konvention auch lokal und verwaltungstechnisch umsetzen lässt, wurden auch die Gemeindegrenzen einbezogen. Außerdem wurde darauf geachtet, dass die Außengrenze linear verläuft und sich keine vom Rest abgetrennten Inseln bilden.

Die Wissenschaftler der EURAC werden nun den Mitgliedsstaaten eine Karte als Vorschlag unterbreiten, wie das Konventionsgebiet aussehen könnte. Die Streitfrage um die Region Transsilvanien wäre damit zumindest von wissenschaftlicher Seite her gelöst: Die Heimat Draculas steht nicht unter dem Schutzschirm der Konvention.

Uta Schirpke/EURAC

Institut für Regionalentwicklung
uta.schirpke@eurac.edu

Thomas Streifeneder/EURAC

Institut für Regionalentwicklung
thomas.streifeneder@eurac.edu

+ + + Weitere Informationen + + +

> zur Karpatenkonvention:

<http://www.carpathianconvention.org/index.htm>

> zur Studie „Mountain areas in Europe“:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/studies/study_de.htm



C'ERA UNA VOLTA UNO SCIENZIATO...

Nuova edizione di mini-explOra! con workshop, corsi e incontri con esperti per i ragazzi delle elementari, medie e superiori. Al centro dell'attenzione una mostra su Einstein, esperimenti genetici e giochi di società. All'EURAC dal 14 al 18 novembre.

Un giorno una madre preoccupata chiese a Einstein: "Lei che è così grande, mi dica: come posso aiutare mio figlio a diventare scienziato?". Einstein rispose: "Gli racconti delle storie". "E poi, che altro devo fare?" insistette la donna. "Gli racconti altre storie", aggiunse il fisico. "E poi?" "Altre storie ancora..."

E storie si racconteranno a mini-explOra! 2005, che si terrà dal 14 al 18 novembre prossimi all'EURAC di Bolzano. In occasione del centenario della formulazione della teoria della relatività e del cinquantesimo anniversario della morte del premio Nobel tedesco, l'EURAC ospita una mostra dedicata al grande genio e segue il suo consiglio, offrendo a ragazzi delle scuole medie e superiori una settimana di workshop, corsi, giochi e incontri con esperti.

Il laboratorio "Il mio DNA ed io - genetica interattiva" è l'iniziativa che nelle scorse edizioni ha riscosso maggiore successo. Dal Laboratorio di Vetro di Berlino arriva Ulrich Scheller che permetterà ai ragazzi di vestire i panni di un genetista. Attrezzati con camice bianco e pipette e divisi in piccoli gruppi, gli studenti potranno estrarre il proprio DNA, analizzarlo e incastrare finti colpevoli grazie alle impronte genetiche. Spiega Ulrich Scheller: "Della genetica si dice di tutto. Soprattutto che può essere una scienza pericolosa... Ovviamente, tutto dipende da che uso se ne fa! Come fa un pomodoro a essere pericoloso? Noi vogliamo mostrare ai ragazzi come è fatto il DNA di un pomodoro e vogliamo avvicinarli "per gioco" a una disciplina di cui si parla troppo senza conoscerla".

Per gli "affamati di lingue" mini-explOra! offre due invitanti menu: Translation Snack e Lingua Snack. Accompagnati da Andrea Abel e dal suo team, i ragazzi potranno sperimentare come funziona-

no i programmi di traduzione automatica e potranno assaggiare bocconcini di lingue del mondo. Piccoli spuntini di ladino, svedese o francese per imparare a intavolare semplici conversazioni.

Non mancano i giochi. L'extraterrestre Luxes 407 guiderà le classi alla scoperta del Parco Nazionale dello Stelvio con l'arduo compito di scoprire e studiare a fondo le montagne. Con il gioco di società "È tutta una questione di energia" i ragazzi saranno sensibilizzati circa la necessità di una pianificazione energetica ragionata. Lo scopo del gioco

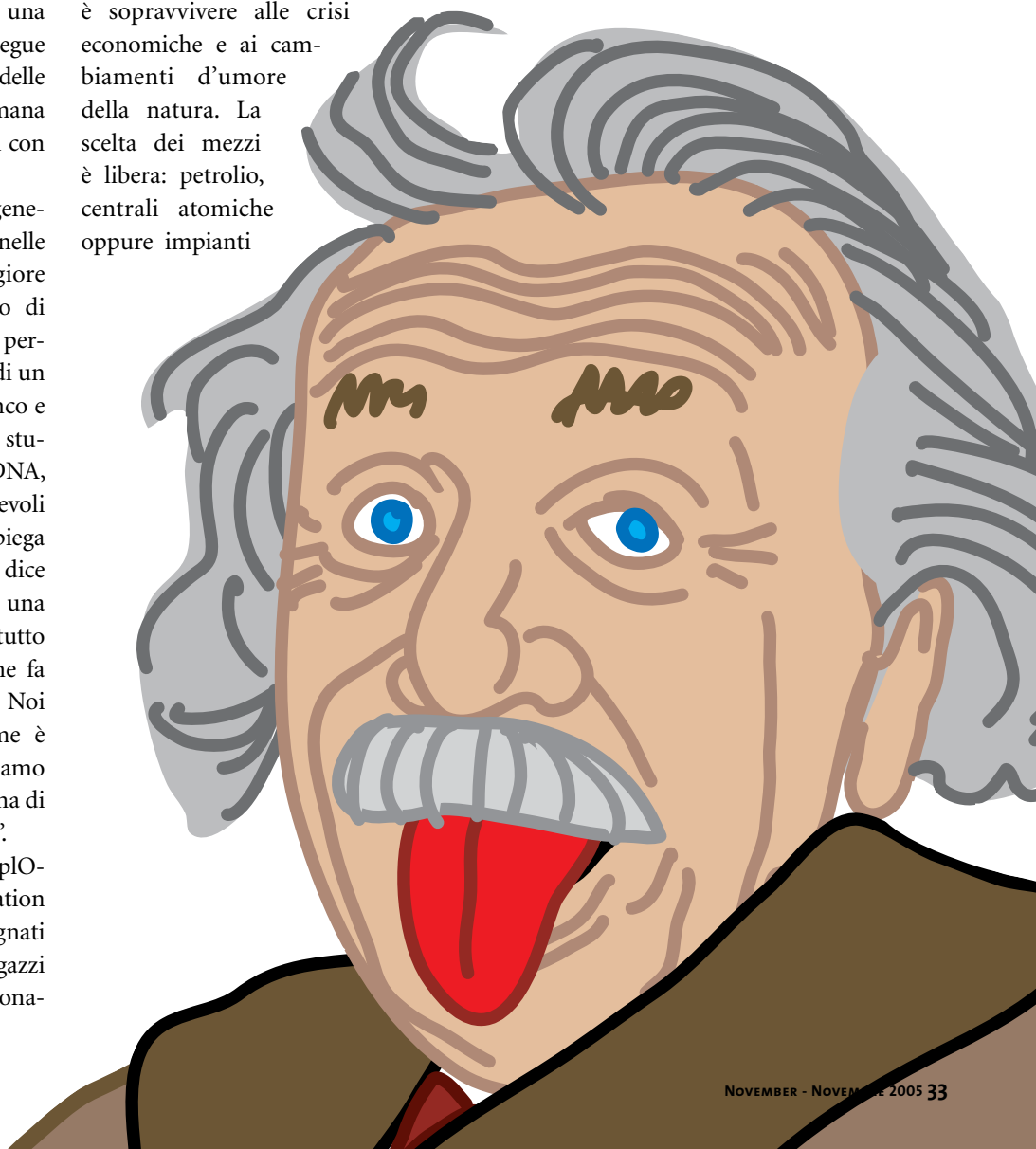
è sopravvivere alle crisi economiche e ai cambiamenti d'umore della natura. La scelta dei mezzi è libera: petrolio, centrali atomiche oppure impianti

fotovoltaici o eolici sono alcune delle possibilità per difendere il proprio patrimonio.

Non da ultimi sono in programma gli incontri con gli autori. Ad esempio Gabriel von Toggenburg spiegherà alle classi delle superiori i segreti dell'Unione europea.

Ulrike Barcatta

Programma dettagliato alla pagina:
www.explora-science.net



Der 65.000 km² große Inselstaat Sri Lanka ist seit 1948 unabhängig und eine Republik mit Präsidialsystem. Seine rund 20 Millionen Einwohner teilen sich auf drei größere und einige kleinere Gruppen auf: 74% sind Singhalesen, die unter religiösem Gesichtspunkt mehrheitlich Buddhisten, minderheitlich Christen sind; 18% sind Tamilen, die mehrheitlich Hindu und zum Teil ebenfalls Christen sind. Ein Drittel der Tamilen gehören zu den so genannten „up country-Tamilen“, die von den Briten im 19. Jahrhundert als billige Plantagenarbeiter nach Sri Lanka geholt wurden und teilweise noch immer keine Staatsbürgerschaft besitzen. Die Muslime umfassen rund 7% der Bevölkerung. Daneben gibt es einige kleinere Gruppen.

Nach drei Jahrzehnten politischem Kampf gegen ihre Diskriminierung radikalisierten sich Tamilen im Nordosten immer mehr unter der Führung der militanten *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE). Ein allgemeines Pogrom mit tausenden Opfern unter den Tamilen löste im Juli 1983 den Bürgerkrieg aus, der erst Ende 2001 ein vorläufiges Ende fand. 1983 bis 1987 kämpfte die LTTE gegen die Regierung, dann 1987-1990 gegen die indischen Interventions-truppen und andere Tamilenparteien, dann wieder gegen die Armee. Seit September 2002 gibt es Friedensverhandlungen.





Sri Lanka - gespaltene Insel

Nach zwanzig Jahren Bürgerkrieg im Norden zwischen Tamilen und Singhalesen ist Sri Lanka de facto zweigeteilt. Seit drei Jahren laufen die Friedensverhandlungen, doch der Vorschlag radikaler Tamilen zur weitgehenden Selbstverwaltung des gesamten Nordostens wird von der Regierung in Colombo strikt abgelehnt. Und dann gibt es da noch die Moslems und andere kleinere Minderheitengruppen, die auch ein Wort mitreden wollen. Der Südtiroler Thomas Benedikter hat im Herbst vier Schauplätze eines verfahrenen Konflikts besucht.

Jaffna macht einen deprimierenden Eindruck. Das einstige kulturelle, wirtschaftliche und politische Zentrum des tamilischen Nordens Sri Lankas erinnert heute an eine Exklave, eine vom Militär besetzte Halbinsel, die lange Zeit nur per Schiff und Flugzeug zu erreichen war. Die Kriegsschäden sind nicht zu übersehen, überall prangen Warnungen vor Minenfeldern, halten Soldaten ihre Stellung.

In Jaffna bewegen sich die Menschen mit dem Fahrrad fort. Für Privatautos reicht das Geld nicht, und diejenigen, die sie sich leisten konnten, sind schon lange weggefahren. Die weni-

gen Ausländer in der Stadt sind Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Seit dem Waffenstillstand im Februar 2002 und der Öffnung der Hauptverbindungsstraße kehren die ärmeren Kriegsflüchtlinge allmählich zurück. Tröpfchenweise, da die Armee die großflächigen Hochsicherheitszonen noch immer nicht freigegeben hat.

Im Dezember 2004 hat der Tsunami auch hier eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Jaffna ist wirtschaftlich am Boden und ohne neue politische Rahmenbedingungen wird es wohl auch so bleiben. (vgl Beitrag S. 44)



Am Friedhof von Kopai liegen 2400 LTTE-Kämpfer begraben. Dies ist der einzige regierungskontrollierte Ort, an dem die LTTE-Tigerfahne wehen darf.

Eine Trumpfkarte der Regierung

Die Jaffna-Halbinsel ist heute eine Art Trumpfkarte der Regierung in Sri Lanka, um die militante LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) an den Verhandlungstisch zu zwingen. Von 1983 bis 2002 kämpfte die LTTE für die Ausrufung eines unabhängigen Tamil Eelam („Tamilen Heimatland“). Ohne die Stadt Jaffna bliebe das erträumte Land ein Rumpf ohne Kopf und kulturelles Herz. Bis Jaffna jedoch wieder Hauptstadt einer voraussichtlichen autonomen Tamilenregion im Nordosten Sri Lankas wird, müssen noch viele Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Nach jahrelangen Kämpfen wird die ausschließlich tamilisch bewohnte Halbinsel seit 1995 wieder von den Streitkräften Colombos kontrolliert, obwohl die LTTE hier immer noch eine starke Basis hat. In knapp zwanzig Jahren Bürgerkrieg verloren zehntausende Zivilisten

ihr Leben, hunderttausende Hab und Gut, fielen tausende Kämpfer auf beiden Seiten. Zeugnis davon legt der Friedhof von Kopai ab, wo 2400 LTTE-Kämpfer begraben sind. Dies ist auch der einzige regierungskontrollierte Ort, an dem die LTTE-Tigerfahne wehen darf. Die Hälfte der vormals 750.000 Einwohner der Halbinsel ist geflohen, entweder ins gegenüber liegende südindische Tamil Nadu, ins fernere Ausland oder in die von der LTTE kontrollierte Region Vanni im Norden der Insel.

Der Traum der LTTE: ein freies „Tamil Eelam“

Mitten im flachen Dschungelland des Vanni im Norden Sri Lankas liegt Killinochchi, derzeitige Hauptstadt des provisorischen Tamil Eelam. Das Gebiet ist mit rund 8.000 km² knapp größer als Südtirol und wird ausschließlich von Tamilen bewohnt. Nur wenige Aufschrif-

ten und vereinzelte Tiger-Embleme verateten, dass hier die LTTE residiert, eine der gefürchtetsten und erfolgreichsten Guerilla-Armeen der Welt. Fast ohne Sicherheitskontrollen gelang es mir in die Villa des politischen Arms der LTTE. Überall blickt der legendäre Oberkommandierende, Vellupillai Pirabhakaran, von den Wänden. In Sri Lanka wurde er wegen Terroranschlägen zu 200 Jahren Gefängnis verurteilt.

„Die LTTE hat ihre Vorstellungen zur Selbstverwaltung im Norden vor zwei Jahren offengelegt“, erklärt mir Selvan Pulidevan, der Leiter des LTTE-Friedenssekretariats. „Jetzt ist die Regierung in Colombo am Zug.“ Doch dort gäbe es keine Einigkeit, nicht einmal bei den humanitären Fragen zum Tsunami-Wiederaufbau und der Flüchtlingshilfe. So wartet man bei der LTTE die Wahl des neuen Präsidenten Sri Lankas im November 2005 ab, um einen neuen Anlauf für Verhandlungen zu starten.



„Die LTTE hat ihre Vorstellungen zur Selbstverwaltung im Norden vor zwei Jahren offengelegt“, erklärt Selvan Pulidevan, der Leiter des LTTE-Friedenssekretariats. „Jetzt ist die Regierung in Colombo am Zug.“

Die LTTE will den Nordosten völlig autonom regieren und hat die Frage der Souveränität und damit der militärischen Kontrolle vorerst einfach ausgeklammert. Für die Regierung in Colombo ist dies unannehmbar, vor allem unter dem Druck der singhalesischen Nationalisten, die den Einheitsstaat Sri Lanka nicht aufgeben wollen. So forderte die Regierung die LTTE auf, die Waffen abzugeben, sich in eine Partei umzuwandeln und in einer Art Bundesstaat demokratisch mitzuarbeiten. „Diese Vorschläge Colombos zur *devolution* sind für uns völlig unzureichend“, stellt Pulidevan dazu fest. „Außerdem ist es verfrüht über Entwaffnung zu sprechen, wenn wir nicht wissen, wie die tamilische Bevölkerung künftig geschützt werden soll. Das Militär muss kein Monopol auf Bewaffnung haben. Viele Lösungen sind denkbar wie das Beispiel Sudan zeigt. Dort gibt es im Rahmen des Friedensvertrags drei Armeen: eine Regierungsarmee im Norden, eine im Süden und dann eine kombinierte Einheit.“

Trincomalee: die Moslems begehren auf

Trincomalee ist der beste Naturhafen an der Ostküste Sri Lankas. Hier und

im Süden hat der Tsunami am 26. Dezember 2004 am stärksten zugeschlagen. Die Stadt steht auch aus anderen Gründen unter Hochspannung, denn LTTE-Kommandos verüben immer wieder kleinere Angriffe und Attentate. Überall gibt es bewaffnete *checkpoints* und alle 50 Meter steht ein Soldat, den Finger am Abzug. Schwarz verummte Motorradpatrouillen drehen unerlässlich ihre Runden. Letzter Stein des Anstoßes: eine von Sinhala-Nationalisten als eine Art Siegesdenkmal mitten in die Stadt platzierte Buddhastatue, die mit Stacheldraht und Sandsäcken militärisch geschützt wird. Kein friedfertiger Buddha. Trincomalee war mehrfach von der LTTE besetzt worden. Die tamilische Mehrheitsbevölkerung von Trincomalee unterstützt sie noch heute. Zweitstärkste Gruppe sind jedoch die Moslems und die würden die Rückkehr des Gebiets unter LTTE-Oberhoheit gar nicht gut heißen. Mit rund 7% bilden die Moslems die drittgrößte Bevölkerungsgruppe der 20 Millionen Inselbewohner und waren bislang beinahe zwischen den beiden Fronten untergegangen. Ein gutes Drittel der moslemischen Bevölkerung lebt an der Ostküste Sri Lankas im Gebiet um die Städte Ampara, Batticaloa und Trincomalee. Obwohl die Moslems dort Tamilisch als Muttersprache sprechen und über 1000 Jahre gemein-

same Geschichte mit den Tamilen teilen, betrachten sie sich als eigenständige „Nationalität“ und pochen auf Gleichberechtigung mit Tamilen und Singhalesen. Nicht von ungefähr gerieten sie mit der LTTE während des Kriegs im Nordosten in immer schärferen Konflikt. In den 1990er Jahren wurden die Jaffna-Moslems als vermeintliche „fünfte Kolonne Colombos“ von der LTTE kollektiv deportiert. Auch an der Ostküste griff die LTTE immer wieder Moslem-Dörfer an und massakrierte Hunderte. Kein Wunder, wenn das Vertrauen der Moslems in die tamilische Befreiungsarmee annähernd bei Null liegt.

Mohamed Rahmatullah gehört zum *Sri Lanka Muslim Congress (SLMC)*, dem politischen Dachverband der Moslems. Der Dachverband vertritt die Muslime im Parlament und hat einen Sitz in der Regierung. „Wir Muslime wollen als eigene Gruppe anerkannt werden und am Verhandlungstisch vertreten sein, weil wir weder Colombo noch der LTTE vertrauen“, sagt der junge Politiker. „Die Verteilung der Tsunamihilfe hat einmal mehr gezeigt, dass unsere Interessen übergangen werden.“ (vgl. Beitrag S. 44) Die politische Organisation der Muslime ist der Höhepunkt einer jahrzehntelang betriebenen Selbstfindung als eigenständige Volksgruppe. Der SLMC findet sich nicht damit ab, dass die gesamte Nordostregion, einst ein fast unabhängiger Teilstaat Sri Lankas, unter LTTE-Herrschaft kommen soll. Mit den anderen Minderheiten fordern die Moslems im Osten eine eigene Region mit Sonderstatut, das dem multiethnischen Charakter Rechnung tragen soll.



Trincomalee: Obwohl die Moslems dort Tamilisch als Muttersprache sprechen und über 1000 Jahre gemeinsame Geschichte mit den Tamilen teilen, betrachten sie sich als eigenständige Nationalität.

Wahlkampf in Colombo: Weichenstellungen Richtung Frieden?

In der Hauptstadt indes erreicht der Präsidentschaftswahlkampf seinen Höhepunkt. Der bisherige Ministerpräsident Mahindra Rajapakse tritt gegen den Oppositionsführer und früheren Premierminister Ranil Wickremasinghe an. Zentrales Thema: der Friedensprozess und die Umwandlung Sri Lankas in einen Föderalstaat. Beide Kandidaten bekennen sich zu einer Verhandlungslösung und zu föderaler Gewaltenteilung. Doch in ihren konkreten Absichten weichen beide stark voneinander ab. Mit einem Verfassungsentwurf im Jahr 2000 und Vorschlägen zur Selbstverwaltung der Tamilen im Nordosten hat das jetzige Regierungslager um Präsidentin Bandaranaike gezeigt, dass man von einem echten Bundesstaat nach belgischem Muster oder gar einer lockeren Föderation nach Geschmack der LTTE noch Lichtjahre entfernt ist.

Autonomie und Föderalstaat klingen in Colombo, so die herrschende Meinung, immer noch nach völliger Loslösung. Zudem hängt die Regierungspartei in verhängnisvoller Weise von den kleineren, radikal-nationalistischen Parteien ab, die jedes Zugeständnis an die LTTE bekämpfen. Eine Verhandlungslösung mit nachfolgender Verfassungsänderung scheint also kaum in Sicht. Und ohne Verfassungsänderung lässt sich der föderale Umbau des Einheitsstaates Sri Lanka nicht bewerkstelligen. Dafür bedarf es wiederum einer Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Dennoch, die Bevölkerung sehnt sich mehr den je nach einer Rückkehr zur Normalität, selbst wenn dies über die Anerkennung einer tamilischen Region im Nordosten führen sollte. Die Friedensorganisationen, so der Leiter des *National Peace Council*, Jehan Perera, drängen auf eine breite gesellschaftliche Mehrheit für einen Bundesstaat und gegen die natio-

nalistische Scharfmache radikaler Sinhala-Gruppen. Man müsse in Sri Lanka mit der Teilung der Macht mit den Tamilen ernst machen, aber auch mit der Gleichberechtigung auf allen Ebenen. Die Erfahrungen mit 19 Jahren Krieg, Terror, ethnischer Gewalt in jeder Form habe sich tief in die Köpfe eingegraben. Es gebe noch viel Bitterkeit und Hass unter den Menschen und damit eine gewisse Bereitschaft, mit alten Parolen die Einheit Sri Lankas militärisch aufrechtzuerhalten. Doch das führe unvermeidlich zu neuem Krieg und Blutvergießen.

Verhandlungen blockiert, Minister ermordet

Die vor drei Jahren in Thailand begonnenen Friedensverhandlungen sind seit April 2003 ausgesetzt. Der Waffenstillstand hält trotz des Mordes an Außenminister Kadirgamar, welcher der LTTE angelastet wird. Zum Stocken brachten

den Prozess nicht die vielen Waffenstillstandsverletzungen, sondern vor allem die Uneinigkeit der Regierung Sri Lankas. Präsidentin Bandaranaike und die großen Parteien des Landes konnten sich bisher auf keine gemeinsame Linie zur unausweichlichen Reform des Staatsaufbaus einigen. Die Diskriminierung und Verfolgung von etwa 18% Tamilen hatte zum Bürgerkrieg geführt und dieser hat *de facto* eine Zweiteilung der Insel verursacht. Sri Lanka ist sozusagen das Zypern Asiens. Die Vorschläge der LTTE zur weitgehenden Selbstregierung des gesamten Nordostens durch die Tamilen sind von der Regierung bisher rundum abgelehnt worden. Das politische Sri Lanka bekennt zwar immer wieder Friedenswillen, doch rüstet die Armee gleichzeitig mit einem 400 Millionen Dollar Waffenkauf in Iran auf, was einen weiteren Waffengang nicht unmöglich erscheinen lässt.

Welche Lösung für Sri Lanka?

Die LTTE hält an ihrer Forderung nach einem fast unabhängigen Nordosten als „Tamil Eelam“ fest und ist auf der Grundlage der Oslo-Deklaration von 2002 allenfalls bereit, auf volle Souveränität zu verzichten. So weit wollen

die Regierung und die beiden großen Parteien in Colombo nicht gehen. Um eine föderalistische Umgestaltung des bisherigen Einheitsstaates wird jedoch seit den 1990er Jahren heftig gestritten. Die Schritte hin zur Dezentralisierung einiger Verwaltungsaufgaben an die neu geschaffenen Provinzialräte sind mehr als zögerlich. Sie werden dem Anspruch der Tamilen auf Selbstregierung nicht wirklich gerecht. Starke nationalistische Kräfte innerhalb der großen Parteien, das Militär und der institutionalisierte buddhistische Klerus sperren sich dagegen, die LTTE zur zweiten Macht im Staat zu machen.

Auch ein Bundesstaat muss nicht zwingend zur Lösung dieses alten Konflikts führen. Im Kern ist Sri Lanka ein binationales Gebilde mit mehreren größeren Minderheiten, die verschiedene Regionen bewohnen. Dies bedarf einer Neuorganisation des Staates, die eine größtmögliche Selbstregierung in den tamilischen Nordostengebieten mit einer gemeinschaftlichen Vertretung im Parlament und in der Regierung in Colombo verbindet. Nicht zu unrecht holten sich die politischen Berater, die Nichtregierungsorganisationen und Parteien immer wieder Anschauungsmaterial aus Belgien und der Schweiz. Auch in Südtirol weilte vor zwei Jahren

eine offizielle Parlamentarierdelegation aus Sri Lanka, um die Südtirol-Autonomie zu studieren.

Während der tamilische Norden völlige Autonomie erhalten sollte, benötigte der ethnisch komplexere Osten, so der Verfassungsrechtler Rohan Edrisinha vom *Centre for Policy Alternatives* in Colombo, eine Art Subautonomie, einen Sonderstatus, der das Gleichgewicht zwischen den Gruppen gewährleisten und besondere Mechanismen zur Wahrung der Rechte der internen Minderheiten einführen müsse. (vgl. Interview S.42) Nach der Präsidentschaftswahl am 17. November wartet auf die Unterhändler der Tamilen, Singhalesen und Muslime viel Arbeit.

Thomas Benedikter
Sozialforscher und Publizist
thomas.benedikter@dnet.it

Thomas Benedikter, Sozialforscher und Publizist aus Bozen, ist seit 2002 im Rahmen eines Austauschprogrammes der EURAC mit Menschenrechtsinstituten in Südostasien immer wieder in diesem Raum unterwegs. Zuletzt in Sri Lanka. „Auf dem Inselstaat ist der Minderheitenschutz um einiges komplexer als in Europa, wie in vielen anderen südostasiatischen Ländern auch“, erklärt er. Religiöse, ethnische und soziale Unterschiede würden für beinahe unentwirrbare Konfliktslagen sorgen.

Auf der Tagung **Movement for the Defence of Democratic Rights**, die mit Unterstützung der bundesdeutschen NGO GEKODEM am 27. und 28. August 2005 in Galle im Süden Sri Lankas organisiert wurde, hielt Thomas Benedikter den Gastvortrag zum Thema „Europäische Autonomie- und Bundesstaatsmodelle als Instrumente zur Lösung ethnischer Konflikte“.

LTTE-Propaganda in Kilinochchi. Der rot eingefärbte Teil der Insel zeigt das Tamil Eelam nach Vorstellungen der LTTE.



+++ Nützliche Websites +++

- www.tamilnet.org
- www.peace-srilanka.org
- www.ltteps.com
- www.sarvodaya.org
- www.peaceinsrilanka.org
- www.priu.gov.lk
- www.tamilcanadian.com

«Una via alternativa per lo Sri Lanka»

Forme di autonomia già sperimentate, come quella particolare del Canada, o forme nuove e più ardite.

I possibili futuri dello Sri Lanka secondo **Rohan Edrisinha**, docente universitario di Colombo specializzato in diritto costituzionale e diritti umani al Centre for Policy Alternatives.

Le LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) chiedono piena autonomia per il Nord-est dell'isola, ma il governo di Colombo oppone un netto rifiuto. Quali margini di trattativa rimangono nello Sri Lanka?

Edrisinha: Assecondare la richiesta delle Tigri Tamil significherebbe creare di fatto una Confederazione a due stati. Ma con la dichiarazione di Oslo del 2002 le LTTE e il governo di Colombo si sono impegnati a cercare una soluzione su uno Sri Lanka unito dotato di una struttura federale. Probabilmente ormai è troppo tardi per dar vita a uno Stato federale in senso classico, ma credo rimangano ancora ampi margini di trattativa su vie alternative. Penso ad esempio a un modello vicino al federalismo asimmetrico del Canada, in cui il Quebec gode di uno status speciale. Questa soluzione potrebbe trovare l'appoggio di un'ampia maggioranza nel Sud dell'isola, a patto naturalmente che venga preservata l'unità statale dell'isola.

Una soluzione sul modello canadese soddisferebbe anche le richieste dei Tamil e le aspettative delle LTTE?

Edrisinha: La popolazione oggi sa, lo spieghiamo da anni, che "Stato Federale" significa maggiore autonomia di governo per le diverse parti dell'isola, ma non la fine di uno stato, di uno Sri Lanka unito. Il rancore delle LTTE e della TNA (Tamil National Alliance), che rappre-

senta i Tamil in Parlamento, verso il potere politico di Colombo è profondo. La proposta di concedere al Nord-est una forma di autogoverno porterebbe inevitabilmente alla dominanza delle LTTE in quella parte dell'isola. Una situazione che non tutti i Tamil vedrebbero di buon occhio. Si potrebbe forse giocare la carta dello Stato federale, ma sarebbe necessario lasciare comunque aperta la possibilità di una secessione nella carta costituzionale.

Ha parlato di uno stato federale asimmetrico composto da tre parti, ma non di autonomia. Dove sta la differenza?

Edrisinha: Preferiamo parlare di "Devolution and power sharing", intendendo con questa espressione la formazione di regioni dotate di forme di autogoverno e la loro partecipazione, assieme a tutti i diversi gruppi, al potere centrale a livello federale. Il Nord-est chiede, e ne ha senza dubbio bisogno, una maggiore autonomia in alcuni settori, settori su cui poi il governo centrale non avrebbe potere d'intervento. Allo stesso tempo, tuttavia, la Camera

regionale – rappresentanza politica delle diverse regioni a livello centrale – acquisirebbe un ruolo di grande importanza. Quest'organo consentirebbe alle LTTE e ai Tamil di continuare a sentirsi parte di uno Sri Lanka unito.

Un Tamil Eelam senza la penisola di Jaffna sarebbe incompleto agli occhi delle LTTE. Per ottenere il controllo su questo territorio le Tigri dovranno acconsentire a uno stato federale comune?

Edrisinha: Jaffna fa comunque parte del distretto tamil del Nord-est dell'isola. Nell'autunno del 2001, per tutta una serie di ragioni diverse, le LTTE hanno accettato di avviare trattative con il governo. La popolazione non vuole un'altra guerra. E l'esercito di Colombo ha ormai ben chiaro che è impossibile sconfiggere le LTTE, al massimo sarà possibile indebolirle e costringerle così a cercare un accordo all'insegna di uno Sri Lanka unito. Una situazione di stallo politico, dunque, dalla quale soltanto una soluzione politica consentirà di uscire.

» Una via percorribile potrebbe essere la creazione di regioni dotate di autogoverno e una loro partecipazione al potere a livello federale. «



Anche il futuro della costa orientale è molto incerto. I musulmani richiedono una soluzione *ad hoc* per il loro gruppo, all'interno delle LTTE si registrano forti conflitti.

Edrisinha: Per i nazionalisti tamili, Nord e Est devono assolutamente rimanere uniti. Le LTTE hanno già messo in chiaro che non ci sono margini di trattativa a riguardo. La costa orientale è sempre stata, storicamente, un'area fortemente multiculturale. Le minoranze cingalesi e musulmana guardano con grande scetticismo a una potenziale unione tra la regione settentrionale e la costa orientale: pretendono per i propri gruppi solide garanzie di tutela a livello costituzionale. Una via percorribile potrebbe essere la concessione di un certo grado di autonomia alla costa orientale all'interno di un Nord-est tamili, imponendo ad esempio la presenza di una doppia maggioranza nel parlamento locale, con diritti speciali per i singoli gruppi in ambito di cultura, scuola e religione, con l'equiparazione delle lingue e dei diritti di tutti i gruppi nella partecipazione a tutte le istituzioni.

Le LTTE pretendono delle garanzie sulle soluzioni concordate. In che modo potrebbero essere assicurati i risultati delle negoziazioni?

Edrisinha: L'accordo di tregua del 2002 è garantito a livello internazionale. La Norvegia ha un ruolo molto importante

come mediatore e osservatore. Dal punto di vista giuridico, il garante è rappresentato dalla Corte costituzionale. Per rassicurare i Tamili, che si sono sempre sentiti poco o male considerati all'interno di quest'organo, sarebbe necessario prevedere una composizione paritetica dei suoi membri. E per assicurare il rispetto dei diritti umani e delle minoranze, si dovrebbe eventualmente prevedere anche una presenza internazionale, come è successo per la Bosnia.

Le LTTE accetteranno di deporre le armi o di abbandonarle definitivamente?

Edrisinha: Secondo le LTTE i diversi governi hanno sempre fatto molte promesse,

senza poi mai mantenerle. Per questa ragione, le Tigri non sono disposte a deporre le armi finché non saranno stati pienamente realizzati gli obiettivi stabiliti nell'ambito delle negoziazioni future. Ci sono ancora alcuni ostacoli da superare. Ma si potrebbe anche tentare di percorrere delle strade nuove. Si potrebbe ad esempio pensare di costituire gradualmente un nuovo esercito comune. Magari limitando le unità comuni ad alcuni reparti. Oppure, come soluzione più radicale, visto che non sussiste alcuna minaccia dall'esterno, lo Sri Lanka potrebbe rinunciare *tout court* ad avere un suo esercito.

» Una predominanza delle LTTE nel Nord-est dell'isola non sarebbe accolta positivamente da tutti i Tamili. «

Intervista di Thomas Benedikter



Eight months after the Tsunami smashed into the island, the rebuilding of Sri Lanka is inching forward at a snail's pace. Why is the Sri Lankan government failing to restore normality to its people? Writer Chaminda Hettiarachchi explains that the wall of water left not only rubble, but also a great deal of insight into the current condition of Sri Lankan political life.

A Wall of Bungling: The Reconstruction Effort in Sri Lanka

When Nature Meets Politics

On December 26, 2004, a devastating Tsunami struck Southern Asia killing more than 200,000 people. Sri Lanka suffered some of the most severe damage in the region, second only to Indonesia. It was the most destructive natural disaster in modern Sri Lankan history; about 38,000 Sri Lankans lost their lives, 700,000 people were displaced and the country suffered economic losses of about 1.8bn \$. The waters have forever altered Sri Lankan life. Important for understanding the current process of reconstruction in Sri Lanka is the context in which the country found itself when the Tsunami washed ashore. The country had been suffering from over two decades of ethnic conflict, though several years leading up to the disaster there were some signs that the conflicting parties, the Government of Sri Lanka (GOSL) and the Tamil Tiger rebels (LTTE), were working towards a political settlement. A cease-fire had been holding since the end of 2001, but now the Tsunami has irrevocably altered the dynamics of the peace process, and in a broader sense has underlined some of the country's major systemic troubles.

A Quick Response that Saved Lives

It is the general consensus that the relief effort in Sri Lanka in the immediate aftermath of the Tsunami was successfully managed. Following the catastrophe, Sri Lanka reported no deaths from malnutrition and not one of the epidemic diseases, predicted by some disaster experts, materialised. The brunt of the emergency relief work was carried out by private individuals, civil society organizations and business community members. This was supported by a high level of solidarity from the international community, including foreign governments, international donor agencies and CSOs, corporations, and foreign individuals. Their assistance was multi-faceted, ranging from sending emergency aid, contributing professional expertise and volunteerism, to monetary donations of every amount.



Contradicting Stories of Progress

After eight months of official reconstruction programs it can be clearly concluded that the Government of Sri Lanka (GOSL) has only been successful in implementing the programs of "Livelihood Reconstruction". The GOSL has paid monthly living allowances to affected families and has offered subsidized loan facilities for small and medium-sized businesses affected by the disaster. Less reconstruction progress has been made, however, with infrastructures such as roads and bridges, power stations, telecommunications, and tourism. In sectors such as health, education, water supply and sanitation, housing, and fisheries, most of the reconstruction work is dependent upon funding from international donors. Essentially, the GOSL is reporting to the national and international media that it is carrying out a lot of reconstruction work, but in reality the situation is very different. There is no effective system of aid distribution to rural communities, and people living in camps and other shelters complain of the absence of any government

» The Tsunami has challenged the Sri Lankan institutional framework and its rather antiquated laws. «

help, a complaint corroborated by the fact that refugee camps on the southern coast of Sri Lanka are managed and maintained solely by NGOs and INGOs. One basic reason for such a failure is Sri Lanka's highly centralized governance model; President Kumaratunga herself appointed the officers of these relief agencies - decisions based largely on personal relationships or political party affiliations.

Roadblocks to Reconstruction

One of the major achievements in the post-Tsunami reconstruction process has been the agreement for aid distribution that was reached by the GOSL and the LTTE in June 2005, called P-TOMS (Post-Tsunami Operational Management Scheme). Donors pressed both conflicting parties to come to such an agreement as a pre-condition of support. This joint mechanism was expected to act as a confidence building measure between the government and the Tamil rebels, as well as a provision for efficient implementation of the enormous task of reconstruction. Unfortunately, due to opposition from some Sinhala nationalist movements, including two parties of the ruling government alliance, P-TOMS has been challenged before the Constitutional Court of Sri Lanka, which for the moment has blocked the agreement, and as a result, stalled any real commencement of the reconstruction of infrastructures.

Another major problem faced by the NGOs and other international development agencies is the ponderous government bureaucracy. In Sri Lanka, initiating a reconstruction project unleashes a lengthy process to obtain government approval. This is indicative of a general lack of policy orientation at the institutional

level to deal with post-tsunami problems. It is clear that the Tsunami has challenged the Sri Lankan institutional framework and its rather antiquated laws. These challenges can range from issuing death certificates to approval of insurance claims. In the same vein, another relevant issue is the capacity and skill level of the country's institutional management. It is said that Sri Lanka has some of the most respected administrative officers in the region. But the fact of the matter is, that in general, their training is very old fashioned. Most senior officers are not versed in project management skills or in the use of information technology to improve productivity.

A further broadly discussed concern is accountability for aid distribution in the reconstruction process. This is applicable to both government and non-government agencies alike. International agencies, NGOs and civil society activists are insisting that the relevant authorities disclose their spending figures. However, lack of transparency, systemic corruption, and misuse of funds remain major concerns.

Of critical importance to the success of the reconstruction process is that it be closely linked to the peace process, and that viable solutions be found to the ethnic conflict in Sri Lanka. Immediately following the Tsunami, many believed that the disaster would open doors for collaboration between the GOSL and the LTTE. Unfortunately, this feeling of optimism was short-lived. The government did not capitalize on the opportunity and the peace process remains inactive. Meantime, Tamil rebels are continuing with fractional killings and violations of the ceasefire. At the moment, the Sri Lankan government is struggling to maintain political power within an already fragile government alliance. The main minority party of the government, the nationalist JVP, is opposing any

agreement with LTTE. Within this environment, Sri Lanka now faces a presidential election, scheduled for November 17, 2005, whose main candidates include outgoing Prime Minister Rajapakse of the People's Alliance and former Prime Minister Wickremasinghe of the liberal UNP. The main challenge for any future president will be to urgently rethink, set, and then carry out a reconstruction strategy that is inclusive, consultative and effective in its planning and implementation. Otherwise, the rebuilding of the Tsunami-affected areas will be limited to a set of documents prepared by Sri Lankan government agencies. Despite the above-mentioned threats and weaknesses, Sri Lanka still has the opportunity to implement a successful and efficient Tsunami reconstruction process and rebuild the nation once again.

Chaminda Hettiarachchi

Sri Lankan Diaspora Professional Association
sldpalanka@yahoo.com

Chaminda Hettiarachchi is the President and the Executive Director of the Sri Lankan Diaspora Professional Association (SLDPA), an international network of Sri Lankan professionals living abroad. Chaminda lived, worked and carried out research work in Germany, Sweden, Spain and Switzerland before returning to his native Sri Lanka in 2004. He is currently also working as a management consultant and lecturer of Management Studies in Sri Lanka. The SLDPA is the only international association of Sri Lankan professionals at work around the globe. The main objective of SLDPA is to facilitate knowledge transfer between professionals striving for the socio-economic development of Sri Lanka. The SLDPA is an apolitical professional association representing and promoting the values of multi-culturalism, democracy, social justice, non-violence and human rights within a united Sri Lanka. More details can be found at www.sldpa.org

» A cease-fire had been holding since the end of 2001, but now the Tsunami has irrevocably altered the dynamics of the peace process. «



Experte für Menschlichkeit

Der 14. Dalai Lama hat im Sommer die EURAC besucht und an der Tagung „Ethik und Globalisierung“ teilgenommen. Gemeinsam mit dem Ökonomen Lord Meghnad Desai, dem ehemaligen deutschen Botschafter Hans-Georg Wieck und Senator Giuliano Amato sprach er über unsere näher zusammenrückende Welt, über hungernde Menschen in afrikanischen Dörfern, subventionierte Kühe in Europa, über Altruismus und Freundschaft.

Als sich seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama gemeinsam mit seinem tibetischen Assistenten und Übersetzer ans Rednerpult begibt, dauert es erst einmal eine Weile. Nach einem Blick ins Publikum und auf seine Armbanduhr, wendet sich der Dalai Lama zunächst an den jungen Mönch. Was folgt, ist ein kurzer Wortwechsel auf Tibetisch. Dann tritt er endlich ans Mikrophon.

„Eigentlich“, er lacht und schaut über den Rand seiner Brille ins vollbesetzte Auditorium, „weiß ich gar nicht, was ich zum Thema Ethik und Globalisierung sagen soll.“

Mit diesen Einstiegsworten des Dalai

» Wenn ich auf meine Umwelt sensibel reagiere und meinen Menschenverstand einschalte, handle ich auch ohne Religion ethisch. «

Dalai Lama

Lama hatte keiner der rund 800 Menschen gerechnet, die sich am 1. August in der EURAC eingefunden hatten, um den Vorträgen vier großer Männer zur Notwendigkeit ethischer Regeln in der zunehmend globalisierten Wirtschaft zu lauschen. Als Höhepunkt der Veranstaltung

sollte der Dalai Lama sein Statement zur komplexen Thematik abgeben. 400 Menschen verharrten mucksmäuschenstill im Auditorium, 400 weitere starrten gebannt auf die großen Leinwände der Seminarräume, auf denen die Tagung in Echtzeit übertragen wurde.

» Welchen Sinn macht es, dass europäische Bauern pro Tag umgerechnet 2,50 Dollar Subventionen für jede ihrer Kühe bekommen, während eine Milliarde Menschen täglich weniger als einen Dollar zum Leben hat? «

Lord Meghnad Desai

Doch Tenzin Gyatso, das 70jährige geistliche und weltliche Oberhaupt der Tibeter, steht mit einem verschmitzten Lächeln im Gesicht auf der Bühne. Er, der als die Wiedergeburt Buddhas gilt und auch als „Ozean der Weisheit“ bezeichnet wird, gibt fröhlich zu, dass er nach den Ausführungen seiner drei Vorredner, der drei großen Gelehrten, wie er sie nennt, noch verwirrter sei als zuvor.

Die drei großen Gelehrten, das sind der britische Wirtschaftsprofessor Lord Meghnad Desai, der ehemalige deutsche Botschafter Hans-Georg Wieck und der italienischen Ex-Premier Giuliano Amato. Obwohl jeder der drei in der Lage ist, alleine Konferenzsäle zu füllen, gab sich keiner von ihnen der Illusion hin, Protagonist der Veranstaltung zu sein. Lord Desai, der für die Labour Party Mitglied im englischen Oberhaus ist, hatte die Situation in seinem Eingangsreferat treffend auf den Punkt gebracht: „Ich weiß, dass Sie an meinen Ausführungen nicht wirklich interessiert sind. Sie müssen sich schon ein bisschen in Geduld üben, wenn sie seine Heiligkeit sprechen hören möchten.“

Freiheit schafft Gerechtigkeit

Wenn er, der Professor der renommierten London School of Economics, von Freiheit spricht, meint er in erster Linie die Marktfreiheit. Sein Bild für ein gerechtes, funktionierendes Wirtschaftssystem ist das des gleichberechtigten Tauschs. „Wenn ich einer Person etwas verkaufe, ist diese in einem freien Markt ebenso daran interessiert, etwas von mir zu kaufen“, erläutert er. In einer symmetrischen Beziehung zwischen Käufer und Verkäufer profitieren beide gleichermaßen von der Aktion. Lediglich, wenn diese Beziehung durch Beschränkungen behindert würde, gerate die Symmetrie aus dem Gleichgewicht.

In diesem Fall, und nur in diesem Fall, sei eine Partei - Käufer oder Verkäufer - die Schwächere, die Benachteiligte.

Ein Dorn im Auge sind ihm demnach Eingriffe und Beschränkungen jeglicher Art von politischer Seite in das freie Kräftespiel der Marktwirtschaft: „Welchen Sinn macht es“, fragt Desai, der im indischen Bombay geboren und aufgewachsen ist, „dass europäische Bauern pro Tag umgerechnet ca. 2,50 Dollar Subventionen für jede ihrer Kühe bekommen, während eine Milliarde Menschen täglich weniger als einen Dollar zum Leben hat?“ Ergebnis des EU-Eingriffs mittels Subventionen sei eine kaum zu kontrollierende Überproduktion: Milchseen und Fleischberge, die zu Dumpingpreisen auf asiatischen und afrikanischen Märkten verschleudert würden und dort die lokale Wirtschaft lahm legten. Ein symmetrischer Tausch sei dies nicht und gerecht sei es schon gar nicht, stellte er fest.

Gerechtigkeit durch Menschlichkeit

Der Meinung ist auch der Dalai Lama, der neben seinem Dolmetscher auf der Bühne steht und nach einem kurzen Wortwechsel in gutturalem Tibetisch schließlich auf Englisch verkündet: „I'm no expert“, Wirtschaft sei nicht sein Metier. Schon alleine das Wort „globalisation“ bereite ihm Schwierigkeiten bei der Aussprache. Doch habe jegliche menschliche Tätigkeit, auch die wirtschaftliche, mit Ethik zu tun. Denn der Mensch sei ein soziales Wesen, das die anderen Menschen zum Leben brauche. „Wenn ich jemandem etwas Böses tue, verliere ich einen Freund und zerstöre somit selbst meine Zukunft“, sagt der Friedensnobelpreisträger von 1989. „Wer



Foto: C. Castellian

an andere denkt und sich nicht auf sich selbst fixiert, wird merken, dass er von Freunden umgeben ist und darin Sicherheit und Ruhe finden“, sagt er.

13 Leben Zeit hatte der Dalai Lama selbst bereits, um den Grad an Altruismus zu erreichen, von dem er spricht. Zum 14. Mal weilt er nach buddhistischem Glauben als Reinkarnation Buddhas auf Erden. Obwohl er von seinen Landsleuten als Gott verehrt wird, spricht er kaum von Religion. „Wenn ich auf meine Umwelt sensibel reagiere und meinen Menschenverstand einschalte, handle ich auch ohne Religion ethisch richtig“, sagt er.

Den Markt zügeln

Gott und die Religion hatte gut eine halbe Stunde zuvor ausgerechnet Sozialist Giuliano Amato bemüht. Schmunzelnd beteuerte er, „unser lieber Gott“ habe die Wirtschaft erfunden, um unsere Be-

» Es braucht stärkere weltweite Institutionen und effiziente Gesetze, die der zusammenwachsenden Weltbevölkerung, ein globales soziales Netz, Ausbildung und Gesundheitsdienste garantiert. «

Giuliano Amato



Foto: C. Castellian

Buddhisti d'Italia

In grande crescita anche nel nostro Paese l'interesse per il Buddhismo, come dimostrano i dati dell'Unione Buddhisti Italiani.

Nel corso dei secoli, l'insegnamento del Buddha Sakyamuni, nato in India 2.500 anni fa, si è diffuso in gran parte dell'Asia ed è entrato in contatto con culture nazionali diverse, adattandosi ad esse e via via integrandosi nel loro tessuto sociale e politico. Un'osmosi che ha dato vita a forme religiose, culturali e sociali di grande importanza e interesse, che hanno segnato la storia di molti paesi asiatici come lo Sri Lanka, la Thailandia, il Giappone, il Tibet. Oggi un processo analogo è in corso in Occidente.

In Europa, il Buddha Dharma è una realtà viva e operante fin dagli anni sessanta, quando i primi gruppi e monasteri buddhisti sorsero attorno ai maestri orientali chiamati da occidentali che in Asia avevano trovato una nuova ispirazione spirituale. In Italia il fenomeno si è presentato una decina di anni più tardi e oggi si registra un crescente interesse verso il messaggio del Buddha, verso la pratica del suo insegnamento e i rapporti che esso può avere con la cultura occidentale e le altre vie spirituali.

L'organismo rappresentativo di gran parte di questa realtà nel nostro paese è l'Unione Buddhista Italiana (UBI), fondata a Milano il 17 aprile 1985 da nove centri buddhisti delle diverse tradizioni, che sentivano la necessità di conoscersi, unirsi e cooperare, come era già accaduto in altri paesi europei (Francia, Germania, Austria, Olanda). L'Unione non

rappresenta nessuna scuola buddhista particolare (come cita l'art. 2 dello statuto), ma si propone di sostenere l'insieme del movimento buddhista italiano nel rispetto di tutte le tradizioni. E così ha operato nei suoi ormai vent'anni di vita.

In questi anni, il panorama buddhista italiano è certamente cambiato e si è arricchito di realtà nuove. Dai nove centri iniziali aderenti all'UBI si è passati ai 39 di oggi, nel 1991 l'UBI ha ricevuto la personalità giuridica come ente religioso e, dopo quasi dieci anni, nel 2000, ha siglato con l'allora governo D'Alema l'Intesa con lo Stato italiano, come prevede l'art. 8 della Costituzione. Una volta diventata legge dello Stato, l'Intesa garantirà e tutelerà i diritti dei praticanti siano essi cittadini italiani o buddhisti provenienti dai paesi asiatici e residenti nel nostro paese.

L'UBI è associata all'Unione Buddhista Europea e riunisce i centri italiani e i loro affiliati, secondo le tradizioni Theravada (Sud-est asiatico), Mahayana Zen (Estremo Oriente), Mahayana Vajrayana (Tibet) e Soen (Corea). I centri sono dislocati prevalentemente nel Centro-nord (con presenze più numerose in Lombardia, Piemonte, Toscana, Emilia e Lazio) e raccolgono all'incirca 50.000 praticanti, che seguono in modo regolare le attività religiose; ad essi si aggiungono circa 20.000 simpatizzanti, che frequentano le comunità in modo saltuario. Il livello di

scolarizzazione dei praticanti è di scuola media superiore con un'età media sui 40-45 anni e un'appartenenza preponderante alla piccola e media borghesia. Più forte è la presenza femminile.

Ben quindici dei centri aderenti all'UBI sono guidati da insegnanti (occidentali e italiani) riconosciuti dalle tradizioni di origine e c'è una discreta presenza di monaci e monache ordinati di origine italiana (una trentina) nei vari monasteri theravada, zen e vajrayana, che indica un progressivo radicamento della tradizione nel nostro paese. A questo fa anche riscontro un maggiore interesse da parte del mondo culturale e religioso rispetto al buddhismo, come dimostra la frequente presenza di esponenti buddhisti e studiosi, sia italiani sia stranieri, ai diversi incontri interreligiosi, conferenze e convegni. In Italia è inoltre attivo presso l'Istituto Lama Tsong Khapa di Pomaia un programma di studi buddhisti (Masters Program) pensato per la formazione di insegnanti occidentali con una solida preparazione tradizionale.

Per avere un quadro complessivo della presenza buddhista in Italia, agli aderenti ai centri UBI vanno aggiunti anche i buddhisti nativi di paesi orientali tradizionalmente seguaci di questa religione. Difficile in realtà quantificarne il numero ma sempre più spesso essi si rivolgono all'UBI come punto di riferimento e sostegno per le loro necessità religiose e nei confronti dell'amministrazione pub-





» Die Menschen lernen leider nur aus Katastrophen! «

Hans-Georg Wieck

Wieck zu, der als Botschafter in Teheran, Moskau, Neu Delhi und bei der NATO unterwegs und außerdem Chef des Bundesnachrichtendienstes gewesen war. Klar geworden sei ihm jedoch im Laufe seines Diplomatendienstes vor allem eines: Die Menschen lernten leider nur aus Katastrophen!

Die globale Verantwortung

Diese pessimistische Weltsicht ist so gar nicht die des Dalai Lama. Er schaut lächelnd ins Publikum, so wie er immer einen Grund zum Lächeln findet. Trotz seines Schicksals als weltreisender Flüchtling im Dienste einer Heimat, die er vielleicht nie wieder sieht - lebt er doch schon seit 1959 im indischen Exil. Ein Umweltfachmann sei er keiner und auch von internationaler Wirtschaftspolitik verstehe er nicht viel, so sagt er. Doch scheint, wenn man ihn sprechen hört und seine Augen blitzen sieht, auf einmal alles gar nicht mehr so kompliziert. Ethik bedeutet verantwortungsvoll und mitfühlend zu handeln – auch im globalen Miteinander, sagt er und sein junger Mitbruder und Übersetzer neben ihm nickt. An andere zu denken, für andere da zu sein, bedeute auch auf persönlichen Reichtum und Machtstreben zu verzichten. Auf zwischenmenschlicher, wie auf Staatenebene, sagt der Dalai Lama. Doch heißt das etwa, dass wir Brot und Wein in unserem globalen Dorf gerecht aufteilen könnten, wenn jeder für sich versuchte, nicht sich selbst, sondern die anderen ins Zentrum seines Denkens und Handelns zu stellen? Würde dann nicht auch die Weltwirtschaft gerechter und menschlicher werden? „I don't know, I'm no expert“, sagt der Dalai Lama und lacht vielsagend.

Julia Reichert/EURAC
Wissenschaftskommunikation
julia.reichert@eurac.edu

blica, ad esempio per le pratiche legate al rilascio dei visti ai ministri di culto per motivi religiosi.

Oltre ai buddhisti che si rifanno alle scuole tradizionali, in Italia è presente anche un nutrito gruppo di aderenti (circa 20.000) all'associazione Soka Gakkai (Associazione per la creazione di valori) di origine giapponese, espressione laica legata al buddhismo di Nichiren, ma distaccata dall'ala religiosa di questo, nata negli anni trenta ad opera di Maki-guchi Tsunesaburo e successivamente guidata e ampliata da Toda Josei e oggi da Daisaku Ikeda. Si tratta di una forma associativa buddhista molto diffusa in Giappone che mostra tratti attivistici e di proselitismo sconosciuti alle scuole tradizionali e che per il suo dinamismo ha una notevole influenza anche in campo politico e economico.

Maria Angela Falà
Presidentessa dell'UBE, Unione
Buddhista Europea

Maria Angela Falà, a lungo alla presidenza dell'Unione Buddhista Italiana, continua oggi la sua attività a livello europeo: dal 2002 è infatti la presidentessa dell'UBE, Unione Buddhista Europea. Per maggiori informazioni sul buddhismo in Italia, consultare il sito dell'UBI all'indirizzo www.buddhismo.it oppure scrivere all'indirizzo e-mail ubi.italia@tiscali.it. Notizie aggiornate sulle attività dell'UBI sono disponibili sulla rivista DHARMA, trimestrale di buddhismo per la pratica e il dialogo pubblicato dalla Fondazione Maitreya (www.maitreya.it).

dürfnisse zu befriedigen und nicht die der Wirtschaftsmacher! Der ehemalige italienische Premierminister ist überzeugt, dass auf Weltebene zur freien Marktwirtschaft ein Gegenpol geschaffen werden müsse, da Wirtschaft alleine nie soziale Gerechtigkeit bringen könne. „Global gesehen befinden wir uns in der Situation, die die europäischen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert nach der industriellen Revolution zu bewältigen hatten“, erklärt er und entschuldigt sich gleich für seine Schulmeisterei, in die er als Juraprofessor oft verfalle. Die Weltwirtschaft galoppiere der institutionellen Entwicklung davon, setzt er seine Unterrichtsstunde fort. Es brauche stärkere weltweite Institutionen und effiziente Gesetze, die der zusammenwachsenden Weltbevölkerung ein globales soziales Netz, Ausbildung und Gesundheitsdienste garantierten.

Aus Katastrophen lernen

Doch kann die Erde die bereits auf über sechs Milliarden Menschen angewachsene Weltbevölkerung überhaupt verkraften? fragt Hans-Georg Wieck. „Es ist sinnlos, sich über Wirtschaftssysteme Gedanken zu machen, wenn wir vorher unseren Lebensraum komplett ruiniert haben“, meint er. Technologischer Fortschritt bedeute für ihn, dass der Mensch immer weniger in den natürlichen Kreislauf der Erde eingreifen müsse. „Wenn wir alternative Energien nutzen, ist das zum Beispiel schon ein großer Schritt nach vorn“, erklärt er. „Heizen mit Sonnenenergie schützt die Wälder vor Rodungen, erhält somit den Humusboden und wirkt Überschwemmungen entgegen.“ Patentlösungen habe er jedoch auch nach seiner Vielzahl an Aktivitäten in der ganzen Welt nicht parat, gibt

MIRICO: Creating Viable Peace in an Evolving Europe

With the sombre memories of former Yugoslavia's disintegration still fresh in our minds, a new research project is taking off at the Institute for Minority Rights that will examine, in part, the heart and history of ethnic conflict in the Balkan region. Can the EU take lessons from the past and develop a better plan for the future? If the researchers of MIRICO are successful, it just might be possible.



Foto: GfbV-Archiv

During the Balkan Crisis in the 1990's, when a series of wars and ethnic conflicts brought about serious human rights violations in the form of ethnic cleansing, the international community, having no clearly defined prevention strategy, was limited to a reaction of crisis management. It was only through the auspices of the Stability Pact and the Stabilisation and Association Process that the EU developed a coherent strategy to provide for security, economic reconstruction, political stability, and rule of law. Even now, the EU is faced with several unresolved problems in the region, such as the final status of Kosovo and the possible break-up of the State Union of Serbia and Montenegro; these ongoing conflicts are powder kegs that could easily blow up, creating refugees in the region and elsewhere in the EU. Parallel to this, a coherent EU policy for the volatile neighbouring region, (Caucasus, Ukraine, and Russia), faces the similar challenge of addressing ethnic diversity to prevent human rights violations during conflicts. Thus, it is of vital importance that the EU find solutions to deal with the problem of accommodating ethnic and territorial claims.

The project [Human and Minority Rights in the Life Cycle of Ethnic Conflicts \(MIRICO\)](#) seeks answers to one of the

» An investigation will be made into why some approaches which please differing groups so much "on paper", become so ineffective when implemented. «

principal challenges of stabilisation and peace in an expanding Europe. Its aim: to develop concepts of diversity management in ethnically and culturally heterogeneous states. These concepts are being designed to help prevent future conflicts in Europe, and moreover, to make the idea of minority protection a horizontal issue in all common EU policies, and to propose methods to make conflict prevention a prominent issue in all Community external aid programmes.

The wars in the Balkan region are often entitled "ethnic" wars, demonstrating how intrinsic minority issues are to the conflict. Therefore, the overall objective of the project is to analyse what role human and minority rights played and continue to play in the phases of ethnic conflicts, and subsequently, in the process of state reconstruction and cultural reconciliation. The point of departure for the project will be a case study of the Balkan region; developments in the Balkans, ethnic wars, and proposed solutions for the State Union of

Serbia and Montenegro and Bosnia and Herzegovina, will be analysed. As well, an investigation will be made into why it is that some approaches, which please differing groups so much "on paper", become so ineffective when implemented.

Another reason that the European Union must become a major player in the defusing of ethnic conflicts in Europe is that some countries vulnerable to ethnic conflict have the prospect of full EU membership in the future (Serbia and Montenegro, Macedonia, Croatia, Kosovo, and Bosnia and Herzegovina). To this end, in addition to case studies, the project will analyse how far EU foreign policy has developed from reactive crisis management into an active regional and stabilisation policy, and in this light, recommendations will be tabled as to how the EU can strengthen its activities in this field.

In fact, the role of human and minority rights in EU external affairs will be a strong component of the project. With

the Western Balkans as a model, the aim is to develop a specific European concept of “Unity in Diversity” by providing frameworks and legal instruments that balance individual human rights with minority group rights, therefore guaranteeing the functioning of state institutions in multi-ethnic societies. The aim of such an EU concept should be - in opposition to the American model of assimilation and non-integration of citizens - to maintain territorial unity, to encourage common institutions for minority and majority populations and to promote a high degree of societal integration.

MIRICO was submitted by the Institute for Minority Rights and is the first project of EURAC to receive a positive evaluation by the European Commission's experts under the EU Research Programme. The project, spanning two and a half years, is highly innovative in its field with respect to its content as well as to the constituency of its consortium. It combines basic research and empirical studies, bringing together partners from the academic world and human rights centres from the focus regions.

The consortium consists of ten partners emanating from seven different countries. They are high-ranking universities and research institutes active in the fields of European law, human and minority rights, Balkan studies and history, comparative constitutional law, EU policies, political systems, and conflict management. Beside EURAC, which will co-ordinate the entire project, the other partners include: the University of Graz (Austria), the University of Frankfurt (Germany), the University of Cologne (Germany), the Institute for Ethnic Studies of Ljubljana (Slovenia), the London School of Economics (UK), the University of Bath (UK), the Belgrade Centre for Human Rights (Serbia and Montenegro), The Human Rights Centre of the University of Pristina (Kosovo), and the Human Rights Centre of the University of Sarajevo, (Bosnia and Herzegovina).

Eva Maria Moar/EURAC
Institute for Minority Rights
eva.moar@eurac.edu

Supertime for the Sciences

The research industry goes back to the larder for the Sixth Framework Programme for European Research & Technological Development (2002-2006), and EURAC is in the line-up.

The Sixth Framework Programme is the Union's main instrument for funding research in Europe, with an overall budget of € 17.5 billion distributed over a period of five years. Although the programme represents only a small percentage (5.4% c.a.) of all public research spending in Europe, universities and businesses alike are engaged in a tough competition to access these EU funds that, in many cases, are an indispensable means of support for larger European research projects.

Within the total budget, € 12bn was set aside for seven key areas or “Thematic Priorities”:

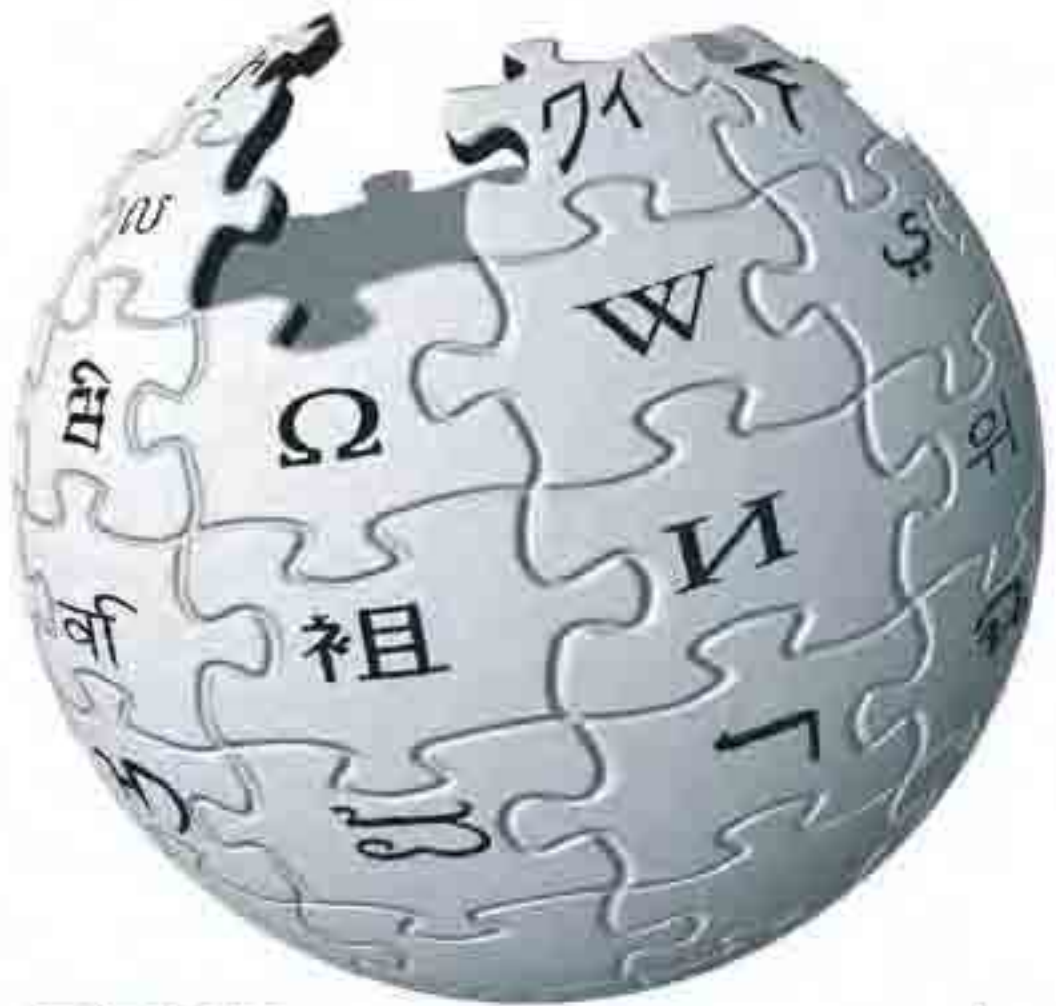
1. Life sciences, genomics and biotechnology for health;
2. Information society technologies;
3. Nanotechnologies and nanosciences, knowledge-based multifunctional materials and new production processes and devices;
4. Aeronautics and space;
5. Food quality and safety;
6. Sustainable development, global change and ecosystems; and,
7. Citizens and governance in a knowledge-based society.

In particular, the seventh priority is aimed at supporting research capacities in economics, politics, social sciences and humanities. It is under this priority that the MIRICO project was successfully submitted.

Furthermore, within the Sixth Framework Programme, a special focus is placed on the participation of small and medium-sized enterprises (SMEs) with a view towards responding to the pressures of continuous innovation and technological adaptation, as well as enhancing their competitiveness in the European and global markets. In this context, EURAC, together with a consortium of SMEs and research institutions, has recently submitted a project in the field of solar cooling. The project is presently under evaluation by the Commission's experts.

Other projects are in the pipeline, and we look forward to telling you more in coming issues.

Cristina Boglia/EURAC
Project Development Service
cristina.boglia@eurac.edu



Wiki, Wikiwiki, WIKIPEDIA

Seit 2001 kann die Welt an einem ambitionierten Web-Projekt mitwirken: Wikipedia ist das erste Online-Lexikon, das jeder wissbegierige Nutzer selbst mitgestaltet. Allen Befürchtungen zum Trotz kann sich das Ergebnis sehen lassen: Erst kürzlich wurde Wikipedia mit dem Grimme Online-Award, einem Qualitätspreis für Online-Publizistik, ausgezeichnet.

Seit rund vier Jahren entsteht im Internet eine mehrsprachige Enzyklopädie namens Wikipedia, an der jeder mitarbeiten kann, der dazu Lust hat. Diese „freie Enzyklopädie“ hat es in sich. Täglich wird sie in ihren verschiedenen Sprachversionen millionenfach benutzt. Allein die deutsche Ausgabe, abrufbar unter <http://de.wikipedia.org>, verzeichnet jeden Tag an die 500.000 Besucher.

Die umfangreichsten Versionen sind die englische mit über 800.000 Einträgen, gefolgt von der deutschen mit über 300.000, vor der französischen, japanischen und italienischen. Insgesamt gibt es die Wikipedia inzwischen in über 100 Sprachen, darunter auch in Plattdeutsch, Sizilianisch oder Esperanto.

Die Presse überschlägt sich in ihren Artikeln über das Online-Projekt. Im

Besonders bei aktuellen Themen, wie der deutschen Bundestagswahl, ist Wikipedia oft unschlagbar.

August trafen sich einige hundert freiwillige Mitarbeiter der Enzyklopädie in Frankfurt zu ihrer ersten internationalen Konferenz, der *Wikimania* und fast jeder Internet-Nutzer ist schon einmal über einen Wikipedia-Artikel beim Surfen gestolpert. Inzwischen findet sich auch wissenschaftliche Sekundärliteratur über das Projekt und es gibt Professoren, die ihre Studenten zu Lernzwecken dazu animieren, selbst bestimmte Themengebiete für die Online-Enzyklopädie aufzuarbeiten.

Der Name Wikipedia ist eine Zusammensetzung aus Wiki oder Wikiwiki, dem hawaiianischen Begriff für „schnell“ und dem Wort Encyclopedia. Sicherlich ein treffender Name, wenn man an die rasante Entwicklung des Online-Lexikons denkt. Das erfolgreiche Projekt mit dem Anspruch, das gesamte Wissen unserer Zeit in lexikalischer Form anzubieten, bezeichnet sich als freie Enzyklopädie, da alle Inhalte unter der GNU *Free Documentation License* stehen. Diese Lizenz räumt jedermann das Recht ein, die Inhalte unentgeltlich zu nutzen und auch zu verbreiten. Wikipedia gilt inzwischen als umfangreichste Sammlung originär freier Inhalte. Betrieben wird das Projekt von der amerikanischen *Wikimedia Foundation*, einer Non-Profit-Organisation in Florida. Die Finanzierung erfolgt vollständig durch Spenden.

Einer der Gründe für die große Zahl an freiwilligen Mitarbeitern ist sicher die unkomplizierte Software, die es jedem Benutzer erlaubt, auch ohne sich anzumelden, Autor zu werden, Korrekturen vorzunehmen oder eigene Artikel zu schreiben, die dann sofort online im Netz stehen.

Aber ist die Online-Enzyklopädie eine Quelle, der die Benutzer vertrauen können?

Noch vor nicht allzu langer Zeit hätte noch jeder gestandene Bibliothekar die Nase gerümpft, wenn jemand die Wikipedia als ernst zu nehmendes Nachschlagewerk zitiert hätte. An einer „richtigen“ Enzyklopädie wie dem *Brockhaus* oder der *Encyclopædia Britannica* arbeiten anerkannte und ausgewählte Fachleute und Wissenschaftler. Wie sollte denn die Qualität der Einträge gesichert sein, wenn einfach jeder nach Belieben in den Artikeln herumkorrigieren, sie löschen oder gar missbrauchen kann, um bewusst falsche oder tendenziöse Meinungen zu verbreiten?

Natürlich ist die Qualität der Artikel ein Problem, und der Benutzer muss sich darüber klar sein, dass er hier keine Enzyklopädie im traditionellen Sinne vor sich hat. Dafür erlaubt es die Software, die Versionsgeschichte eines Artikels aufzurufen und seinen Werdegang zu verfolgen, sowie jede Version mit jeder anderen zu vergleichen oder sich auch über Meinungsverschiedenheiten der Wikipedianer, in den zum Artikel gehörenden Diskussionsseiten, zu informieren. Einseitige Darstellungen oder grober Unfug sollten in der Theorie und laut der Betreiber des Projekts keinen langen Bestand haben, da jede Änderung gespeichert wird und mit wenig Aufwand wieder gelöscht werden kann. Dies ist wohl besonders bei Themen der Fall, an denen viele Personen Interesse haben und auch mitschreiben. Für Fälle, bei denen die Wikipedianer sich nicht auf einen Kompromiss einigen können, gibt es Administratoren (die von besonders vielen Mitschreibern dazu gewählt wurden), die Artikel sperren oder sogar besonders uneinsichtige User ausschließen können.

Die Dokumente der Wikipedia sind ständig im Fluss, so wie das menschliche Wissen auch.

Geschichte

Hervorgegangen ist die Wikipedia aus dem Enzyklopädie-Projekt Nupedia von Jimmy Wales und Larry Sanger. Für die Nupedia wurden die Artikel von einem kleineren Kreis von Fachautoren erstellt. Vor der Veröffentlichung wurden sie alle einem Peer-Review-Prozess, einer ausführlichen Prüfung unterworfen. Dies sicherte zwar die Qualität der Artikel, die Arbeit ging aber nur sehr langsam voran.

Der damalige Chefeditor von Nupedia Jimmy Wales startete daraufhin Anfang 2001 das Parallelprojekt Wikipedia, das zunächst als eine Art Vorstufe von Nupedia gedacht war. Das Projekt entwickelte sich allerdings schnell besser als sein Vorgänger. Dies vor allem durch den Einsatz des Wiki-Prinzips, das eine Mitarbeit auch ohne Registrierung ermöglicht. Im September 2001 konnten mehr als 10.000 Artikel verzeichnet werden und Ende des Jahres gab es bereits 18 Sprachversionen.

Das Vorgängerprojekt wurde im Jahre 2003 schließlich eingestellt. Mittlerweile existiert die Wikipedia in mehr als 100 Sprachen, wobei der englischsprachige Teil die umfangreichste Version ist. Die verschiedenen Sprachversionen entwickeln sich unabhängig voneinander, sind aber trotzdem miteinander verbunden. Im September 2004 überschritt der Umfang des Gesamtprojekts die Grenze von einer Million Artikeln.

Problematisch wird es, wenn sich zu wenige Interessenten für einen Artikel finden. Zu bestimmten Themen gibt es unter Umständen gar keine Einträge, besonders bei noch spärlich entwickelten Sprachversionen. Es kann aber auch passieren, dass monatelang unter einem Eintrag nur ein grober Entwurf zu finden ist oder sich auch Falschinformationen länger halten.

Die Dokumente der Wikipedia sind ständig im Fluss, so wie das menschliche Wissen auch, und es ist äußerst spannend, sozusagen jederzeit hinter die Kulissen des Projektes blicken zu können, Informationen über die Versionsgeschichte, die Diskussionsseiten und auch über die Seiten der freiwilligen Bearbeiter einholen zu können, die ausgiebig davon Gebrauch machen, sich selbst zu präsentieren, wenn auch meist unter der Verwendung von *Nicknames*.

Die Wikipedia ist also grundsätzlich etwas anderes als etwa der *Brockhaus*. Dennoch, sowohl in Testreihen der Computerzeitschrift *c't* als auch der Wochenzeitung *DIE ZEIT* haben Wikipedia Texte jeweils mit der Höchstnote abgeschlossen. Die beiden Zeitschriften hatten Wikipedia Texte und Einträge aus kommerziellen Enzyklopädien auf CD-ROM oder DVD stichprobenweise Experten vorgelegt, welche die Arbeiten nach verschiedenen Kriterien bewerten mussten. Besonders bei aktuellen Themen ist die Enzyklopädie oft unschlagbar (vgl. etwa die Artikel zu Tsunami,

*Es gibt Professoren,
die ihre Studenten
zu Lernzwecken
dazu animieren,
selbst bestimmte
Themengebiete für die
Online-Enzyklopädie
aufzuarbeiten.*

Hurrikan Katrina oder auch zur deutschen Bundestagswahl 2005).

Wikipedia bemüht sich auch darum, die Qualität der Artikel zu steigern. Dazu dienen beispielsweise Auszeichnungen („lesenswerte“ oder „exzellente Artikel“, die von besonders vielen Wikipedianern für gut befunden wurden) oder auch Warnungen vor Artikeln, bei denen viele Mitschreiber auf den Diskussionsseiten den „neutralen Standpunkt“ des Eintrags in Frage stellen. Dies ist besonders häufig der Fall, wenn es um politische oder weltanschauliche Themen geht. (s. beispielweise den Artikel über den italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi in der italienischen Wikipedia <http://it.wikipedia.org/wiki/Berlusconi>).

Auch gestrenge Bibliothekare rümpfen nun immer seltener ihre Nase, wenn es um die Online-Enzyklopädie geht, und seit kurzem arbeitet sogar „Die deutsche

Bibliothek“ (DDB) mit dem Online-Lexikon zusammen. Die Nationalbibliothek verfügt über einen Bestand von ca. 22 Millionen Titeln, die das geistige literarische Schaffen im deutschen Sprachraum dokumentieren. Der Katalog der DDB ist seit August dieses Jahres mit Artikeln zu Personen in der Wikipedia verbunden. Über einen Link findet der Benutzer jeweils zu allen in der DDB erfassten Büchern von und über die besprochene Person. Wenn man beispielsweise mehr über den Schriftsteller Kurt Tucholsky wissen will, so findet man am Ende eines ausführlichen Artikels einen Link zum DDB-Katalog mit etwa 680 Publikationen von und über den deutschen Autor.

Als Fazit könnte man sagen: die Wikipedia ist grundsätzlich anders, als ein traditionelles Nachschlagewerk. Sie gehört sozusagen einer anderen Kategorie an. In erster Linie ist sie ein „Projekt zur Erstellung einer Enzyklopädie“, wenn auch ein sehr spannendes und mit unzähligen auch qualitativ hochwertigen Artikeln. Wünschen kann man ihr weiterhin viele enthusiastische, freiwillige Mitschreiber, Wikipedianer, die sich bei ihren Recherchen nicht nur im Netz aufhalten, sondern sich ab und zu auch in eine Bibliothek verirren.

Antje Messerschmidt
EURAC-Library
antje.messerschmidt@eurac.edu

Der neutrale Standpunkt

Eine der wenigen festgeschriebenen Prinzipien der Enzyklopädie ist der des so genannten neutralen Standpunkts oder im englischen Original *Neutral Point of View* (NPOV). Dieser Grundsatz versucht, die inhaltliche Ausrichtung der Artikel festzulegen.

Die Mitarbeiter des Projekts verpflichten sich bei widerstreitenden Ansichten zu einem Thema, diese in dem Artikel fair zu beschreiben, ohne aber selbst Position zu beziehen. Die Einhaltung dieses NPOV wird durch den sozialen

Prozess gewährleistet, das heißt, dass die mitschreibenden Autoren versuchen, bei kontroversen Themen über die Diskussionsseiten zu einer Einigung zu kommen. Gerade bei politischen oder emotional aufgeladenen Themen gelingt das aber nicht immer ohne Probleme. Das fängt manchmal schon mit dem gewählten Begriff an: Heißt es nun Anti-Terror-Zaun (nach israelischer Sprachregelung) oder einfach (leicht abwertend) Mauer? Hier haben sich die Wikipedianer schließlich auf Israelische Sperranlagen geeinigt.

„Zufälle sind innovativ“

Vergangenen Oktober lud der Physikprofessor Peter Mulser zum 16. Bozner Treffen. Thema der diesjährigen Veranstaltung an der EURAC war der Zufall. Wie Zufall Innovation generiert, und warum Forscher den Zufall fürchten und lieben, erklärt er im Interview.

Prof. Mulser, Zufall und Forschung. Sehen Sie in der gemeinsamen Nennung dieses Wortpaares nicht einen Widerspruch?

Mulser: Natürlich sehe ich den. Die Forschung ist deterministisch. Wissenschaftler arbeiten mit Formeln und Gesetzmäßigkeiten. Der Zufall unterliegt keiner Gesetzmäßigkeit. Dennoch kann Forschung ohne Zufall nicht existieren: ohne Gesetzmäßigkeiten gäbe es keinen Zufall und ohne Zufall kaum neue Erfindungen und Entdeckungen.

Welcher Zufall hat sich in der Geschichte der Menschheit als wichtige Entdeckung herausgestellt?

Mulser: Da gibt es unendlich viele Zufälle. Aber nehmen Sie nur einmal die Entdeckung des Feuers. Unsere Vorfahren haben es zunächst sicherlich als Zufall angesehen, dass ein Blitz oder ein reflektierender Quarzstein Feuer entfachen kann. Sie dachten wohl, das zunächst unkontrollierbare Phänomen käme von Geisterhand. Bis sie die Gesetzmäßigkeit dahinter erkannt haben und plötzlich selbst im Stande waren, durch Reibung Feuer zu entfachen.

Oder denken Sie nur an die Mond- und Sonnenfinsternis. Früher waren sie Zufall. Ein Gottes- oder Teufelsbeweis. Heute sind sie Gesetzmäßigkeiten, die auf die Sekunde genau berechnet werden können.

Viele Zufälle sind also gar keine? Heißt das, dass mit der Forschung der Zufall ausstirbt?

Mulser: Ganz und gar nicht. Ich habe eher das Gefühl, je mehr wir forschen, desto mehr Zufälle, also unerklärliche Phänomene, tun sich uns auf. Einmal abgesehen davon fassen wir auch den Zufall alle ganz unterschiedlich auf.

Wie meinen Sie das?

Mulser: Der Zufall ist ein subjektives Phänomen. Er entsteht aus einer Unzahl von verketteten Ursachen und Wirkungen. So ist es ein Zufall, wenn ich im Lotto gewinne, oder ein Zufall, wenn mein Aktienkurs steigt. Es ist aber auch ein Zufall, wenn in der Geschichte eine Schlacht verloren geht, die eigentlich schon als gewonnen gilt – wie etwa Napoleons Schlacht bei Waterloo. Zufälle ändern ganz plötzlich unser aller Leben, nicht nur das der Wissenschaftler. So gesehen sind Zufälle ungemein innovativ.

Dennoch versuchen einige Wissenschaftler, Gesetzmäßigkeiten hinter Börsenkursen zu erkennen.

Mulser: Ganz recht. Die Börsenspekulanten haben einen ganz anderen Zugang zum „Zufall“ als etwa ein Naturwissenschaftler. Wer spekuliert, rechnet mit dem Zufall als einer Art feste Variante. Um einen Börsenkurs vorhersagen zu können, muss der Zufall zu jedem Zeitpunkt eingerechnet werden. Der Zufall als unvorhersehbares politisches, wirtschaftliches oder warum auch nicht mediales oder sportliches Ereignis, als eine Umweltkatastrophe, ein Todesfall oder eine unglaubliche wissenschaftliche Errungenschaft.

Welche Experten freuen sich so gar nicht über den Zufall?

Mulser: Technikern ist der Zufall im Allgemeinen zuwider. Für sie ist jeder Zufall ein Störfaktor.

Gab es bei Ihnen als Physiker je einen solchen Störfaktor oder einen angenehmen Zufall, an den Sie sich noch heute erinnern?

Mulser: Als ich 12 Jahre alt war, hat mein Vater bei uns zu Hause eine Wasserturbine eingebaut, die meinen Forscherdrang geweckt hat. Ich wusste, dass Leistung in Pferdestärken, also PS, angegeben wird,



» Forschung kann ohne Zufall nicht existieren: ohne Gesetzmäßigkeiten gäbe es keinen Zufall und ohne Zufall kaum neue Erfindungen und Entdeckungen. «

Peter Mulser

» Zufälle ändern ganz plötzlich unser aller Leben, nicht nur das der Wissenschaftler. So gesehen sind Zufälle ungemein innovativ. «

Peter Mulser

und habe mich daran gemacht, sie zu errechnen. Ich wusste auch, dass ein PS jene Leistung ist, die 75 Kilo Gewicht einen Meter pro Sekunde heben kann. Also habe ich angefangen, die Kübel Wasser zu zählen, die in einer Minute durch die Turbine flossen. Meine Rechnung ergab, dass Vaters Turbine 9,2 PS hatte. Als tags darauf der Ingenieur 9,0 PS maß, habe ich nicht schlecht über den „Zufall“ gestaunt, durch den mein Interesse für gesetzmäßige Abläufe auf solche Weise gleich auf den Prüfstand gekommen ist.

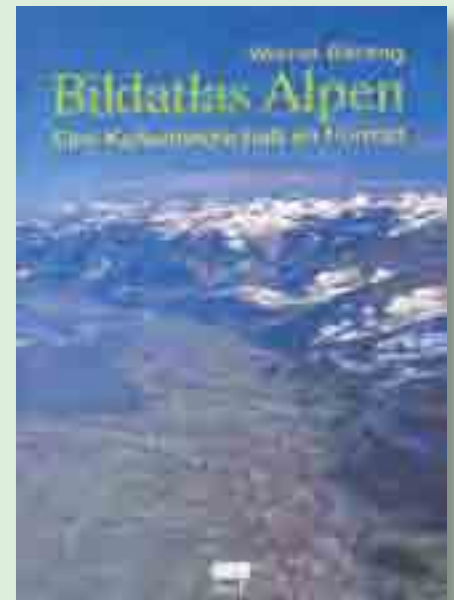
Das Interview führte Sigrid Hechensteiner

16. Bozner Treffen Der Zufall. Über den Umgang mit dem Unberechenbaren.

Acht Wissenschaftler und Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen haben sich vom 20. bis 22. Oktober an der EURAC eingefunden, um über das Thema „Zufall“ zu diskutieren. Die Teilnehmer am Treffen erfuhren unter anderem, dass es aufgrund der umwälzenden Entdeckungen in den letzten zwei Jahrzehnten rund 360 Gründe gibt, warum es die Erde und den Menschen darauf nie und nimmer geben kann. „Es ist abermillionen Zufällen zu verdanken, dass es uns gibt“, erklärt Prof. Peter Mulser von der TU Darmstadt. Gemeinsam mit Prof. Klaus Schredelseker von der Universität Innsbruck und Inga Hosp, war er auch in diesem Jahr für die Inhalte des Treffens verantwortlich. Organisiert wurde das Bozner Treffen nun schon zum zweiten Mal von der EURAC und dem Südtiroler Kulturinstitut.

Werner Bätzing Bildatlas Alpen - Eine Kulturlandschaft im Portrait

Erschienen: 2005.
Verlag PRIMUS, Darmstadt
192 S. mit 180 Abb., geb. mit Schutzumschlag
Format: 22,0 x 29,0 cm
ISBN 3-89678-527-3



Bildband Alpen

Eine Reise durch die Geheimnisse dieser Bergwelt

Es ist mehr als nur ein Buch. Dieser Bildband entführt den Leser auf eine Reise durch die Alpen, die von deren Geschichte bis hin zu den aktuellen Entwicklungen reicht. Dabei wird der Leser von einem prominenten und fachkundigen Reiseführer begleitet: Werner Bätzing. Der Autor lädt ein, sich mit dem großen Thema „Alpen“ auf eine beinahe spielerische und dennoch intensive Weise zu beschäftigen. Zweifellos ist Bätzing mit diesem Bildband ein großer Wurf gelungen. Der bekannte Alpenforscher arbeitet in diesem Buch die stetigen Veränderungen im Alpenraum auf. Er beschreibt den gegenwärtigen Wandel in den Alpen von einer landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft hin zu städtisch, verkehrstechnisch geprägten und dicht besiedelten Räumen einerseits und hin zu verwildernden, von Abwanderung geprägten Landschaften (Entsiedlungsräume) andererseits.

Der Autor beschreibt hochkomplexe, naturräumliche Zusammenhänge – etwa zum Thema „Wasser und Eis als Landschaftsgestalter“ und „Die Alpen als Regenfänger und Wasserspeicher“ – so, dass diese auch für den Laien nachvollziehbar werden. Die aufgegriffenen Themen werden mit Hilfe fachkundiger und dennoch leicht verständlicher Texte beschrieben. Rund 189, sehr sorgsam ausgewählte Bilder stellen die beschriebenen Phänomene anschaulich dar. Der Leser ist dadurch nie überfordert und kann über diese Darstellungen auf vergleichbare Entwicklungen in seiner eigenen Umgebung schließen. Abgesehen von historischen, in Schwarzweiß gehaltenen Darstellungen, sind die Abbildungen großteils ganzseitig und farbig.

Nach der Lektüre dieses Buches werden aufmerksame Leser die Entwicklung von Landschaften bewusster wahrnehmen und mit anderen Augen sehen. Der Bildband Alpen ist ein Lesegenuss für alle diejenigen, welche sich für die Entwicklung der Alpen interessieren.

Flavio V. Ruffini/EURAC
Institut für Regionalentwicklung

Publikationen|Publicazioni|Publications



Innovatives Sozialmanagement

Hrsg. Von Josef Bernhart; Reinhard Gunsch; Kurt Promberger; Karl Tragust. Unter Mitarb. von Claudia Höller Innsbruck [u.a.], Studien Verlag, 2005

Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen haben die Sozialsysteme in unserer Gesellschaft tief greifend verändert. War bisher die Familie als primäres soziales Netz für Betreuung und Pflege

zuständig, so sind dies heute soziale Dienstleistungseinrichtungen öffentlicher oder privater Trägerschaft, die die Grundversorgung der Bevölkerung mit Sozialleistungen übernehmen. Das Buch „Innovatives Sozialmanagement“ spannt einen weiten Bogen über verschiedene Aspekte moderner Sozialsysteme. Den Schwerpunkt bilden Beiträge zum Management sozialer Dienstleistungseinrichtungen, insbesondere zur Messung, Sicherung und Verbesserung der Qualität sozialer Dienste unter den Rahmenbedingungen stagnierender Sozialbudgets. Zielgruppe sind alle Personen, die sich für Sozialpolitik und Fragen der Führung sozialer Dienstleistungseinrichtungen interessieren, insbesondere haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter, Führungskräfte, Politiker sowie Nutzer bzw. Empfänger von Sozialleistungen.



Schulreformen in Italien und ihre Umsetzung in Südtirol

Hrsg. von Peter Höllrigl; Rudolf Meraner; Kurt Promberger Innsbruck [u.a.], Studien Verlag, 2005

In vielen Ländern Europas sind die Themen „Schulreform“ und „Autonomie der Schulen“ feste Bestandteile der Bildungspolitik. Die Reformbestrebungen sind dabei eingebettet in die allgemeinen Bemühungen zu einer am New Public Management

(NPM) orientierten Neuausrichtung der öffentlichen Dienste.

Dabei wird die Zielsetzung verfolgt, das traditionell zentralistisch aufgebaute Schulsystem zu dezentralisieren und die einzelnen Schulen mit größerer Autonomie auszustatten. In den frühen 1990er Jahren hat auch Italien mit einer umfassenden Verwaltungsreform begonnen. Grundlage für die Verwaltungsdezentralisierung in Italiens Schulbereich und die Autonomie der Schulen ist das Gesetz Nr. 59/1997 („Bassanini-Gesetz I“). In dieser Publikation werden die Themen der Schulreform und Autonomie der Schulen in Italien im Kontext des New Public Management dargestellt, um interessierten Lesern einen systematischen Überblick über die bisherigen und die aktuellen Reformbestrebungen in Italiens Schulbereich zu geben.

Germania

Francesco Palermo; Jens Woelk Bologna, Il Mulino, 2005

La pubblicazione appartiene alla collana *Si governano così*, una piccola enciclopedia per conoscere le istituzioni politiche di altri paesi, per comprendere come sono organizzati e come proteggono i diritti, per coglierne, attraverso la vicenda costituzionale, la storia e la cultura civica. Dopo essere stata al centro delle due guerre mondiali del XX secolo, la Germania si è data – anche per volontà degli alleati occidentali – un assetto istituzionale solido, stabile e rispettoso dei diritti umani, divenuto via via un punto di riferimento in Europa. Accuratamente aggiornata, la legge base federale del 1949 ha poi dato luogo, dopo l'unificazione del 1990, alla Costituzione del più grande e popoloso paese dell'Unione europea. Sistema federale per autonomia, la Germania, con il Cancellierato, costituisce un modello originale, che attualmente è messo a dura prova da spinte politiche contrastanti.



More information on the internet at: <http://www.eurac.edu/Press/Publications/index>



DISARMING ART

Meet Jota Castro: a self-described European-South American. He is also an artist, activist, man of letters, and a jurist. For the past six years, he has trekked halfway around the world with a mission: to place human rights violations into the public eye through activist art events. With his project “Emergency Biennale” in parallel exhibitions in Chechnya, at the EURAC and the Museion we caught up to him in Bozen/Bolzano.

“I first set foot on Chechen soil in the mid-80s - as a soldier.” The Peruvian-French activist artist pauses. His eyes turn away: “There are things in my life for which I am not proud. But I was young and naïve then and I believed in armed revolution.” Jota Castro fixes my gaze again, and with an iron voice breaks the spell of the past: “That’s all I have to say about that.”

Fast-forward twenty years. He has come to Bozen/Bolzano to speak about his current project on Chechnya: the “Emergency Biennale”. Last February, he and his team illegally smuggled sixty small suitcases into the war-torn country, each containing one art piece of a different artist from around the globe. Then, with help from French curator Evelyne Jouanno, he organised a series of illicit

exhibitions in the devastated Grozny. With small, guerrilla art events like these, Castro has achieved something that hundreds of human rights advocates have tried and failed to do: turn the eyes of the world – if only for a moment – to this country, a nation defined by Castro as, “the saddest place in the universe.” And Castro is no stranger to suffering. In one of his former lives, when he served as a

UN official, he saw his share of misery, “But,” continues the activist, “nowhere did I encounter people who have literally lived underground, fearing the daylight.”

Born in 1965 to a well-known Peruvian family, Jota Castro was an inquisitive child. Only books could pacify him, and he eagerly devoured them. At sixteen, he won a national poetry competition for young writers. When the pressure of his inherited celebrity threatened to crush him, he fled home, crisscrossing South America and eventually winding up in the United States. After witnessing firsthand the brutalisation of countries torn apart by civil war, he decided to study political and legal science at the Sorbonne in Paris. “I love legal texts,” he muses. “They give structure and order. I can spend days at a time reading this literature.” Castro was the first South American to attend the Collège d’Europe de Bruges, and has since developed a particular interest in EU law.

After finishing his studies, Castro worked eleven years for the United Nations, roaming the world once more, this time as an expert on human right violations, an election observer in Africa and Asia, and a delegate to refugee camps. Again, he saw endless suffering. When, on one momentous day, his superior queried him as to where he saw his position within the UN in another twenty years, Castro was stricken with fear. What followed “was the most difficult decision of my life,” he says. The very next morning he submitted his resignation. “I was infinitely relieved.”

But Jota Castro would return to the battlefields he had trodden before, both as a soldier and a UN representative. This time, he declared his desire to oppose human rights violations through a radical mixture of art and political resolve. Jota Castro metamorphosed into a “rebel artist”.

At the Palais de Tokyo in Paris, he organised a “Discrimination Day” event.



Photos: Galleria Massimo Mimimi, Brescia

“Discrimination Day” at the Palais de Tokyo in Paris: for six hours, only Africains-Français were granted admittance to the exhibition.



For six hours, only Africains-Français were granted admittance to the exhibition. Its entrance simulated an airport security check, with visitors instructed to queue under two signs: “White” and “Others”. Fair-skinned ladies with Gucci bags were refused entry with the epithet: “You’re too blonde”. Even the Minister of Culture was denied entry after a lengthy, backroom interrogation by black officials. “On that day,” the artist reminisces, “Three thousand blacks visited the museum.” This is more than normally pass through its gates in an entire year.

Jota Castro’s events have become a cult phenomenon. Museums exhibit his work from Tel Aviv to Amsterdam. He was at the Biennale in Venice and a guest of the Gwangju Biennale in South Korea. But for the political activist, this is not sufficient: “My work should shake people into consciousness and make them think,” Castro intones. “People nodding their heads meaningfully - this is not enough.”

Castro finances all of his projects without support from the French government, or any other governmental institution for that matter. He’s a free agent.



Since February, the works of the Emergency Biennale have been silently circulating through Chechnya. Sometimes displayed in private dwellings, other times appearing on the street.



When the Russians offered him a spot in the new “Moscow Biennale”, his response was swift and categorical. He demanded that the Russians undertake to remove human rights violations in their own country before congratulating themselves with an international arts exhibition. When the Russians retorted that Castro ‘leave policy to the politicians’, the artist’s decision was forged: he would stage a counter-biennale in the bullied Chechnya.

Contacting sixty artists from around the world, Castro and curator Evelyne Jouanno asked them to contribute pieces for his “Emergency Biennale”. The requirements stated that each work of art must: 1) Be submitted in duplicate (one for the exhibition in Grozny and the other for a parallel exhibition at the Palais de Tokyo in Paris); 2) Be delivered in a suitcase that could be carried into Chechnya, and; 3) Be of modest value, given the nature of the emergency effort.

Of the sixty artists they solicited, only two declined to participate. With the help of personal contacts, the works slowly filtered into Chechnya in early February. Supporting this phase of the operation was Lida Yusupova, the Russian attorney and co-ordinator of the human rights organisation, Memorial, which strongly supports the oppressed Chechen population.

On February 24th 2005, the 61st anniversary of Stalin’s deportation of 80,000 Chechens, the first exhibition of the “Emergency Biennale” was held in Grozny. Three hundred visitors cautiously entered into what was a normally abandoned square, much to the ire of the snipers holed up in the surrounding ruins. “In Chechnya,” Castro explains, “no more than six people can assemble in public at one time without getting arrested.” But hundreds assembled on this day. BBC radio reported for half an hour on the event in the context of Chechnya’s current political envi-



More than 60 artists from around the world contribute to the Emergency Biennale Grozny

ronment. (Since the terrorist attack on the school in Belsan, news coverage on Chechnya has dwindled).

A parallel exhibition in Paris opened on the same day. *Le Monde* reported in detail on the “Emergency Biennale” events. The Russian press, not surprisingly, reacted with indignation, labelling Castro a terrorist sympathiser. He was subsequently barred from entering Russia. Completely indifferent to this, Castro points out that Chechnya will one day award him with an honourable citizenship.

The clandestine exhibition of this artwork has yet to be disrupted by the Russian authorities. “On the contrary, they have inspired us all the more,” declares the rebel artist. When acknowledging the participants who made the “Emergency Biennale” possible, he never fails to give special mention to the Russian border control: “They bring out our creativity!”

Since February, the works have been silently circulating through Chechnya. Sometimes displayed in private dwell-

Tschetschenien: Keine Aussicht auf Frieden

Die Tschetschenen, deren Zahl man auf knapp eine Million Menschen schätzt, sind eines der ältesten Völker des Nordkaukasus und das größte kompakt siedelnde Volk der Region. Sie leben seit Jahrhunderten in diesem Berggebiet, bauten früher Getreide in Flusstälern an und betrieben Viehzucht. Die tschetschenische Gesellschaft war historisch betrachtet tatsächlich „klassenlos“, das heißt, man kannte weder Fürsten noch Adelige, die politische Macht lag bei Volksversammlungen, die Menschen waren in großen Familieneinheiten organisiert. Der Widerstand gegen Fremdherrschaft, zumal die Russlands, ist ebenso fest verankert. Spätestens mit den Stalinschen Deportationen 1944 gehört dies zum Trauma dieses Volkes: Eine halbe Million Tschetschenen wurde damals



verschleppt, andere grausam in den Bergdörfern umgebracht.

Der nun seit Jahren dauernde Krieg in dem mittlerweile komplett zerstörten Land beruht daher nicht nur auf aktuellen Ereignissen sondern auf einem uralten Konflikt. Der auf klare Konfrontation setzende Kurs des amtierenden russischen Präsidenten Putin gegen „Terroristen“ wird daher kaum den Frieden in dieser Region bringen.

Stephanie Risse Lobis/EURAC
Projektentwicklung
stephanie.risse@eurac.edu



Evelyne Jouanno and Jota Castro, the initiators of the Emergency Biennale, showing the artistic contribution of Alighiero Boetti.

Biennale” have energised him to continue his work. Soon he will be in Amsterdam to open the headquarters of the new “Emergency Foundation”. Through this Foundation, he plans to initiate and coordinate many more emergency projects, leaving the local exhibitions to others. Castro longs to work in structure and organisation once more in his third life as an artist: “My weakness for order has not yet been cured,” he smiles.

ings, other times appearing on the street, the paintings usually remain up only for a few hours a time; any longer would be to court disaster. So far, three parallel exhibitions have been held in Paris, Brussels and this past October at EURAC. As the

exhibition travels from one location to the next, more paintings are added to its collection.

Jota Castro’s support of the Chechen people and the success of the “Emergency

Sigrid Hechensteiner/EURAC
Editor-in-Chief, ACADEMIA
sigrid.hechensteiner@eurac.edu

www.emergencybiennale.org

Jota Castro e il Museion di Bolzano

Il contatto con Jota Castro è nato nell’ambito della mostra “Seven Sins” tenutasi a MUSEION nell’autunno 2004. In quell’occasione, ai sette artisti partecipanti venne chiesto di realizzare un’opera per un peccato loro assegnato. Jota Castro ideò un magnifico “Cammino della superbia”: su trenta piastrelle di cemento con incise delle stelle iscrisse i nomi di persone che secondo la sua opinione avevano peccato di superbia volendo oltrepassare i propri limiti. Tra questi Hitler e Mussolini, ma anche Kennedy e Freud, Arafat e Wojtyla.

Dagli incontri e dalle discussioni nate con l’artista emersero subito il suo forte impegno in ambito socio-politico e la sua profonda conoscenza del diritto internazionale. Tali interessi formano la base dell’opera artistica di Jota Castro, focalizzata sull’interpretazione di significative e attuali tematiche del nostro tempo; alcune molto note, altre assolutamente lontane dall’attenzione pubblica.

Il rapporto con MUSEION ebbe presto un seguito con l’invito al ciclo di conferenze “artiparlando”, dove Jota Castro affrontò assieme al giovane filosofo Nicola Setari l’argomento “Qual è il potere politico dell’arte nell’era dei media?”. In quell’occasione Jota Castro ci raccontò dell’esperienza della

Biennale dell’Emergenza da poco inaugurata al Palais de Tokyo di Parigi e della sua attività di ricerca di partner internazionali per portare in giro per il mondo la biennale. Jota Castro accese soprattutto l’attenzione sulla questione cecena.

MUSEION ha subito accolto la proposta di Jota Castro di divenire la prima sede italiana della Emergency Biennale. La collaborazione con l’EURAC e il soste-

gno della Fondazione Cassa di Risparmio hanno colmato i tasselli mancanti per la buona riuscita di una manifestazione che ritengo di grande importanza per la città di Bolzano a livello artistico, ma soprattutto a livello socio-politico.

Letizia Ragaglia
Curatrice MUSEION Bolzano



EMERGENCY BIENNALE / BOLZANO STOP

A touring project by Evelyne Jouanno and Jota Castro

in cooperation with Museion and Stiftung Südtiroler Sparkasse with the participation of EURAC

www.emergencybiennale.org - info@emergencybiennale.fr

Mitarbeiter Collaboratori



Seit September ist **Susy Moroder** neue Mitarbeiterin am Institut für Regionalentwicklung. Nach dem Ökologie-Studium in Innsbruck war sie in Basel in einem Ökobüro tätig und arbeitete unter anderem an einem Projekt zur Nachhaltigkeit in den Alpen (MARS). An der EURAC beschäftigt sie sich hauptsächlich mit dem Projekt AlpNaTour und der Alpenkonvention.



Clemens Egger ist neuer Mitarbeiter am Institut für Genetische Medizin. Nach seinem Informatik-Studium an der Technischen Universität Wien hat er als Informatiker in einer Anwaltskanzlei gearbeitet. Am Institut für Genetische Medizin arbeitet er in drei Bereichen: Überwachung der Einhaltung der Privacy Richtlinien, Entwicklung neuer und Ergänzung bestehender Software, Wartung und Erweiterung der Datenbank.



Seit August arbeitet **Magdalena Putz** am Institut für Fachkommunikation und Mehrsprachigkeit und verstärkt dort das Team des Projekts „Language Bridges“. Sie wird außerdem ein Doktoratsstudium an der Universität Turin absolvieren.



Seit Juli 2005 ist **Christina Seidl** neue Mitarbeiterin am Institut für Alpine Umwelt. Nach ihrer Ausbildung zur Hotelfachfrau hat sie in Regensburg Geographie studiert. An der EURAC ist sie verantwortlich für das Projektmanagement von DIAMONT.



Dopo la laurea in Management del Turismo presso la facoltà di Economia di Bolzano, **Alice Zeni** è stata a lungo libera collaboratrice presso l'Istituto di Management e Turismo. Da agosto 2005 è passata a tutti gli effetti a far parte del team come collaboratrice fissa. Si occupa principalmente di ricerche riguardo il turismo congressuale e il Destination Card Systems.

Am 1. Oktober wurde die Leiterin des Instituts für Alpine Umwelt, **Ulrike Tappeiner**, zur Ordentlichen Universitätsprofessorin an der Universität Innsbruck berufen. Sie wird dort den Forschungsbereich „Landschaftsökologie und Ökosystemlehre“ am neu gegründeten Institut für Ökologie leiten.

Con l'anno accademico 2005/2006 **Giovanni Poggeschi**, ricercatore dell'Istituto sui Diritti delle Minoranze, è stato incaricato dall'Università di Lecce, Facoltà di Giurisprudenza, come professore associato in Diritto pubblico comparato.

Angewandte Sprachwissenschaft Linguistica Applicata

Per celebrare la diversità linguistica e promuovere l'apprendimento delle lingue, il Consiglio d'Europa ha istituito il 26 settembre quale Giornata Europea delle Lingue. L'Istituto di Comunicazione Specialistica e Plurilinguismo dell'EURAC e il Centro Multilingue di Bolzano hanno deciso di celebrare questa giornata con un incontro dal titolo: **'Assapora il gusto delle lingue'**. Per un intero pomeriggio si è potuto gustare un menu linguistico ricco e variegato in compagnia di esperti madrelingue: aperitivi con qualche assaggio di cinese, portoghese e lingua italiana dei segni, primi a base di spagnolo e inglese, secondi con francese, sudtirolese e russo e per concludere un dessert di svedese, ladino e arabo.

Sempre in occasione della Giornata Europea delle Lingue, l'Istituto dell'EURAC, in collaborazione con il Sudtiroler Kulturinstitut, ha realizzato l'iniziativa **'Sprich mit mir!'**, organizzata nell'ambito del Progetto INTERREG Language Bridges.

"New Trends in Specialized Discourse" war Thema einer internationalen Konferenz, die vom 29. August bis 2. September am Fachsprachenzentrum der Universität in Bergamo stattgefunden hat. Dabei ging es um jüngste Entwicklungen in der Fachsprachenforschung, insbesondere um neue Modelle des Fachsprachenunterrichts. Die EURAC war mit zwei Beiträgen dort vertreten. Natascia Ralli und Isabella Ties sprachen über die praktische Anwendung von Korpora in der Datenbank Bistro. Um die Verständlichkeit von Wörterbuchartikeln in elektronischen Lernerwörterbüchern ging es hingegen im Beitrag von Andrea Abel, die auch das EURAC-Lernprogramm ELDIT vorstellte.

Si è tenuto lo scorso maggio, a Grenoble (F), il **II Workshop del progetto LexALP**, dedicato all'armonizzazione della terminologia giuridica quadrilingue utilizzata dalla Convenzione delle Alpi (vd. ACADEMIA 37). Durante l'incontro, al quale hanno partecipato tutti i partner e gli osservatori di progetto, sono stati presentati e discussi i risultati delle analisi svolte per la creazione di un Sistema Informativo per la terminologia ambientale e della pianificazione territoriale. Le collaboratrici Stefania Coluccia, Elena Chiocchetti, Sandrine Cieri, Verena Lyding e Piera Rampino hanno presentato le ricerche svolte dall'EURAC in campo terminologico, informatico e giuridico.

Minderheiten und Autonomien Minoranze e Autonomie

Il 16 giugno l'Istituto per lo Studio del Federalismo e del Regionalismo ha organizzato un **convegno sulla politica linguistica della Ue**. Rita Franceschini, rettrice della Libera Università di Bolzano, e Johann Drumbl, docente della Facoltà di Scienze della Formazione della Libera Università di Bolzano, hanno illustrato il fenomeno del plurilinguismo in Europa e il peculiare ruolo dell'Alto Adige in materia di politica linguistica. Francesco Palermo e Gabriel Toggenburg hanno analizzato da un punto di vista giuridico i diritti linguistici e il ruolo delle lingue nel mercato comunitario.

Between September 7th and 10th the First **Vermont Forum of International Scholars** took place in Woodstock, Vermont (USA). The topic of the conference was "Accommodating Diversities: Present and Future of the Law of Diversities". The conference explored approaches to and rules for the legal accommodation of differences from multiple, transnational perspectives. Legal scholars from different countries and legal traditions, as well as different legal disciplines, came together to investigate, highlight, criticise, challenge, explore, debate, and draw comparative conclusions concerning recent trends in the complex law of diversity and the legal instruments involved in their implementation. Both Francesco Palermo and Joseph Marko participated in the conference as speakers, the latter as the keynote speaker.



The **Master in European Integration and Regionalism** organized by EURAC in collaboration with University of Graz and the European Institute of Public Administration (Antenna Luxembourg and Antenna Barcelona) continues in its third academic year. The first Module of the Master Programme was organised in Bolzano, as usual, and was designed as an introduction to the main topics addressed in detail in the following modules. The group of lecturers was formed by both academics and practitioners and international experts in order to ensure a broad perspective for discussions. In two weeks (August 29th - September 9th) the students had the chance to get more familiar with issues like nation-building, history of European integration, basic principles of EU Law, eastern enlargement, EU regional and social cohesion, federalism, regionalism and minority protection. The case of South Tyrol was discussed extensively, and special emphasis was placed on the situation in Turkey and the Western Balkans.

In 2004, the internationally recognised Journal of Common Market Studies (JCMS) launched its competition for a special focus edition in 2005. This competition was won by an international team of researchers centred around Gwendolyn Sasse and Eiko Thielemann, two young Professors at the London School of Economics. The team of eight experts - which also included Gabriel Toggenburg from the EURAC - presented a bundle of studies on the notions of Migration and Minority Protection - two phenomena traditionally thought of as independent themes. The Studies will be published in autumn 2005 in the JCMS Special Focus Edition titled "Migration and Minority Protection. Interlocking Policy Paradigms". Toggenburg presented his paper at the **UACES conference in Zagreb** in early September 2005.

Über ein Jahr nach dem Beitritt zehn neuer Staaten in die EU trafen sich hochkarätige Wissenschaftler und Experten vom 10.-12. November zu einer **Europakonferenz** im ungarischen Baja. Thema war die aktuelle Lage der Minderheiten unter dem Blickwinkel der europäischen Integration. Midas-Generalsekretär Günther Rautz referierte über den Zugang von Minderheitenangehörigen zu Medien in ihrer Sprache.

Colpito in questi giorni da un terribile terremoto, il Kashmir, diviso tra India e Pakistan, è da anni al centro di tensioni e scontri tra la forza di sicurezza indiana e i mujahedin kashmiri e stranieri. A questo conflitto e alle sue possibili soluzioni è dedicato l'**ultimo libro di Thomas Benedikter**, giornalista e collaboratore dell'Istituto sui Diritti delle Minoranze, intitolato **"Il groviglio del Kashmir"**. Il 25 ottobre presso l'EURAC library, si è tenuta la presentazione del libro.

Nachhaltige Entwicklung Sviluppo Sostenibile

Am 19. und 20. September war das Institut für Regionalentwicklung Gastgeber des **5. AlpNaTour Workshops**. Zum Treffen der Partner des Projektes zu Naturschutz und Tourismus in Natura-2000-Gebieten waren diesmal auch die Vertreter des Steering Committees und Advisory Boards aus fünf Ländern angereist. Eines der Arbeitsthemen war eine Interviewaktion, bei der im Juli und August auf dem Stilfser Joch und auf vier Schutzhütten rund um den Ortler über 100 Personen befragt worden waren. Die Ergebnisse dieser und einer weiteren Aktion zur Almwirtschaft finden Eingang in die Erstellung zweier Testmanagementpläne für die beiden Natura-2000-Gebiete „Ortler-Madatschspitze“ und „Chavalatschalm“ im Nationalpark Stilfser Joch.



La conferenza internazionale “**Sustainable Land Use in Intensively Used Agricultural Regions**“, tenutasi dal 20 al 23 settembre presso il centro per le ricerche ambientali di Lipsia (Umweltforschungszentrum), ha contribuito a costruire un ponte di contatto tra il concetto di “multifunzionalità dell’agricoltura” e quello di “agricolture multifunzionali”. Uta Schirpke, dell’Istituto per lo Sviluppo Regionale, ha esposto alcuni dei risultati ottenuti nell’ambito del progetto “Agralp – Entwicklung der Agrarstrukturen”. L’analisi di dati agrari su lunghi periodi consente di trarre conclusioni sui possibili sviluppi delle strutture agrarie nelle regioni dell’arco alpino .

Marc Zebisch and Georg Leitinger of the Institute of Alpine Environment were invited to participate in the **International Summer School “Integrated Assessment of Vulnerable Ecosystem under Global Change”** (AVEC), that took place in Peyresque (France) from the 18th to the 30th September. Marc Zebisch took part in this international event as a keynote speaker, whereas Georg Leitinger was one of 37 selected international PhD Students. Changes in climate, biodiversity, deposition of nitrogen, phosphorus and sulphur, and land use are affecting European ecosystems and the resources they provide society. The vulnerability to such changes can now be assessed through modern scientific techniques. <http://www.pik-potsdam.de/avec/peyresq2005.html>

Beim **3. Symposium des Nationalparks Hohe Tauern** vom 15.-17. September hat Georg Leitinger neue Ergebnisse der im Jahr 2001 durchgeführten Akzeptanzstudie im Nationalpark Stiflserjoch vorgestellt.

Weiterführende Analysen hatten gezeigt, dass die grundlegende Einstellung gegenüber einem Nationalpark bzw. Schutzgebiet von nur wenigen Faktoren abhängt. Wichtig ist es vor allem, die Bevölkerung von der Sinnhaftigkeit eines Schutzgebietes zu überzeugen. Dies kann durch Diskussionsrunden, aber auch durch eine Errichtung von Zonen mit unterschiedlichem Schutzstatus geschehen. <http://www.hohetauern.at/>

Nei giorni 8 e 9 settembre l’Istituto per l’Ambiente Alpino ha organizzato in collaborazione con esperti di sei stati dell’area alpina il **II workshop del progetto INTERREG IIIB – DIAMONT, il progetto sullo sviluppo sostenibile dell’area alpina.**



Ricercatori provenienti da Austria, Germania, Francia, Italia, Slovenia e Svizzera si sono riuniti all’EURAC per discutere e analizzare i risultati della prima fase del progetto e definire le procedure da seguire per i workpackages tuttora in corso. Tra gli argomenti trattati, la presentazione del primo giro dell’indagine Delphi, che ha coin-

volto oltre 60 esperti di tutto l’arco alpino. Il loro know-how permetterà di individuare le principali sfide, attuali e future, nonché i problemi e le chance per l’arco alpino.

Di traffico e trasporti nell’area alpina si è discusso nel **Convegno Internazionale SWOMM** (Scientific Workshop on Mobility and Mountain Transport) tenutosi giovedì 6 ottobre all’EURAC. L’incontro, organizzato dall’EURAC su incarico del Ministero Italiano dell’Ambiente e della Tutela del Territorio, ha visto riuniti a uno stesso tavolo organi istituzionali e privati ed esperti scientifici per discutere di traffico e mobilità sui valichi alpini, di sicurezza nei trasporti e di impatto ambientale.

Management und Unternehmenskultur Management e Cultura d’Impresa

Innovative Verwaltungsprojekte aus dem In- und Ausland standen im Mittelpunkt der internationalen Tagung **Verwaltungsinnovation 2005 – Stand der Umsetzung und Perspektiven** am 22. und 23. September in der EURAC. Im Zeitalter schrumpfender Budgets und wachsender Standortwettbewerbe setzen Verwaltungen auf Modernisierung und mehr Service. Die Tagung gab Einblick in neue E-Government-Strategien, setzte sich aber auch mit Modernisierungen auf der sozialen Ebene, wie mit der Idee des „Gender Mainstreamings“, auseinander. Die Strategie zielt darauf ab, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedliche Lebenssituation von Frauen und Männern von vorneherein zu berücksichtigen. Erreicht werden sollen höhere Servicequalitäten, zufriedene Beschäftigte und eine angewandte Kreativität beider Geschlechter.

Il 28 luglio, il primo ciclo di manifestazioni serali dell’EURAC science café si è concluso con un incontro-dibattito aperto a tutta la cittadinanza sul tema dei comuni: **GemNova.night – a colloquio con i Comuni.** In un’atmosfera accogliente e rilassata alcuni tra i più noti rappresentanti del mondo comunale locale,



da Renzo Caramaschi, *city manager* del Comune di Bolzano, a Manfred Pinzger, presidente del Südtiroler Wirtschaftsring e referente del Comune di Silandro, hanno fornito stimolanti spunti di riflessione su questioni di grande attualità che vanno dalle aspettative dei cittadini e delle imprese rispetto al proprio comune, alle logiche di gestione aziendale delle amministrazioni comunali.

In questa occasione è stato presentato anche GemNova.net

(www.gemnova.net), il network per l'innovazione comunale sviluppato dall'Istituto per il Management Pubblico dell'EURAC e dall'Università di Innsbruck.

Um neue Management-Strategien für die sozialen Dienste ging es bei der Veranstaltung des Instituts für Public Management zum **Innovativen Sozialmanagement** am 8. September.

Im Zentrum standen die Ergebnisse praxisbezogener Projektarbeiten aus einer Führungskräfte-schulung für das Top-Management des lokalen Sozialwesens, die die EURAC im Zeitraum von Dezember 2003 bis November 2004 durchgeführt hatte. Auf der Tagung stellten die Teilnehmer selbst aktuelle Methoden vor, wie soziale Dienste ihre Qualität messen, sichern und verbessern können. Dies nicht zuletzt unter den Rahmenbedingungen stagnierender Sozialbudgets.

To what extent can creative imitation help small and mid-sized tourism enterprises achieve competitiveness? This issue was addressed by Harald Pechlaner, head of the Institute for Tourism and Management at the **55th Congress of AIAEST (Association of Scientific Experts in Tourism)**. The conference took place from August 28th to September 1st in Brainerd, Minnesota (USA).

Barbara Hölzl, Harald Pechlaner and Christian Laesser (University of St. Gall) conducted an exploratory study to answer this question, using a qualitative semi-structured interview with 18 small-and mid-sized accommodation providers in the Alps. For further information on this study please contact Barbara Hölzl: +39 0471 055425 or barbara.hoelzl@eurac.edu.

Il turista invernale italiano spende di più rispetto a quello tedesco, resta però per un periodo più breve. Circa il 60% degli ospiti trova vantaggiosi i prezzi della propria sistemazione alberghiera, ma il grado di soddisfazione riguardo la gastronomia non è altrettanto alto. Sono alcuni dei dati emersi da un'indagine relativa alla spesa turistica e alla soddisfazione riguardo ai prezzi nel corso della stagione invernale 2004/05 svolta dall'Istituto di Management e Turismo dell'EURAC e curato da Barbara Hölzl in collaborazione con l'Istituto provinciale di statistica (Astat). I risultati dello studio sono stati presentati durante una conferenza stampa giovedì, 8 settembre.



Vertreter aus Kirche und Tourismus setzten sich am 27. September in der EURAC an einen Tisch. In einer Gesprächsrunde der besonderen Art diskutierten Diözesanbischof Wilhelm Egger, Tourismus-Landesrat

Thomas Widmann, Südtirol-Marketing-Chef Christoph Engl, der Leiter des Instituts für Management und Tourismus Harald Pechlaner, Moraltheologe Guido Perathoner, Gastwirtin Erika Nestl und Tourismushistoriker Hans Heiss über den Stellenwert ethischer Werte im Fremdenverkehr.

Anlass der Tagung **Perspektiven einer Wertediskussion im Tourismus** war der 26. Welttag des Tourismus, der dieses Jahr unter dem Motto „Reisen und Transport: Von der imaginären Welt eines Jules Verne zur Realität des 21. Jahrhunderts“ stand.

Junge Forscher gesucht!

4 Länder - 1 Wettbewerb

Giovani ricercatori cercansi!

4 regioni - 1 concorso

Informationen
www.explorascience.net

Informazioni
www.explorascienza.net



Höhepunkte der ersten Jahreshälfte waren für das EURAC Convention Center ein **Vortrag von Jeremy Rifkin** (im Bild) zum Thema „Das Wasserstoffzeitalter“ mit 400 Teilnehmern und die **Konferenz Ethik und Globalisierung**, an der auch der 14. Dalai Lama teilgenommen hatte, mit fast 800 Zuhörern. (vgl. Beitrag S. 46)

Am 17. November lud das Convention Center alle Kunden und Partner zur **Eröffnungsfier nach Abschluss der Sanierungsarbeiten in die EURAC** ein. Neben kulinarischen Leckerbissen und Musik erfuhren die Gäste Neues aus dem Eventbereich: Matthias Kindler von der Eventagentur „The Companies“ München referierte zum Thema „Warum Eventmarketing das Kommunikationsinstrument der Zukunft ist“. Francesca Pezzutto von „Pro-Meet“ Mailand sprach über das „Return on Investment von Veranstaltungen“.

IMPRESSUM

Informationen / Informazioni:

Tel. 0471 055031, Fax 0471 055099

Herausgeber / Editore:

EURAC Europäische Akademie Bozen

EURAC Accademia Europea Bolzano

Verantwortliche Direktoren:

Direttori responsabili:

Werner Stuflesser / Stephan Ortner

Erscheinungsweise / Pubblicazione:

vierteljährlich / trimestrale

Redaktion / Redazione:

Sigrid Hechensteiner (Chefredakteurin/

caporedattrice), Stefania Coluccia

(Vize-Chefredakteurin/vice-caporedattrice),

Andrea Abel, Valentina Bergonzi,

Sara Boscolo, Stefania Campogianni,

Peter Farbridge, Matthew Isom, Antje

Messerschmidt, Marco Polenta, Günther

Rautz, Julia Reichert, Uta Schirpke,

Wolfram Sparber, Carolin Zwilling.

Redaktionsanschrift / Redazione:

Drususallee 1 - 39100 Bozen

Tel. 0471 055030 / Fax 0471 055099

Layout & cartoons: Marco Polenta

(in Zusammenarbeit mit/in collaborazione con Wolfgang Töchterle)

Bilder / Immagini: Annelie Bortolotti

MITTEILUNG gemäß Art.13 Datenschutzgesetz (GvD 196/2003):

Ihre persönlichen Daten benötigt die Europäische Akademie Bozen zwingend für den Versand des Wissenschaftsmagazins ACADEMIA. Unter Berücksichtigung des GvD 196/03 werden Ihre Daten von unseren beauftragten Mitarbeitern sowie von der beauftragten Druckerei unter der Verantwortung des Dateninhabers, der Europäischen Akademie Bozen, auch elektronisch verarbeitet. Sie können jederzeit die, von den Art. 7ff GvD 196/03 vorgesehenen Rechte wie den Zugang, die Auskunft, die Aktualisierung und die Löschung Ihrer Daten aus unserem Verteiler bei der Pressestelle der Europäischen Akademie veranlassen. Kontaktadresse: press@eurac.edu, Tel. +39 0471 055 033, Fax: + 39 0471 055 039.

INFORMATIVA ai sensi dell'art. 13 della legge sulla privacy (D.Lgs. 196/03):

Per la spedizione in abbonamento gratuito della rivista scientifica ACADEMIA, l'Accademia Europea di Bolzano deve utilizzare i suoi dati personali. In osservanza del D. Lgs. 196/03 e sotto la responsabilità del titolare del trattamento (Accademia Europea Bolzano), i suoi dati personali vengono trattati, anche con modalità elettroniche, da nostri addetti e dalla tipografia. Lei può esercitare in ogni momento il diritto di chiedere l'accesso, la comunicazione, l'aggiornamento dei suoi dati o la loro cancellazione dai nostri archivi contattando direttamente i responsabili stampa dell'Accademia Europea di Bolzano: press@eurac.edu, tel 0471 / 055 033, fax 0471 / 055 039.

Druck / Stampa: Fotolito Longo

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Opinioni e pareri espressi dai singoli autori non indicano necessariamente la linea della redazione.

È consentita la riproduzione - anche di brani o di parti - purché venga data indicazione della fonte.

Das nächste Magazin erscheint im März 2006.

Il prossimo numero uscirà in marzo 2006.

Numero e data della registrazione alla cancelleria del tribunale 19-94 del 5 dicembre 1994.

ISSN 1125-4203

Sie können dieses Magazin kostenlos bei uns beziehen.

Potete ricevere gratuitamente questa rivista. Redaktionsschluss: 2. November 2005.

Chiuso in redazione il 2 novembre 2005.

www.eurac.edu

Per Mausklick in die Welt der Forschung
Con un click nel mondo della ricerca

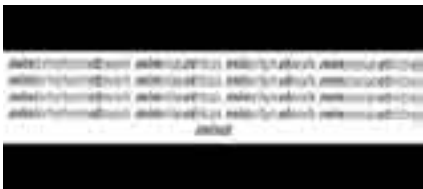


Religione e innovazione

Modernità, progresso, tecnologia: se da un lato queste sembrano le parole d'ordine dell'epoca in cui viviamo, dall'altro forte è il bisogno religioso che da più parti si esprime. La grande sfida sembra ora essere quella di coniugare le istanze del mondo moderno con i valori della religione. Accanto al rigido conservatorismo che ad esempio la chiesa cattolica, ma non solo, continua a mostrare nei confronti del progresso scientifico e delle mutazioni della società, emergono tentativi di apertura verso le nuove esigenze espresse dal mondo moderno. Le potenzialità offerte dal progresso e dalla tecnica possono essere sfruttate anche a vantaggio della religione.

► Innovation

Was soll man sich unter Innovation vorstellen und wie kann sie - wenn überhaupt - definiert werden? Innovation verkommt heute oft zum nebulösen Schlagwort, das meist mit wirtschaftlichem Erfolg verknüpft wird. Doch bedeutet Innovation eigentlich ganz neutral „Neuerung“. Focus begibt sich auf die Suche nach konkreten „Neuerungen“ - vor der Haustür in Südtirol und im Weltgeschehen.



MINET

Minderheitennetzwerk

Sendereihe des RAI Senders Bozen

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Minderheitenrecht informiert der Bozner Fernsehsender alle zwei Monate über Aktuelles zum Thema „Minderheiten“ in all ihren faszinierenden Facetten zwischen Gesellschaft, Politik und Kultur.

9. Dezember, 20.25 Uhr

Die Sendung wird unter anderem auf die Minderheit der Christen in Pakistan eingehen.



ZEPPELIN

trasmissione radiofonica della Sede Rai di Bolzano dedicata a cultura, scienza e attualità presenta:

ACADEMIA ON AIR

Giovedì, 15 dicembre, dalle 14.15 alle 15.30
in diretta dagli studi RAI di Bolzano
sulle frequenze di RadioDue e Rai-Sender Bozen
approfondimenti dei temi trattati
in questo numero di *ACADEMIA*
Conduce Paolo Mazzucato con Stefania Coluccia

EURAC
education

Weiterbildung für Weiterdenker Formarsi per non fermarsi

Lehrgänge und Seminare für Führungskräfte und Spezialisten
Corsi e seminari di management per dirigenti e quadri

Kursprogramm November 2005 - März 2006 Programma corsi novembre 2005 - marzo 2006

Kompaktlehrgänge/Corsi compatti

- Corso Compatto per assistenti di direzione da 12.01.2006
- Kompaktlehrgang Office Managerin ab 18.01.2006
- Kompaktlehrgang Integriertes Management mit SAP R/3 ab 2.02.2006
- Kompaktlehrgang Leadership und Strategisches Management ab 9.02.2006
- Kompaktlehrgang Ethik und Tourismus ab 16.02.2006
- Kompaktlehrgang Projekt- und Prozessmanagement ab 8.03.2006

Seminare/Seminari

- La gestione dei conflitti e il miglioramento dell'efficacia personale e professionale, 23-24.11.2005
- Rhetorik – Überzeugen und gewinnen Sie mit Ihrer Persönlichkeit, 23.-24.01.2006
- L'arte di parlare in pubblico, 16.-17.03.2006

Unser Programm 2005-06 erhalten Sie bei: **EURAC education**
Il programma 2005-06 è disponibile presso: Drusallee 1 / viale Druso, 1 - 39100 Bozen / Bolzano
Tel. +39 0471 055 441
education@eurac.edu - www.eurac.edu

E²

